

Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik

Berlin, Auswärtiges Amt
25.–26. Oktober 2006





Auswärtiges Amt

i f a

Institut für Auslands-
beziehungen e. V.

Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik

Berlin, Auswärtiges Amt
25.–26. Oktober 2006

Konferenzdokumentation

Edition Diplomatie



Vorbemerkung



„Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“

Auf Einladung von Bundesminister Steinmeier fand am 25. und 26. Oktober 2006 die Konferenz „**Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik**“ statt. Rund 500 Personen aus Kultur, Wirtschaft, Politik, Hochschulen und Stiftungswesen haben daran teilgenommen und gemeinsam über die zukünftige Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik diskutiert.

Die vorliegende Dokumentation bietet die Möglichkeit, die wichtigsten Standpunkte und Diskussionsverläufe dieser Konferenz nachzuvollziehen und damit einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen und Chancen von Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik zu erhalten.

Ich danke insbesondere dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) für die redaktionelle Betreuung dieser Dokumentation.

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Handwritten signature in blue ink, reading "Kai-Ingo Voigt".

Leiter der Kultur- und Bildungsabteilung
im Auswärtigen Amt

Inhalt

1	Eröffnungsreden	
	Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier	8
	Prof. Dr. Henning Kagermann	20
	Ilija Trojanow	32
2	Arbeitsgruppen	
2.1	Modernes Profil: Die Rolle der Kreativindustrie	36
	Tim Renner, Neues Gütesiegel	37
	Monika Griefahn, Creativity for X-port	40
	Fred Kogel, Nach wie vor ein Nischenprodukt	43
	Mike de Vries, Mehr Popkultur als Leitkultur	46
	Thomas E. Schmidt, Hauch von Zukunft	49
	Zusammenfassung der Diskussion	54
2.2	Neues Selbstverständnis: Auswärtige Kulturpolitik im Spiegel des gesellschaftlichen Wandels	60
	Hans Georg Knopp, Lernen von Migranten	61
	Monika Grütters, Integration als Überlebensstrategie	65
	Zafer Şenocak, Abschied vom Länderspiel	70
	Zusammenfassung der Diskussion	73
2.3	Weltweite Netzwerke: Dauerhafte Bindungen durch Bildung und Wissenschaft	78
	Georg B. Schütte, Währung Vertrauen	79
	Crister Garrett, Verkannte Exzellenz	84
	Eckhard W. Mehring, Keimzelle für Netzwerke	88

	Karin Heyl, Mehr als eine Kontaktbörse	92
	Zusammenfassung der Diskussion	95
2.4	Starke Partner:	
	Mehr Wirkung durch innovative Kooperationsmodelle	100
	Ingrid Hamm, Nicht nur Geldgeber	101
	Michael Schönhuth, Plädoyer für eine Plattform	105
	Dieter Wiesmann, Die Kultur- und Entwicklungs-AG	109
	Dirk Messner, Neue Akteure, Allianzen und Aufgaben	111
	Zusammenfassung der Diskussion	114
2.5	Globale Reichweite:	
	Präsenz in „alten und neuen“ Weltregionen	120
	Tilman Spengler, Günstige Winde	121
	Christian Bode, Kontinuität statt Krisenhektik	125
	Konrad Ehlich, Falsche Alternativen	129
	Surendra Munshi, Kulturelle Denkgemeinschaften	134
	Zusammenfassung der Diskussion	137
2.6	Erweiterte Aufgaben:	
	Kultur des Dialoges in einer globalisierten Welt	142
	Volker Perthes, Globalisierung der Risiken	143
	Naika Foroutan, Was bedeutet überhaupt Kulturdialog?	148
	Kurt-Jürgen Maaß, Ende der Ignoranz	153
	Aktham Suliman, Kulturpolitik contra „Tagespolitik“	156
	Christoph Lanz, Zwischen Dialog und „Besendung“	159
	Zusammenfassung der Diskussion	162

3	Abschlussdiskussion	168
4	Abschlussrede	
	Staatssekretär Georg Boomgaarden	174
5	Presseecho	180
6	Stimmen der Teilnehmer	184
7	Teilnehmerliste	190



Eröffnungsreden

1



Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Deutschen Bundestages,
lieber Wolfgang Thierse,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Minister Hirche,
sehr geehrter Herr Professor Kagermann,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin überrascht, aber auch erfreut, dass sie so zahlreich heute erschienen sind. Ich hoffe, dass sie ein bisschen Schlaf gefunden haben. Ich danke auch für so viel Verständnis, dass die Konferenz etwas später begonnen hat.

Sehr gerne hätte ich mich auch bei Ilija Trojanow und Professor Henning Kagermann bedankt für ihre Bereitschaft, die heutige Konferenz gemeinsam mit mir zu eröffnen. Bei Herrn Kagermann kann ich das in seiner Anwesenheit tun, bei Herrn Trojanow muss ich diesen Dank sozusagen aus der Distanz abstatten, da er erkrankt ist und kurzfristig absagen musste.

Ich denke aber, wir alle verbinden diesen Dank mit den besten Genesungswünschen an ihn.

Und wenn Ilija Trojanow schon nicht hier sein kann, so will ich ihn wenigstens literarisch anwesend sein lassen. Ilija Trojanow hatte vor zehn Jahren seinen Debutroman mit einem meiner Lieblingssätze überschrieben: „Die Welt ist groß und Rettung lauert überall“.

Seitdem hat er viele solcher schönen Sätze geschrieben und seine literarischen Arbeiten zeigen beeindruckend, wie viele neue Einsichten und Einblicke die Suche nach dem Eigenen in der Fremde, die Verbindung von Eigenem und Fremdem überhaupt möglich macht.

Und nichts anderes will Auswärtige Kulturpolitik: Den scheinbaren Gegensatz von Außen- und Binnensicht überwinden. Neue Verbindungen schaffen zwischen den Menschen. Beitragen zur weiteren Entwicklung unserer eigenen Kultur und der Kultur insgesamt – und das heißt eben auch, das sage ich als Außenminister: Beitragen zur kulturellen Leistung eines friedlichen Zusammenlebens in der Welt.

Zwei Fragen stehen im Vordergrund der heutigen Tagung. Erstens die inhaltliche Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Und zweitens natürlich die Frage, wie wir Mittel und Möglichkeiten des Auswärtigen Amtes und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik insgesamt den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts am ehesten anpassen.

Vor einer ähnlichen Aufgabe stand und steht Ihr Unternehmen, Herr Kagermann. Und: Bei allen Unterschieden, die zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur bestehen und die wir natürlich alle kennen – eines haben sie gemeinsam: Wer bereit ist, Umwälzungen als Chance zu begreifen, sich ständig zu erneuern, und vor allem: wer bereit ist, andere teilhaben zu lassen an Ertrag, Ideen und Verbesserungen, der kann weltweit erfolgreich sein. „Serviceorientierte Architektur“ heißt das bei Ihnen!

Ich glaube, wir sollten eine solche Idee einer Plattform, an die sich unterschiedlichste Interessierte andocken können, vertiefen. Um die Auswärtige Kulturpolitik noch besser und vielleicht sogar in einigen Teilen neu zu gestalten.

Dabei kann das Auswärtige Amt und kann die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik insgesamt auf einem guten Fundament aufbauen. Übrigens auch im internationalen Vergleich:

Die Auswärtige Kulturpolitik ist bei uns integraler und gleichberechtigter Bestandteil in den Säulen der deutschen Außenpolitik. Unsere Mittler- und Partnerorganisationen haben gemeinsam mit uns in zahlreichen Programmen vieles zustande gebracht und vor allem: viele Menschen in aller Welt erreicht.

Goethe-Institut, ifa, DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung, Deutsche UNESCO-Kommission, Deutsches Archäologisches Institut und die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das sind im Wesentlichen die tragenden kulturpolitischen Institutionen, um die uns manche im Ausland beneiden.

Die Bandbreite ihrer Arbeit ist beeindruckend: spektakuläre archäologische Unterfangen zählen ebenso dazu wie hervorragende Ausbildung in Schulen und Hochschulen im Ausland, beeindruckende künstlerische – und sportliche! – Projekte in aller Welt ebenso wie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und ein wissenschaftliches Netz mit über 40 Nobelpreisträgern aus aller Welt, das in den Jahren entstanden ist.

Diese großartige Leistung sollten wir auch in Zeiten drängender Reformen und finanzieller Nöte nicht vergessen.

Das Goethe-Institut mit seinen 129 Instituten im Ausland ist dabei sozusagen die kulturelle Marke und das Gesicht Deutschlands im Ausland. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich der Leitung des Goethe-Instituts für die immense gemeinsame Anstrengung. Sie war nicht einfach, deshalb auch nicht ganz konfliktfrei, aber das Ergebnis zählt und das Ergebnis ist sehr, sehr vorzeigbar geworden.

Diese Reformen kosten Geld. Gutes Geld, das aber auch gut angelegt ist. Und ich persönlich finde, knapp 130 Goethe-Institute sollten uns als kulturelle Infrastruktur in aller Welt durchaus so viel wert sein wie zwölf bis fünfzehn Kilometer Autobahn in Deutschland.

Ich jedenfalls werde – wie gestern vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages – auch in den kommenden entscheidenden Tagen bis zum 9. November weiter dafür kämpfen, dass wir die seit Jahren sinkende Tendenz in den Ausgaben für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik umkehren!

Dabei brauche ich Ihre Hilfe und besonders die Hilfe der Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Gemeinsam sollten wir versuchen, die finanzielle Trendwende für die Auswärtige Kulturpolitik insgesamt noch in diesem Haushaltsverfahren zu schaffen. Das mag anspruchsvoll sein – ich glaube, dass es gelingen kann und muss.

Mittel und Möglichkeiten der Auswärtigen Kulturpolitik anpassen bedeutet aber noch mehr:

Auswärtige Kulturpolitik findet längst in einem sehr viel größeren Netzwerk statt. Der gestrige Abend und der heutige Tag zeigen das eindrucksvoll – viele Künstlerinnen und Künstler, Unternehmen der Kulturindustrie, Stiftungen und unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft, Vertreter anderer Bundesministerien und nicht zuletzt die Kulturstiftung des Bundes, die ich an anderer Stelle begleitet und sehr unterstützt habe, sind Teil dieses Netzwerkes.

Wir wollen mit der heutigen Konferenz ein Startsignal geben, eine breiter werdende Zusammenarbeit in diesem Netzwerk zu erreichen.



Wir wollen, um ein Beispiel zu nennen, die hervorragende Zusammenarbeit, die uns mit der Robert Bosch-, der Hertie- und der Zeit-Stiftung verbindet, weiter verdichten.

Wir wollen uns gemeinsam mit Ihnen allen die Frage stellen, in welchen Weltregionen wir mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stärker vertreten sein müssen. Und wir wollen unsere Entwicklungen nicht nur an einem „Schlüsselkunden“ ausrichten. Sondern wir wollen regelmäßig Verantwortliche aus vielen Bereichen zum Gespräch einladen. Eine Kultur des Dialoges auch zwischen uns und dem hier vertretenen Netzwerk etablieren. Um mit Ihnen gemeinsam Ideen zu sammeln und zu besprechen, neue Entwicklungen und Anforderungen zu diskutieren und gemeinsam in die Praxis umzusetzen.

Unser Ziel ist es, Ihnen eine Plattform anzubieten.

Sie sind als Künstler, Kulturschaffende und Kulturvermittler die Experten – wir bieten Ihnen sozusagen außenpolitische Expertise, das Netz unserer Auslandsvertretungen, unsere diplomatischen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten die Plattform, an die es sich anzudocken lohnt.

Das ist sicher keine Aufgabe, die mit einer Konferenz oder einem Konzeptpapier abzuschließen wäre.

Im Gegenteil. Das ist zunächst einmal ein Diskussions- und Konzeptionsprozess, den wir heute beginnen wollen.

Zwei Aspekte zu meinem Verständnis möchte ich vorab hervorheben:

Auswärtige Politik lebt vielleicht stärker als andere Politikfelder davon zu differenzieren – und Differenzen als mögliche positive Beiträge in einem gemeinsamen Prozess zu begreifen.

Deswegen kann Auswärtige Kulturpolitik auch nicht mit Kultur als einem homogenen, nationalstaatlich eingegrenzten, fest stehenden Block oder Kanon von Werken, Werten oder kulturellen Waren arbeiten.

Ein solch statischer Begriff von Kultur scheint auf der einen Seite unangemessen und auf der anderen Seite wäre er vielleicht sogar zutiefst uneuropäisch.

Denn (nationalstaatlich) gebündelte Abgrenzungen kultureller, wirtschaftlicher, sozialer oder auch nur organisatorischer Art überwinden, Interessen über staatliche Grenzen hinaus zu verflechten, das ist doch das Leitmotiv der europäischen Einigung!

Und dieses Leitmotiv bleibt für die deutsche Außenpolitik auch über Europa und auch über die Kulturpolitik hinaus im wahrsten Sinne des Wortes tonangebend.

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit zwei Sätzen auf meine Rede anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse zurückkommen. Wo Anlass bestand, sich mit dem Gastland Indien auseinanderzusetzen. Dort habe ich sinngemäß gesagt:

So wichtig es ist, Zukunft durch ein Bewusstsein von Herkunft zu gestalten, so real uns kulturelle oder religiöse Schranken anmuten: Wer Kultur oder Identität statisch begreift, der verkürzt unsere kulturellen Möglichkeiten.

Und ich habe Amartya Sen, den indischen Sozialphilosophen und Ökonomen zitiert, der hat das als „Miniaturisierung“ der Menschen bezeichnet.

Und diese Miniaturisierung stärkt nicht, sondern schwächt zugleich das Identifikationspotential einer Gesellschaft.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sollte sich dagegen von einer Art ästhetischen Imperativ leiten lassen:

Durch unser Handeln wollen wir uns und unseren Partnern in der Welt zusätzliche, eben kulturelle Erkenntnismöglichkeiten erschließen! Und nicht Erkenntnismöglichkeiten dadurch verringern, dass wir uns der Kooperation und der Auseinandersetzung mit der Außenperspektive verweigern.

In einer globalisierten Welt sind Innen- und Außensicht kaum noch zu trennen. Wir brauchen die kreative Auseinandersetzung mit dem scheinbar Fremden. Nicht nur um Fremdes besser zu verstehen. Sondern vor allem: um das je Eigene besser zu begreifen.

Kreativität als Voraussetzung kulturellen – und wirtschaftlichen – Handelns braucht den Austausch, die Diskussion und die Differenzierung.

Deswegen habe ich seit Beginn meiner Amtszeit einen Schwerpunkt gelegt auf Projekte, die eine Kultur des Dialoges unterstützen.

Dialog ist das oberste Prinzip der Außenpolitik und auch der Auswärtigen Kulturpolitik.

Nicht als Selbstzweck, das erleben wir leider zu oft! Also: nicht Dialog um des Dialoges willen, sondern nach meinem Verständnis eher so: Dialog setzt das Wissen um die eigenen Ziele und Wünsche und um die des Partners voraus. Und Augenmaß, um differenzieren zu können zwischen unterschiedlichen, aber nicht deshalb auch notwendig gegensätzlichen Zielen und Werten.

Ein Beispiel für die dialogische Haltung ist die deutsch-türkische Ernst-Reuter-Initiative, die ich mit meinem türkischen Kollegen Gül und mit einigen der hier Anwesenden vor wenigen Wochen gestartet habe.

In ihr tritt der Staat nicht im hoheitlichen Gestus an Kultur und Zivilgesellschaft heran, sondern organisiert und moderiert einen Prozess, in dem Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammen kommen.

Und ich wünsche mir, dass wir durch das Zusammendenken von Eigenem und Fremdem in Deutschland das Bewusstsein dafür stärken können, wie viel unser Land, vormals ein Land der Emigration, und wie viel die deutsche Kultur durch Immigration dazu gewonnen haben.

Ein zweiter Aspekt ist hervorzuheben: Wir müssen Kulturpolitik im 21. Jahrhundert als Investition in die Zukunft begreifen.

Wissen und Kreativität sind Wachstumsressourcen. Und diese sind dort besonders zahlreich vorhanden, wo Anerkennung und Respekt für unterschiedliche Lebensformen und Kulturen herrschen.

Deswegen will ich hier auch den Bereich der Auswärtigen Bildungspolitik besonders hervorheben:

Die Auslandsschulen waren vor genau 100 Jahren so etwas wie der Nukleus unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Wir verwenden knapp ein Drittel des Kulturhaushaltes auf die Auslandsschulen. Wir ermöglichen rund einer Viertelmillion Schülerinnen und Schülern in aller Welt eine Schulausbildung an einer deutschen Schule.

Wir geben zusätzlich in etwa ein weiteres Drittel unseres Kulturhaushaltes für die internationale akademische Zusammenarbeit aus. Das sind

22 Millionen mehr als noch im vergangenen Jahr. Mit diesen Mitteln bilden wir nicht nur die Talente aus, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen – und wir fördern durch das gemeinsame Lernen kulturelle Toleranz.

Wenn ein Viertel aller Abiturienten deutscher Auslandsschulen anschließend ihr Studium hier in Deutschland aufnehmen, wenn Deutschland mit etwa 250.000 ausländischen Studierenden, knapp die Hälfte mehr als noch im Jahr 2000, auf Platz 3 der weltweit beliebtesten Studienländer nach den USA und nach Großbritannien steht und der DAAD rund 50.000 Studierende durch Stipendien unterstützt, dann ist das auch ein Erfolg der Auswärtigen Bildungspolitik.

Ein Erfolg, der wiederum weltweit das Interesse an der deutschen Sprache und Kultur, aber auch der deutschen Technologie, Innovation und Kreativität fördert. Hieran wollen wir weiter arbeiten.

Übrigens auch im Interesse der Wirtschaft. Unternehmen brauchen gut ausgebildete Menschen, die sich in der deutschen Sprache und Kultur auskennen. Als Ansprechpartner und Mitarbeiter, im Ausland wie im Inland. Und Herr Kagermann wird mir sicher nicht widersprechen, wenn ich sage, dass wir hier noch mehr Kräfte bündeln und Mittel freisetzen müssen.

Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn wir heute – ausdrücklich nicht so sehr wegen knapper öffentlicher Kassen, sondern wegen der eben beschriebenen Notwendigkeit – über das schon bestehende Engagement hinaus noch mehr Verständnis und Engagement der deutschen Wirtschaft wecken könnten.

Investition in die Zukunft ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik aber noch in einer weiteren Hinsicht:

Sie beugt faktischen Wettbewerbsverzerrungen durch die Dominanz von Mono-Kulturen vor, sie verhindert oder mäßigt zumindest einseitige Sehweisen durch zusätzliche kulturelle und besonders mediale Angebote.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist deswegen auch ein ganz aktiver Beitrag zur kulturellen Vielfalt.

Diese Vielfalt können wir dann am besten unterstützen, wenn wir ihr auch wirtschaftlich zum Erfolg verhelfen. Hierzu zählt sicher der Schutz der Urheberrechte und des geistigen Eigentums – übrigens nicht nur im Ausland.

Hierzu zählt aber auch, dass wir unsere eigene Maßnahmen hinterfragen: Ob sie dort, wo das geboten ist, auch in kulturwirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig sind.

Damit rede ich keineswegs einer Betrachtung von Kultur durch die wirtschaftliche Brille das Wort.

Im Gegenteil: Wir haben viel zu lange die wirtschaftliche Bedeutung des Kultursektors für Arbeitsmarkt, Wachstum und technologischen Fortschritt in Deutschland und Europa unterschätzt, Unternehmen mit weit über einer Million Beschäftigten und einem Umsatz von mehreren hundert Millionen Euro nicht in den Blick genommen.

Diesen blinden Fleck in der öffentlichen und zum Teil auch in der politischen Wahrnehmung sollten wir gemeinsam korrigieren. Die Europäische Kommission wird deshalb auch in nächster Zeit einen Bericht über die Kulturwirtschaft in Europa vorlegen. Und die deutsche EU-Präsidentschaft hierauf aufbauend im nächsten Jahr gemeinsam mit den europäischen Partnern weitere Schritte zur Stärkung des kreativen Sektors vorschlagen.

Deutsche Kunst und Kultur, das erfahre ich immer wieder auf meinen Reisen und im Gespräch mit meinen Kollegen, wird im Ausland sehr hoch geschätzt.

In allen Staaten, die ich in den ersten elf Monaten meiner Amtszeit besucht habe, und das waren immerhin über vierzig, hat der Bezug des Landes zur deutschen Kultur eine Rolle gespielt.

Manchmal ganz prominent und unmittelbar, wie in den deutsch-argentinischen Filmen eines hier anwesenden Filmemachers oder bei der Eröffnung der Buchmesse in Kairo.

Manchmal vermittelt, wie zum Beispiel bei der wichtigen Eröffnung des gemeinsamen DAAD-Goethe-GTZ-Verbindungsbüros in Abu Dhabi.

Und manchmal durch überraschende, oft kenntnisreiche und immer aufgeschlossene Bemerkungen meiner Gesprächspartner über ein Buch, ein Bild, einen Film oder ein Musikstück aus Deutschland, das sie besonders beeindruckt hat.

Sie alle kennen die großartigen globalen Erfolge deutscher Kunst – und vor allem junger deutscher Künstlerinnen und Künstler in allen sieben Künsten besser als ich.

Und ohne den spektakulären Erfolg der Fußball-WM für unser Bild im Ausland unterschätzen zu wollen: Wenn Deutschland zunehmend als fröhliches, innovatives, offenes und tolerantes Land wahrgenommen wird mit einer eigenen und aussagekräftigen Kreativität, dann ist das auch, wenn nicht zuallererst das Verdienst der Kulturschaffenden in Deutschland!

Ich hatte begonnen mit einem Wort des Dankes und möchte auch enden mit einem Wort des Dankes:

Ich habe in den ersten 11 Monaten meiner Amtszeit versucht, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik etwas stärker in das Wahrnehmungsfeld der Außenpolitik und der Öffentlichkeit zu rücken.

Ich konnte dabei immer auf Ihre Bereitschaft zum Gedankenaustausch bauen, auf Ihre Bereitschaft, mich auf Reisen zu begleiten und bei Besuchen im Ausland oder hier vor Ort zur Verfügung zu stehen. Hierfür danke ich Ihnen sehr.

Und ich freue mich heute auf Ihre Beiträge und Anregungen für die zukünftige Agenda der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.





Prof. Dr. Henning Kagermann Vorstandsvorsitzender der SAP AG

Sehr geehrter Herr Minister Steinmeier,
meine Damen und Herren,

in Ihrer Rede haben Sie – Herr Minister – gerade deutlich gemacht, dass Deutschland in Zukunft den internationalen Austausch auf **allen** Ebenen stärker pflegen sollte. Und wir müssen dabei offen sein für neue Formen der Zusammenarbeit. Ich kann Ihnen da nur zustimmen und Sie werden sehen, SAP geht hier bereits mit gutem Beispiel voran.

Denn genauso wie Deutschland ist auch SAP, als global aufgestelltes Unternehmen, auf die weltweit besten Köpfe angewiesen.

Wissen ist für mich die zentrale Ressource des 21. Jahrhunderts – und zwar in allen Bereichen. Der Zugang zu dieser Ressource führt heute über zwei Wege. Zum einen über die Köpfe der weltweit verteilten Talente und zum anderen über den Einsatz von Software. Warum Software, mögen sie fragen. Aber wenn sie bedenken, dass Software das gegenwärtige Wissen in ihrem Code enthalten und intelligent verfügbar machen kann, erklärt sich dies sofort.

Kombiniert man nun sogar beide Wege, Talente und IT, erhält man so eine unschlagbare Verbindung zum vereinten Wissen der früheren und heutigen Generationen.

Daher muss es unsere zentrale Aufgabe sein, dieses kombinierte Wissen für Deutschland verstärkt zu gewinnen. Wissen in Form der weltweit besten Talente und Wissen in Form moderner Informationstechnologie. Wir sind als wissensbasierte Gesellschaft auf die daraus erwachsende Intelligenz angewiesen, wie die Agrarkulturen auf das Wasser.

Und als Initialzündung brauchen wir die besten Talente, die gemeinsam in Netzwerken Innovation vorantreiben können. Die erfolgreiche Zukunft Deutschlands wird also zu einem großen Teil davon abhängen, in welchem Maße es uns gelingen wird, auf diese Weise neues Wissen als Basis für Innovationen zu generieren.

Aber gegen wen konkurrieren wir denn um die besten Köpfe in der Welt?

Ich möchte Ihnen dies an ein paar nachdenklich stimmenden Beispielen aufzeigen:

Meine Reisen ins Ausland führten mich in letzter Zeit oft ins Silicon Valley in den USA, nach Indien und nach China, wo ich unsere Niederlassungen und Kunden besucht habe. Lassen Sie mich Ihnen meine Eindrücke von diesen Märkten und ihren Potentialen schildern.

In Palo Alto, im Silicon Valley, haben wir den bislang größten Forschungsstandort der SAP außerhalb von Deutschland. Man sagt oft, dass das Internet die Welt in ein virtuelles Dorf verwandelt hat. Umso verblüffender ist es, dass man immer noch in dieses „Dorf“ – das Valley – reisen muss, um das Internet und die Zukunft der IT in vollem Umfang zu begreifen.

Überall sieht und spürt man dort einen kontinuierlichen Strom neuer Ideen und Innovationen. Die neueste Welle wurde kürzlich erst ausgelöst durch das so genannte Web 2.0 – von vielen auch als das „Mitmach-Internet“ bezeichnet. Die USA haben sich auch hier wieder an die Spitze dieser nächsten Generation des Internets gestellt und wirken wie ein Magnet auf die kreativen, talentierten und hoch motivierten Pioniere aus aller Welt.

Vom Westen in den fernen Osten: Als ich in früheren Jahren China besuchte, hatte ich dabei auch die Gelegenheit zu intensiven Gesprächen mit Regierungsvertretern. Damals hatten die westlichen Technologienationen noch einen großen Wissensvorsprung vor China. Das Interesse der Chinesen an globalen Standards und Best-Practices war folglich groß. Bei meinem letzten Besuch in diesem Sommer hatte sich das Blatt bereits gravierend gewendet. Die gleichen Gesprächspartner erläuterten mir nun ihre ambitionierten 5-Jahrespläne. Von besonderem Interesse war für mich dabei die große Rolle die IT als strategischer Hebel für die weitere Entwicklung des Landes spielen wird. Wenn ich mir die bisherige Entwicklung Chinas anschau und sehe, mit welchem Erfolg in der Vergangenheit die 5-Jahrespläne umgesetzt wurden, dann kann ich nur davor warnen, Chinas Ambitionen zu unterschätzen. Es würde mich nicht wundern, wenn China im Jahr 2010 im Bereich IT dort ist, wo Europa eigentlich sein sollte und gemäß der Lissabon Agenda auch sein wollte.

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich derzeit auch in Indien. Vor zwei Monaten war ich dort eingeladen vorzutragen, wie Indien schnellst-

möglich zu einer Wissensgesellschaft aufsteigen kann. Das Land hat dazu durch eine Vielzahl von Maßnahmen bereits die Weichen gestellt. Die exzellente und umfangreiche Ingenieurausbildung ist dabei hervorzuheben. Und der große globale Erfolg Indiens als IT-Dienstleister zeigt, dass das Land auf dem Weg ist, seine Ziele zu erreichen. Ich bin mir sicher, dass Indien den Sprung zu den Top IT-Nationen schaffen und somit in direkte Konkurrenz auch zu Europa und den USA treten wird.

An diesen Beispielen können Sie erkennen, dass es in Zukunft in Europa nicht mehr nur darum geht, mit Innovationen die Produktivität zu steigern und so mit den wesentlich geringeren Löhnen und mit den kostengünstigen Produkten der Schwellenländer zu konkurrieren. NEIN – es geht viel stärker um die Frage: Wie werden wir es schaffen in Zukunft Schritt zu halten, nicht nur mit dem hohen Innovationstempo der USA, sondern auch mit dem der aufstrebenden Länder Indien und China?

Wir müssen also als Volkswirtschaft unser Innovationstempo wesentlich beschleunigen, wenn wir im globalen Wettbewerb mithalten wollen. Erfolg durch ein hohes Innovationstempo ist aber auch das Rezept der SAP als Unternehmen um im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Wie haben wir das erreicht? Und könnte man unseren Ansatz auch auf Deutschland übertragen? Diesen beiden Fragen will ich nachgehen.

In unserer Branche waren wir schon immer einer sehr hohen Marktdynamik ausgesetzt. Um an der Spitze der Branche zu bleiben mussten wir das Tempo vorgeben. Eine meiner wichtigsten Erfahrungen dabei ist, dass man heutzutage Innovationen **nie alleine** und nur noch **global** schaffen kann. Diese so genannte Ko-Innovation ist heute einer der fundamentalen Faktoren für unseren Erfolg. Wir haben frühzeitig auf Netzwerke gesetzt. Sobald wir einen potenziellen Zukunftsmarkt identifiziert hatten, suchten wir die Nähe zu geeigneten Partnern. Dabei ist nicht die Anzahl der Partner relevant, sondern deren Qualität. Nur so erreicht man, dass man von den Besten aus Wissenschaft und Industrie umgeben ist.

Lassen Sie mich anhand eines Beispiels verdeutlichen, wie durch Ko-Innovation neue Produkte schneller und erfolgreicher auf den Markt kommen können. Schnell war uns klar, dass die neue Technologie der intelligenten Funketiketten, auch RFID genannt, theoretisch die weltweiten Logistikprozesse erheblich effizienter machen kann. Um die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten der RFID-Technologie auszuloten, hatten wir uns daher bereits gegen Ende der 90er Jahre an einem bestehenden RFID-Projekt

des MIT in den USA und der Hochschule St. Gallen in der Schweiz, beteiligt. Ein richtiges Momentum bekam das Innovationsprojekt aber erst in dem Augenblick, in dem weitere Unternehmen, die in ihren Branchen jeweils führend waren, mit in das Projekt eingebunden wurden. Im Konzert mit Intel, Metro und Procter & Gamble wurde nicht nur die Forschung in realitätsnahe Bahnen gelenkt, die Ergebnisse konnten auch direkt in den beteiligten Unternehmen unter Praxisbedingungen getestet und schnell in Produkte umgesetzt werden. Ohne die Erfahrung aller beteiligten Partner wäre keines der Unternehmen alleine in der Lage gewesen, schnelle Fortschritte in dieser zukunftsweisenden Technologie zu erreichen – auf dem Wege der Ko-Innovation hingegen ging es erstaunlich gut.

Lassen Sie mich Ihnen den Nutzen von solchen Netzwerken zusätzlich am Beispiel der Öl- und Gasbranche erläutern. SAP fungiert hier als zentrales Bindeglied einer Gemeinschaft bestehend aus den weltweit größten Erdöl- und Gasförderkonzernen. Diese tauschen über unsere Plattform ihr Wissen aus und diskutieren regelmäßig Best Practices der Energiebranche in West und Ost. Wie hat sich so ein Netzwerk entwickelt? Als erstes brauchen Sie erstklassige Anfangsmitglieder, die das Potenzial haben für andere Mehrwert zu bieten, damit sie dem Netzwerk beitreten. SAP konnte solche Netzwerke erfolgreich initiieren, weil mit den jeweiligen Branchenführern bereits ein Grundanreiz für andere Mitglieder vorhanden war. Sobald ein erster Mehrwert geschaffen wurde, entwickeln sich solche Netzwerke meist zum Selbstläufer. Dann profitieren alle beteiligten Mitglieder.

Wir sind natürlich nicht immer der Initiator oder das Gravitationszentrum für solch partnerschaftliche Netzwerke für Ko-Innovationen. Nein – wir müssen auch offen sein für neue Trends und Entwicklungen, in denen andere Organisationen führend sind. Wir bringen uns deshalb auch in bereits bestehende Netzwerke ein. Unser Standort im Silicon Valley hilft uns zum Beispiel, eine enge Verbindung zur dynamischen und sehr innovativen Szene der Internet-Startups in den USA zu halten.

Neben den etablierten Hochindustrienationen gilt unser besonderes Augenmerk den aufstrebenden Schwellenländern. Die Beteiligung an lange etablierten lokalen und nationalen Netzwerken erlaubt uns, in Rekordzeit das Wissen zu erwerben, das zum wirtschaftlichen Erfolg in diesen Ländern nötig ist. In China bringen wir uns beispielsweise frühzeitig in die teilweise noch sehr staatlich geprägten aufblühenden IT-Industrien ein. Dazu haben wir uns in diesem Jahr an dem chinesischen Softwareanbieter Neusoft beteiligt, übrigens eine Ausgründung einer chinesischen Universität. Mit Neusoft arbeiten wir bereits in Vertrieb, Produktentwicklung und Ausbildung im

Land der Mitte zusammen. Bei dieser Gelegenheit, Herr Minister, möchte ich auch ausdrücklich die sehr gute Unterstützung des Auswärtigen Amts bei all den Aktivitäten dankend erwähnen. Ohne diese Hilfe wäre vieles nicht möglich gewesen oder zumindest nicht in der kurzen Zeit.

Indien ist ein weiteres Beispiel dafür, wie SAP sich erfolgreich in nationale Netzwerke einklinkt. In der Vergangenheit war die Ko-Innovation mit US-amerikanischen IT-Dienstleistern eine wesentliche Quelle unseres Erfolges. Ich bin überzeugt davon, dass Indische Dienstleister wie Wipro und Infosys eine glänzende Zukunft vor sich haben. Um daran teilzuhaben arbeiten wir bereits heute intensiv daran, diese neuen Partner eng in unser vorhandenes Netzwerk zu integrieren.

In unserem Unternehmen sind die Mitarbeiter das wichtigste Kapital. Ich habe es Ihnen schon am Anfang erläutert, dass auch wir die besten Köpfe, kombiniert mit elektronischer Intelligenz in Form von Software, als Rohstoff brauchen, um unsere innovativen Produkte „herzustellen“. Doch die besten Köpfe sind äußerst rar gesät. Wir müssen uns deshalb fragen, wie wir diese Menschen für uns gewinnen können. Dafür müssen wir uns Gedanken machen, auf **was** die besten Köpfe größten Wert legen. Ist es der monetäre Anreiz? Also viel Geld zu verdienen? Nein – ich denke, Geld ist eben **nicht** ausschlaggebend. Diese Menschen wollen sich in erster Linie für etwas engagieren, für das es sich lohnt zu arbeiten und zu leben. Das heißt, am liebsten für ein Unternehmen zu arbeiten, das ein Stück Geschichte schreibt.

Ich erinnere mich noch genau an die heiße Phase der New-Economy und den schier grenzenlosen Optimismus, der in der Dot.Com-Branche herrschte. Damals verloren wir täglich einige Mitarbeiter in den USA. Um die Beweggründe der Menschen zu erfahren habe ich die Mitarbeiter genauer befragt. Einer sagte mir, er wolle SAP verlassen, um die Chance zu haben, Geschichte zu schreiben. Er wollte am Internet-Boom teilhaben und eine eigene E-Commerce-Firma gründen. Dieses Pioniergefühl, aus dem **Nichts** etwas zu erschaffen und sich in 20 Jahren **nicht** von seinen eigenen Kindern vorwerfen zu lassen, **nicht** dabei gewesen zu sein, waren die Gründe für seinen Weggang. Sie sehen, die besten Köpfe denken zukunftsorientiert und wollen ihre Visionen auch durch ihre Arbeit verwirklicht sehen. Diese Menschen sind geprägt von Pioniergeist und werden nur in Unternehmen glücklich, die in Zukunftsbranchen tätig sind oder die an der Spitze eines Industrie-Sektors stehen. Die Stock-Options waren jedenfalls für diese Mitarbeiter nicht der entscheidende Punkt.

Der meiner Meinung nach wichtigste Hebel um die besten Köpfe anzuziehen, sind die besten Köpfe, die wir bereits haben. Top-Leute wollen sich mit den Besten messen und zusammenarbeiten und genau das finden sie bei der SAP, in unseren Mitarbeitern und in unserem globalen Innovationsnetzwerk von Partnern. Denn: Klasse zieht Klasse an.

Wir gehören bei den Softwareanbietern heute zu den Innovationsführern und sind dabei, die Wissensgesellschaft der Zukunft mitzuprägen. Damit gehören wir heute zur Elite der weltweiten Software-Entwicklung.

Der Begriff Elite ist allerdings in Deutschland oft immer noch negativ besetzt. Im Interesse unseres Themas brauchen wir aber ein offenes und positives Verhältnis zu echten Eliten. Und mit echten Eliten meine ich solche Gruppen, die in der Lage sind mit ihren außergewöhnlichen Beiträgen die Masse zu bereichern. Das hat im Kern übrigens eine sehr soziale Komponente.

Die Marke SAP steht nicht nur für Innovation und Spitzenleistung, sondern ist zudem heute eine der globalsten Marken.

Das war nicht immer so. Gerade in den für uns sehr wichtigen Märkten USA und Japan hatten wir es anfangs ziemlich schwer, geeignete Mitarbeiter zu finden. In diesen Ländern möchten die Menschen lieber für die renommierten einheimischen Arbeitgeber arbeiten. Daher war es für uns ein strategisches Ziel, dort als globale Marke angesehen zu werden. Und genau das haben wir mittlerweile erreicht: Wir werden heute nicht mehr nur als rein deutsches Unternehmen angesehen, sondern als globale Firma, die in allen Ländern der Welt zu Hause ist und die ihren Ursprung und Stammsitz in Deutschland hat. Deshalb sind wir für Bewerber aus allen Nationen gleichermaßen attraktiv und können den gesamten globalen Talentpool ansprechen.

Sehr verehrte Damen und Herren,

wir haben uns hier heute versammelt, um uns Gedanken zu machen, wie wir in Zukunft die jungen Talente noch stärker für Deutschland begeistern können. Auch wir – als Teil der deutschen Wirtschaft – begrüßen es sehr, die Vernetzung mit dem Ausland voranzutreiben. Dabei soll auch die Pflege der deutschen Sprache und Kultur ihren Platz haben, aber auch die von Ihnen angesprochenen neuen Impulse wie die „Netzwerke der besten Köpfe“ halte ich für wichtig.

Ein Beispiel, wie auch wir, die Softwareindustrie, einen Beitrag zur Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur leisten können, ist das Leuchtturmprojekt Quaero. Frankreich und Deutschland haben vor eineinhalb Jahren dieses Projekt angestoßen. Mit Quaero soll die bewährte deutsch-französische Zusammenarbeit auch im Bereich der Zukunftstechnologien fortgesetzt werden und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der beiden Länder gestärkt werden. Das Projekt zeigt exemplarisch, wie digitale Technologien helfen können, das kulturelle Erbe zu bewahren, zu sichern und zu verbreiten. Gemeinsam mit Partnern werden wir Basistechnologien entwickeln, um das Wissen von europäischen Kultureinrichtungen innovativ aufzubereiten und strukturiert einem breiten Publikum online zugänglich zu machen. Auch hier geht es wieder im Prinzip darum Wissen durch elektronische Intelligenz zu verstärken und zugänglich zu machen.

Einige der Punkte, über die ich gerade im Zusammenhang mit der Unternehmensphilosophie der SAP gesprochen habe, könnten auch als Anregung für Deutschland dienen, um unser Land international noch attraktiver und bekannter zu machen. Lassen Sie mich daher ein wenig eine Parallele zwischen meinem Unternehmen und unserem Land ziehen.

Zunächst einmal müssen wir das Image und die Marke von Deutschland stärken. Wir müssen wieder die Aufmerksamkeit der Eliten auf Deutschland lenken. Es muss die Besten der Besten reizen nach Deutschland zu kommen. Ich habe Ihnen ja gerade geschildert, wie wichtig die besten Köpfe für unser Unternehmen sind. Dasselbe gilt natürlich auch für Deutschland. Denn Eliten ziehen Eliten an und steigern gleichzeitig wiederum das Ansehen Deutschlands im Ausland. Wir müssen diesem Kreislauf neuen Schwung geben.

Dazu sollten wir im harten Wettbewerb um die besten Talente eines besonders berücksichtigen. Nur wer zu den weltweit führenden Nationen bei den Zukunftsindustrien zählt, wird diesen Wettkampf gewinnen. Zu diesen Industrien zähle ich die Biotechnologie, die Nanotechnologie, die Energietechnologie und natürlich auch die Informationstechnologie. Das Land muss zu einer Führungsrolle in diesen neuen Industrien kommen. Hierbei wiederum zählt Klasse, nicht Masse. Deutschland muss versuchen, sich auf einige Fokusbereiche zu konzentrieren, um dort zur Weltspitze aufzurücken. Den besten Köpfen muss bei bestimmten Zukunftstechnologien sofort das Land Deutschland einfallen – so wie zum Beispiel jedem sofort das Silicon Valley als Top-IT-Standort einfällt. Mich ärgert es richtig, wenn ich umgekehrt im Silicon Valley stattdessen als erstes auf das Oktoberfest angesprochen werde.

Die besten Köpfe möchten mit ihrer Arbeit etwas bewegen, möchten nachhaltigen Erfolg haben und genießen. Dazu sind aber einige Rahmenbedingungen notwendig, zu deren Umsetzung ich die Politik auffordere. Dazu zähle ich neben der gezielten Förderung von Existenzgründungen in Fokusindustrien vor allem den Abbau von Bürokratie. Es ist einfach unerklärlich, warum eine Unternehmensgründung in Deutschland noch immer über 30 Tage dauert – andere Länder schaffen das in wenigen Tagen. Das Ziel der Regierenden sollte sein, ein innovationsfreundliches Klima zu erzeugen. Also optimale Bedingungen zu schaffen in denen Talente genug Freiheiten haben, um erfolgreich arbeiten zu können.

Nur wenn wir einen Rahmen schaffen in dem sich Leistung wieder lohnt und in Erfolg niederschlagen kann, werden wir die Abwanderung unserer eigenen Spitzenkräfte ins Ausland verhindern und gleichzeitig wieder mehr Spitzenkräfte nach Deutschland holen.

In der Vergangenheit hat Deutschland es immer wieder geschafft, neue Technologien zu entwickeln und darin Spitze zu sein. Im 20. Jahrhundert fällt mir dazu der Automobilbau oder auch generell der Maschinenbau ein. Der Begriff „Made in Germany“ wurde so weltbekannt und Deutschland konnte zu recht darauf Stolz sein. Im Laufe der Zeit reifen solche Industrien, und andere Nationen werden durch ein geringeres Kostenniveau wettbewerbsfähiger. Deshalb ist es so wichtig, permanent Innovation zu forcieren, um immer wieder neue Schlüsselindustrien zu gewinnen. Nur so kann ein Umfeld geschaffen werden, in dem die Besten in Deutschland gehalten werden können. Wir müssen uns aber heute durchaus kritisch fragen, welche zukunftsweisenden Industrien in Deutschland in der Lage sind, eines Tages wieder einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Automobilindustrie zu erlangen.

Neben den bisher genannten Punkten hat Deutschland nach wie vor einen enormen Vorteil, den wir zur Differenzierung nutzen können: Unser Umfeld. Wir leben heute in einem politisch und sozial sicheren Staat, der zudem über eine exzellente Infrastruktur verfügt. Viele andere Nationen haben keine derart hohen Standards. Dies ist eine gute Voraussetzung, um zielgerichtet neue Schlüsseltechnologien in Deutschland auszubauen.

Allerdings müssen wir beim Thema Sicherheit an einer Stelle nachlegen. Wenn ich lese, dass einer der beiden Gründer von YouTube, der Videotauschplattform, die Google jüngst für 1,6 Mrd. USD gekauft hat, vor ein paar Jahren Deutschland verlassen hat, weil er sich als offensichtlicher

Ausländer hier nicht mehr sicher fühlte, erleben wir schmerzhaft, wie sehr dumme Ausländerhass gerade den Inländern schadet. Deutschland muss ein sicheres und gastfreundliches Land für die Talente der Welt sein.

Ich habe gerade erwähnt, dass Schlüsseltechnologien der Zukunft wie ein Magnet auf die Eliten wirken. Wie steht es denn um die Ausbildung unserer eigenen Eliten? Wir haben in Deutschland sicherlich eine sehr gute Allgemeinbildung – im Durchschnitt wahrscheinlich auch besser als in den USA. Aber uns fehlt die Weltspitze in der Ausbildung. Harvard, Oxford, INSEAD, Berkeley sind weltbekannte Ausbildungseinrichtungen – aber welche vergleichbaren Namen fallen im Ausland beim Stichwort Deutschland? Nur wenn wir mit den Elite-Universitäten in den USA, in England und in anderen Ländern mithalten können werden deutsche Universitäten auch viel stärker als geschätzte Partner für gemeinsame Forschungsnetzwerke mit der Wirtschaft sein. Es muss uns wieder gelingen, auf internationalem Spitzenniveau Forschung zu betreiben. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass im Zuge der Exzellenzinitiative der Bundesregierung die ersten drei Universitäten bald mit Sondermitteln für die Spitzenforschung bedacht werden.

Mit diesen bereits eingeleiteten Schritten können wir wieder ein Exzellenz-Image aufbauen, das es uns erlaubt, zu einem Gravitationszentrum von Innovations-Netzwerken zu werden. Dann werden wir auch die weitere Erosion des Humankapitals stoppen und attraktiv für die weltweit besten Köpfe sein.

Lassen Sie mich nun nochmals auf das Thema Ko-Innovation eingehen. Der gezielte Wissensaustausch mit Partner-Nationen im Bereich der Spitzen- und Zukunftsindustrien ist einer der Schlüssel dafür, dass Deutschland Weltspitze werden kann. Dazu sind erst einmal einige Hausaufgaben zu erledigen. Das Ausland muss in der Lage sein, eindeutige Kontaktpunkte zu identifizieren, wenn Innovationsnetzwerke schnell und effizient aufgebaut werden sollen. Die Bündelung von Interessen und das Schaffen von Schnittstellen sind dafür notwendige Voraussetzungen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Acatech, die sich als nationale Akademie der Technikwissenschaften aufstellt und so als zentrale Anlaufstelle für die Vernetzung mit dem Ausland dienen kann. Hier kann das Auswärtige Amt helfen, deutsche Organisationen mit Einrichtungen anderer Staaten zu vernetzen, sei es auf politischer, akademischer, wirtschaftlicher oder kultureller Ebene. Diese Art von Clusterbildung wird in Deutschland erhebliche Potenziale erschließen. Denn Unternehmen werden interdisziplinär und Hand in Hand mit universitären Forschungsinstituten zusammenarbeiten und so wissensintensive Produktion

und auch Forschung und Entwicklung auf höchstem internationalen Niveau betreiben können. Davon brauchen wir mehr in Deutschland.

Neben der gezielten Förderung von Ko-Innovation auf Basis von Netzwerken dürfen wir aber auch symbolträchtige Events in Deutschland nicht vergessen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Lindauer Nobelpreisträgertreffen. In diesem Jahr haben sich 23 Nobelpreisträger in einem glanzvollen Rahmen am Bodensee eingefunden. Mehr als 500 exzellente junge Nachwuchsforscher aus der ganzen Welt hatten die Möglichkeit sich mit den Nobelpreisträgern auszutauschen. Lindau ist auf dem besten Weg zu einer global ausgerichteten Tagung für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu werden und ich freue mich, dass dies in Deutschland stattfinden kann. Das sind Events, die weltweit Beachtung finden und die damit das Image von Deutschland als Innovationsnation fördern. Wir brauchen mehr von solchen Veranstaltungen, die Deutschland mit dem Begriff Exzellenz verbinden. Damit fördern wir das Image der Innovationsnation Deutschland und locken auch neue Wissensträger in die Ausbildung und Forschung. Diesen Kreislauf müssen wir in Gang setzen – dann wird sich eine Eigendynamik entfalten, die letztendlich die Netzwerke zu Selbstläufern werden lässt.

Meine Damen und Herren,

wir haben heute signifikante Stärken, auf denen wir aufbauen können. Aber wir dürfen uns nicht ausruhen. Deutschland hat einen sehr guten Namen, ist aber dabei, ihn zu verlieren. Um unseren Wohlstand zu erhalten und im Wettbewerb mit den neuen aufstrebenden Nationen bestehen zu können, müssen wir Spitze in den Zukunftstechnologien sein und unsere Wirtschaft und Universitäten global besser vernetzen. Wir sollten ein attraktives Klima für Exzellenz schaffen und damit die weltweit besten Köpfe an uns binden. Dann werden wir auch ein neues und modernes Image im Ausland erhalten. Damit verleihen wir dem Markenzeichen Deutschland eine neue Frische. Daher begrüße ich ausdrücklich das Bestreben des Auswärtigen Amtes, die besten Köpfe aus Politik und Kultur zusammenzubringen, um die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf eine moderne und zukunftsfähige Basis zu stellen.



Sechs Thesen zur Deutschen Außenkulturpolitik von Ilija Trojanow

Editorische Vorbemerkung: Der Schriftsteller Ilija Trojanow konnte krankheitsbedingt leider nicht an der Eröffnung der Konferenz „Menschen bewegen“ teilnehmen. Er hat uns trotzdem seine Gedanken zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zukommen lassen, die die Grundlage für seinen Eröffnungsvortrag gebildet hätten.

1. Kultur ist kein Luxus

Nur weil der Wert kulturellen Austausches nicht zu beziffern ist, heißt es noch lange nicht, daß er wertlos ist. Kultur ist die Ausstrahlung einer Gemeinschaft, und solange menschliche Beziehungen im Vordergrund jedes auch ökonomischen Vorganges stehen, ist die kulturelle Persönlichkeit zentrales Mittel der Verführung, und somit unverzichtbar. Diplomatie und Handel sind ohne Kultur nackte Pflichtprogramme.

2. Austausch ist keine Einbahnstraße

Mit Gewalt kann man wegnehmen, aber nicht geben (ins Stammbuch jeder imperialen Politik geschrieben). Eine Kulturaußenpolitik muß die Einladung beinhalten, vom Anderen auch etwas zu erfahren, zu lernen, Ebenen der Begegnung und sogar der Fusion zu ermöglichen. Denn wer nachfragt, kann dann auch von sich berichten. Der Reichtum menschlicher Kultur basiert auf gegenseitiger Beeinflussung, bis hin zur Vermischung. Offenheit ist in diesem Zusammenhang ein Kernmerkmal von Zivilisation. Das Traditionelle ist nichts anderes als eine Hybridität, die in Vergessenheit geraten ist. Daher sollte die Außenkulturpolitik konfluent angelegt sein, bereit zu geben, indem sie etwas annimmt.

3. Selbstbewußtsein ist der erste Schritt zum Dialog

Deutschland hat eine reichhaltige Kultur, vergangene wie auch gegenwärtige, es muß sich wahrlich nicht hinter den Kulissen verstecken. Deutschland hat vor allem aber auch eine Tradition der Weltzugewandtheit. In Indien wird dies durch die Benennung der Institute nach Max Müller gewürdigt.

Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit führte teilweise zu einem Selbsthaß, der bekanntermaßen wenig Verlockendes in sich trägt. In Afrika, Arabien und Indien wiederholt sich seit Jahrzehnten folgender Dialog zwischen Einheimischen und Deutschen.

- Du bist schön.
- Nein, ich bin häßlich.
- Wir finden dich aber sehr attraktiv.
- Ihr täuscht euch, ihr sieht das falsch, wenn ihr mich wirklich kennen lernen würdet, könntet ihr sehen, wie häßlich ich bin.
- Das glauben wir nicht.
- Wir werden es euch beweisen!

Selbstkritik aus einer Haltung der Selbsterniedrigung heraus wirkt nicht überzeugend, sondern eher pathologisch. Ein nachdenkliches In-Sich-Hinein-Horchen kann auch mit würdevollem Stolz auf das Geschaffene erfolgen. Dann wäre Kulturaußenpolitik auch ein Einladung an andere, uns einen Spiegel vorzuhalten, anstatt ein Diktat, wie man uns zu sehen hat.

4. Auf zwei Beinen steht es sich besser

Nur Englisch allein? Auf zwei Beinen steht es sich besser. Wer McEnglish lernt, kommt zurecht, wer Deutsch entdeckt, erlebt ein Abenteuer. So ungefähr könnte man werben für eine weitere, weniger populäre Sprache. Sprachvermittlung ist weiterhin von entscheidender Bedeutung. Wer selbst ein wenig von einer unbekannteren Sprache lernt, gewinnt einen empathischeren Zugang zum Fremden. Das bedeutet aber auch, daß die eigene Sprache, dieses Zeichenwunder namens „Deutsch“, hochgehalten werden sollte. Es ist ein Unding, wenn Visitenkarten von Mitarbeitern des Goethe-Instituts in der einheimischen Sprache und auf Englisch gedruckt sind, oder wenn die Diskurssprache bei Veranstaltungen Englisch ist.

5. Das Profilierte hat Zukunft

Globalisierung bedeutet im Bereiche der Kultur oft Verwischung zur Belieblichkeit. Ein Potpourri von Versatzstückchen wird als Multikulti verkauft, aus dem Zusammenhang gerissene Fetzen von angeblicher Authentizität werden miteinander vernäht. Aber in einer zunehmend containisierten Welt wird das Kantige, Eigen-Artige, Unerwartete auffallen. Populistische Kapitulationen rächen sich langfristig, das Profilierte setzt sich letztlich durch.

6. Der Zivilisierte findet wahre Freunde

Es wird in den letzten Jahren viel geklagt über das Erstarren der ideologisierten, fanatischen Kräfte, seien es die Hindutva in Indien, die Wahhabi im Islam oder die christlichen Fundamentalisten. Wieso also wird nicht das Offensichtliche unternommen, nämlich mit allen Kräften jene zu unterstützen, die offene und plurale Systeme vertreten. Im Islam etwa wären das die vielfältigen Traditionen des Sufismus, das Interface des Islam sozusagen.

Ihn zu stärken und zu stützen wäre eine hehre und nützliche Maßnahme gegen die kulturvernichtenden Strömungen, die – im arabischen Raum vor allem von Saudi-Arabien aus – in alle Welt exportiert werden. Während die Diplomatie oft Zweckbündnisse eingehen muß (oder glaubt, eingehen zu müssen), kann die Kulturpolitik die wirklichen Freunde ausfindig machen, sie ins Gespräch verwickeln und unterstützen.



Arbeitsgruppe I

Modernes Profil: Die Rolle der Kreativ- industrie

2.1



Neues Gütesiegel von Tim Renner

→ *Definiert ein Land seine globale Wertschöpfung über Kreativität, müssen seine Kulturinstitute im Ausland als wichtige Außenwirtschaftsvertretungen fungieren. Es geht also nicht nur darum, deutsche Ideen und Kreativprodukte im Ausland zu inszenieren und zu fördern, sondern für eine nachhaltige Verankerung und bessere Platzierung in Absatzkanälen zu sorgen.*

Wir befinden uns in Deutschland in einer postindustriellen Gesellschaft. Die Wertschöpfung kann nicht mehr durch einen klassischen Industriebegriff abgebildet werden. Es kann und wird nicht die Aufgabe deutscher Unternehmen und Arbeitnehmer sein, in Sachen Lohn- und Stückkosten gegen Schwellenländer anzutreten, sondern wir müssen den Wettbewerb durch Qualität suchen. Diese Qualität ist die Idee und somit der hierzulande produzierte Prototyp.

Bestenfalls reden wir noch von der Serienproduktion der ein oder anderen Luxus- und Highend-Marke, aber nicht mehr von einer breiten, industriellen Basis. In einer arbeitsteiligen Welt ist hier kein guter Ort für Massenstückproduktion, so wie spätestens seit der Industrialisierung städtisch geprägte Gesellschaften wie die unsrige für die Agrarwirtschaft als Kern der Wertschöpfung suboptimal sind. „Made in Germany“ wird auf Dauer – genauso wie es unsubventionierte, deutsche Agrargüter schon seit langem sind – die Ausnahme sein. „Erdacht in Deutschland, hier getestet, gesteuert und vermarktet“, muss unser neues Gütesiegel werden.

Der Volkswirt und Soziologe Richard Florida postulierte schon vor zwei Jahren, dass in diesem Sinne die Vereinigten Staaten eher mit Finnland und Neuseeland, denn mit China und Indien in Konkurrenz stehen würden. Was die Entwicklung von Mobil-Kommunikation (Nokia) und Entertainment (Lord of the Rings) angeht, seien die erstgenannten der USA von ihren Möglichkeiten her bereits mindestens ebenbürtig. Die Volkswirtschaften beider Länder hätten sich erfolgreich auf die Entwicklung ihrer „Creative Class“ konzentriert. Unter diesem Begriff subsumiert Florida all diejenigen, die egal ob angestellt oder freischaffend, davon leben dass sie Ideen entwickeln wie man etwas macht oder anders macht.

Vor allen Dingen sind sie in der Kreativwirtschaft, Wissenschaft und in Teilen der Dienstleistungsindustrie zu finden. In weit entwickelten Ländern liegt die Quote der auf diese Weise Beschäftigten bei 28 Prozent, also deutlich über der Arbeiterschaft und fast auf Augenhöhe mit den klassisch Angestellten.

Ökonomisierte Kunst

Eine Außenpolitik, die die Entwicklung der Wachstumsressource Wissensökonomie und somit die „Creative Class“ Deutschlands stützt und fördert, kann daher nicht mehr streng zwischen Außenwirtschaftspolitik und Außenkulturpolitik trennen. Im Sinne der Aufwertung, die die Entwicklung und Vermarktung von Ideen bekommen muss, kommt es zu einer neuen Rolle der Kultur in unserer Außendarstellung. Sie ist als Ausdruck unseres Kreativpotentials nun mehr Wettbewerbsvorteil unseres Landes. Das wertet sie enorm auf, ökonomisiert die Kunst aber auch zu einem gewissen Grad.



Konsequent zu Ende gedacht, müsste ein Land, das seine globale Wertschöpfung über Kreativität definiert, sein Kulturinstitut so aufstellen, dass es auch als eine wichtige Außenwirtschaftsvertretung fungieren kann. Als solches müsste es nach Parametern agieren, die auch einer wirtschaftlichen Überprüfung standhalten. Es ginge nicht mehr nur darum, originär deutsche Ideen und Kreativprodukte im Ausland zu inszenieren und zu fördern, sondern man müsste für eine nachhaltige Verankerung durch Platzierung in Absatzkanälen sorgen.

Im Musiksektor hieße das zum Beispiel die Konzentration auf Interpreten die eine klare Eigenständigkeit im Sinne deutscher Kultur aufweisen können. Es ginge dann nicht nur um die Förderung von Tourneen, sondern auch um die Auswertung über Labels und Medienpartner vor Ort.

Ein solches, erweitertes Verständnis von Außenkulturpolitik hätte interessante Auswirkungen auf das Goethe-Institut. Die größte deutsche Kultureinrichtung träte zum Beispiel plötzlich in einen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem hoch gelobten französischen Kulturinstitut und wäre diesem wohl von Aufstellung und Größe her auch gewachsen.

Die Ergebnisse des Instituts würden messbarer, seine Relevanz aber auch spürbar wachsen. Im Sinne eines modernen, popkulturell geprägten Kunstbegriffs, als auch im Sinne der deutschen Kreativwirtschaft, wäre beides überaus wünschenswert.

Angesichts der Globalisierung des Wettbewerbs um Ideen und deren Auswertung scheint mir eine Diskussion um solche möglichen Neupositionierungen unserer Institute und unserer Kulturpolitik notwendig.

Creativity for X-port von Monika Griefahn

→ *Außenkulturpolitik ist kein Luxus der Repräsentation, sondern Interessenspolitik, bei der es auch zu Resultaten kommen muss. Die Werte, die uns für die Zukunft wettbewerbsfähig machen, sind die Kreativität und der Ideenreichtum in Deutschland.*

Die Thesen des Medienunternehmers Tim Renner stellen gewissermaßen aus Industriesicht dar, was die Kreativindustrie zu leisten im Stande ist, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Ich möchte dem aus meiner politischen Sicht derjenigen, die für die Umsetzung solcher Rahmenbedingungen mitverantwortlich ist, noch einige Punkte hinzufügen.

Ich selbst setze mich schon lange für die Stärkung der Kreativindustrie ein, denn ich weiß, dass unsere Qualitäten in Deutschland nicht darin bestehen, besonders preiswert zu arbeiten. Sie bestehen auch nicht darin, immer auf einem technologisch höheren Stand als andere Nationen zu sein. Die Werte, die uns für die Zukunft wettbewerbsfähig machen werden, sind unsere Kreativität, der Ideenreichtum in unserem Land und die Phantasie jeder und jedes Einzelnen.

Doch um diese Werte zu beflügeln, braucht es unsere Anstrengungen. Wir müssen den gesellschaftlichen Horizont erweitern und endlich davon wegkommen, dass nur das für wertvoll gehalten wird, was direkt einen möglichst bezifferbaren Ertrag einbringt.

Ein gutes Beispiel ist die Bildung. Nach wie vor hat in der Schule Mathematik oder Geschichte einen größeren Stellenwert als Musik oder Kunst. Musische Bildung und die dadurch geförderten kreativen, sozialen oder kombinatorischen Fähigkeiten sind aber genau das, was wir in Zukunft brauchen. Deswegen darf es auch an den Universitäten nicht so weitergehen, dass drittmittelstarke Naturwissenschaften den Geisteswissenschaften gegenüber bevorzugt werden. Das können wir uns nicht leisten.

Um uns den Anforderungen dieser Problematik zu stellen, sind wir mit ganz unterschiedlichen Initiativen zwar noch lange nicht am Ziel, aber doch auf einem guten Weg. Zu dem, was wir bereits erreicht haben, gehören zum Beispiel das vier Milliarden schwere Ganztagsschulprogramm, die vielen Ver-

besserungen beim bürgerschaftlichen Engagement, die Bemühungen für mehr deutsche Musik in den Medien oder auch die neue Filmförderung, für die ab 2007 pro Jahr 60 Millionen Euro fließen, um nur einen Bruchteil zu beleuchten.

▷▷ *„Wir müssen den gesellschaftlichen Horizont erweitern und davon wegkommen, dass nur das für wertvoll gehalten wird, was einen möglichst bezifferbaren Ertrag einbringt.“*

An anderen wichtigen Verbesserungen arbeiten wir noch. Da ist zum Beispiel das wichtige Feld der Technologieförderung, wo wir etwa mit der Förderung von Computerspielen weiterkommen wollen. Wichtig sind außerdem der bessere Schutz des geistigen Eigentums sowie die angemessene Vergütung für die Urheber. Ich hoffe, dass wir bei der momentan sehr aufgeheizten Diskussion um den zweiten Korb des Urheberrechts zu einer Lösung kommen, mit der die Urheber, die Verwerter als auch die Geräteindustrie leben können. Diese Lösung muss aber in jedem Fall deutlich zeigen, dass geistiges Eigentum nicht nur schützenswert ist, sondern auch lukrativ. Resultate von Kreativität dürfen nicht umsonst sein, sondern müssen auch angemessen vergütet werden.

„Knallharte Interessenspolitik“

In Deutschland existiert genau die „Creative Class“, die Richard Florida (Mitbegründer der Creative Industry-Diskussion) mit den Schlagworten „Technologie, Toleranz, Talente“ als Voraussetzung für Kreativindustrie beschreibt. Aber dieses Potenzial lässt sich nicht durch ein, zwei Hauruck-Maßnahmen hervorlocken. Stattdessen braucht es Veränderungen und Fördermaßnahmen an unterschiedlichen Stellen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass gesellschaftlich klar wird, welcher Stellenwert Kreativität in Zukunft haben wird.

Mit unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in ihrer Gesamtheit haben wir einen vitalen Vermittler unserer Kultur in der Welt. Mit DAAD-Stipendien, einem Diskussionsforum des Goethe-Instituts, der Sendung „PopXport“ des Deutsche Welle Fernsehens und vielem mehr machen wir bewusst Werbung für unser Land, unsere Kultur und natürlich für unsere Wirtschaft.

Ich freue mich, dass das Engagement des Außenministers – nicht zuletzt in Form der Konferenz „Menschen bewegen“ des Auswärtigen Amtes – zeigt, dass Deutschland ein Zukunftsmarkt für die kreative Industrie ist. In diesem Sinne ist Außenkulturpolitik kein Luxus der Repräsentation, sondern – wenn man so will – knallharte Interessenspolitik, bei der wir auch Resultate einfordern. Dafür stehen zahlreiche Initiativen, die wir im Bundestag formuliert haben.

Seit Jahren kämpfen wir beispielsweise um die Budgetierung und 2008 wird es nach viel Überzeugungsarbeit nun zumindest beim Goethe-Institut soweit sein. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung wirtschaftliche Nachhaltigkeit, die wir durch modernes, flexibles Management, klare Zielvereinbarungen und gründliche Evaluierung erreichen. Das alles ist Bestandteil des Auftrags, den wir deutlich an das Auswärtige Amt formuliert haben.

Wir erwarten außerdem von den Botschaften im Ausland und den Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes, dass sie sich in Zukunft noch stärker vernetzen und sich gegenüber Firmen, anderen Mittlern und Institutionen aus Deutschland einerseits und aus Partnerländern andererseits noch mehr öffnen.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll für unsere Kultur und damit für unser Land, dessen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft werben. Wir wollen aus einem Dialog, einem Kreativitäts- und Wissensaustausch profitieren und dafür müssen wir uns noch besser aufstellen. Das bringt uns nicht nur im Ausland weiter, sondern ermöglicht es uns, gerade auch im Inland den Wert von Kreativität für die Zukunft klarzumachen.



Nach wie vor ein Nischenprodukt von Fred Kogel

→ *Der deutsche Film mag internationale Erfolge feiern. Doch es fehlt an Marktforschung, Werbung, Filmschauen und geeigneten Festivals, um im Ausland Fuß zu fassen.*

Deutsche Filme haben in den letzten Jahren international zunehmend an Bedeutung gewonnen und werden auch von den Einkäufern in der Welt wieder als attraktiv und kommerziell interessant eingestuft. Die Qualität deutscher Produktionen hat sich verbessert und genügt internationalen Standards. Vor allem die breite Palette deutschen Filmschaffens wird positiv kommentiert. Dazu haben Filme wie „Good Bye, Lenin“, „Gegen die Wand“, „Sophie Scholl“, „Der Untergang“ oder „Das Parfüm“ beigetragen.

Diese Entwicklung verhalf dem deutschen Film mehr und mehr dazu, neben dem Fernsehen auch als Wirtschaftsfaktor angesehen zu werden. Das ab dem 1. Januar 2007 in Kraft tretende „Neumann-Modell“ wird noch zusätzliche Impulse setzen. Und trotzdem ist der deutsche Film nach wie vor ein Nischenprodukt. Woran liegt das?

Zum einen liegt dies sicherlich an der stark heterogenen Interessensvertretung: Es gibt einfach zu viele Verbände. Es ist aber vor allem ein Problem des Vertriebs und der Institutionen, die den deutschen Film im Ausland fördern sollen. Als deren wichtigste können das Goethe-Institut sowie German Films gelten. Beide fördern die deutsche Filmkultur im Ausland jedoch nur mit eingeschränktem Erfolg.

Anachronistisch und wenig effektiv

German Films begründet dies in der Regel mit begrenzten Ressourcen und verweist auf die Tatsache, dass wir kein glamouröses Star-System wie beispielsweise die USA oder Frankreich haben. Meines Erachtens sollte man die Ursachen jedoch eher in der mangelnden Schlagkraft, der geringen Modernität, fehlenden Ideen und mangelnder Kreativität suchen.

Man nehme nur das System der Auslandsbeauftragten bei German Films. Es ist anachronistisch und wenig effektiv. Wäre es nicht besser, einen

zentralen Stab in Deutschland einzurichten, mit so genannten „Desks“, mit Spezial-Knowhow über bestimmte Länder? So schaffte man vielleicht endlich, die bis dato kaum vorhandenen Kooperationen mit lokalen Verleihern auszubauen.

Zwischen German Films und dem Filmproduzenten besteht wenig direkter Kontakt, der findet stattdessen so gut wie ausschließlich auf Verleihbasis statt. So fehlt ein Austausch über die jeweiligen Bedürfnisse, Erwartungen, etc.

Das Goethe-Institut wiederum ist als die größte deutsche Organisation, die auswärtige Kulturarbeit betreibt, in der Folge langjähriger massiver finanzieller Kürzungen nur noch in sehr begrenztem Umfang tätig. Dabei liegt der Fokus auf der Vermittlung deutscher Kultur mittels der deutschen Sprache, sprich auf Sprachkursen. Film wird sehr klein geschrieben.

Generell ist zu beklagen, dass man sich bei beiden Institutionen sehr stark auf das europäische Ausland konzentriert. Das sind aber genau die Länder, an denen man selbst „nah dran“ ist, von denen man Kenntnisse hat, wohin man schnell reisen kann und wo man auch vor Ort Kontakte hat. Für Filmschaffende wäre es wichtiger, wenn vor allem fernöstliche Länder oder Lateinamerika institutionell erschlossen würden. Außerdem wird, wenn überhaupt, dann nur die Marke „Deutscher Film“ beworben. Dabei sollte die Marke doch der Film selbst sein!

▷▷ *„Außer Landes findet sich der deutsche Film nur allzu oft als Stiefkind deutscher Auslandsinstitutionen wieder.“*

Außer Landes findet sich der deutsche Film nur allzu oft als Stiefkind deutscher Auslandsinstitutionen wieder. Von den deutschen Auslandsbotschaften und -konsulaten erhalten deutsche Produktionsfirmen so gut wie keinen Beistand für ihre Dreharbeiten im Ausland. Nicht nur die Produktionen von „Nirgendwo in Afrika“ oder „Die weiße Massai“ wurden so erheblich erschwert.

Ebenso wenig kann man bisher auf Industriepartner zählen. So sponsert etwa die Volkswagen AG in Deutschland sehr erfolgreich Premieren deutscher Filme. Bekanntermaßen ist VW ein international tätiger Konzern. Es wäre also nahe liegend, im Ausland ähnliche Kooperationen anzustreben, von denen – hier wie dort – beide Seiten profitierten.

Andererseits kann man sich sicher fragen, wo global agierende deutsche Firmen überhaupt tätig werden sollten: Es gibt nicht genügend Festivalaktivitäten. Promotion für deutsche Filme auf Festivals unter Hinzuziehung von PR-Firmen, Presseattachés, etc. ist rar gestreut. Es gibt für den deutschen Film im Ausland keine Imagekampagnen. Filmschauen muss man mit der Lupe suchen. Es fehlt an Recherche, Marktforschung und Erstellung eines klar definierten Filmprofils, das im Ausland funktioniert.

Was das angeht, böten die neuen Medien natürlich eine große Chance. Der deutsche Film sollte seine Aktivitäten auf diesem Gebiet ausweiten, um sich als Produkt international – kostengünstig und effektiv – zu etablieren.



Mehr Popkultur als Leitkultur von Mike de Vries

→ *Das Schwarz-Rot-Gold der Fußball-WM demonstrierte das neue Selbstwertgefühl eines Landes, das erkennt, dass andere es mögen. Die Deutschen haben sich mit der Marke Deutschland angefreundet und dieses nach außen kommuniziert. Glaubhafte Auswärtige Kulturpolitik im besten Sinne des Wortes war das.*

Im Westdeutschland der siebziger und achtziger Jahre galten Fahne und Nationalhymne als verpönte Symbole. In diesem Jahr haben wir – unterstützt durch ein sportliches Großereignis im eigenen Land – ein Stimmungsbild mit hoher Emotionalität erlebt. Die Deutschen haben schwarz-rot-gold als Lieblingsfarbe entdeckt und niemand war irritiert, das Ausland eher überrascht.

Die spielerische Art und Weise, mit der Fahnen und Farben verwendet wurden, wäre noch vor 50 Jahren ein Skandal gewesen. Was hier – Anfang des 21. Jahrhunderts – im Land und mit seinen Menschen passiert ist, führte zu einem klassischen Paradigmenwechsel in der Binnensicht, war mehr Popkultur als Leitkultur und hatte eine entsprechende Ausstrahlung über alle Grenzen hinweg. Franzosen und Italiener, Brasilianer und Iraner mit ihren Fahnen und Trikots wurden freundlich empfangen.

▷▷ *„Was hier – Anfang des 21. Jahrhunderts – im Land und mit seinen Menschen passiert ist, führte zu einem klassischen Paradigmenwechsel in der Binnensicht.“*

Die deutschen Fahnen demonstrierten das neue Selbstwertgefühl eines Landes, das plötzlich erkennt, dass andere es mögen, sich hier wohl fühlen und mit einem positiven Bild von Deutschland nach Hause zurückkehren. Kurzum: Die Deutschen haben sich mit der Marke Deutschland angefreundet und dieses nach außen kommuniziert. Glaubhafte Auswärtige Kulturpolitik im besten Sinne des Wortes war das.

Authentisch war auch die Botschaft der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ zu diesem Zeitpunkt, und sie wird es zukünftig mit ihrer

inhaltlich gestützten „Strategie 2010“ bleiben. Mit einer erweiterten Markendefinition nimmt das „Land der Ideen“ die Herausforderungen an, die eine globalisierte Welt an jede Nation stellt. „Führend durch Innovation“ will Deutschland sein und dies im globalen Kontext vermitteln.

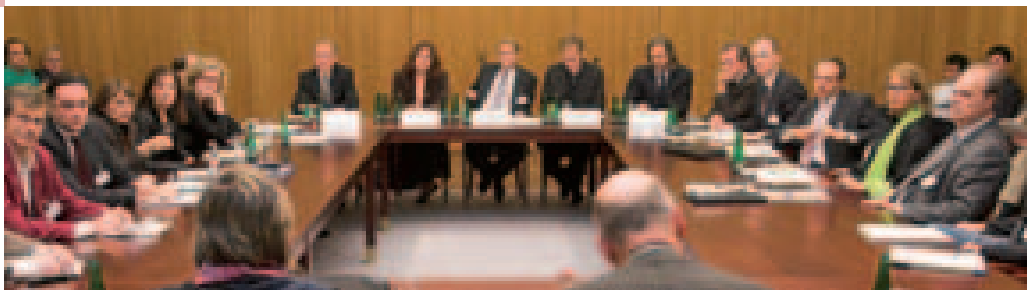
Das Kultur- und Bildungsthema genießt in diesem Zusammenhang eine hohe Akzeptanz im Ausland, deshalb wird die Initiative ihr Standortmarketing neben anderen auch mit diesem Gebiet verknüpfen. Bereits in der Vergangenheit haben wir versucht, das Thema mit dem Projekt „100 Köpfe von morgen – die Zukunft im Land der Ideen“ sichtbar zu machen. 100 junge Menschen stehen für die moderne Gesellschaft in ihrer Arbeits- und Lebenswelt, die international und interdisziplinär, länderübergreifend, ortsunabhängig und damit zukunftsorientiert agiert.

Durch diese Entwicklung wird der internationale Wissenstransfer, werden Bildung und Kulturaustausch zu wichtigen Standortfaktoren eines Landes. Es steht außer Zweifel, dass Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik inhaltlich einen wertvollen Beitrag zur Außenwirtschaftsförderung leisten kann.



Dieses gilt jedoch auch strukturell. Andere Konzepte, wie sie die Initiative mit ihrem Public-Private-Partnership-Modell zwischen Politik und Wirtschaft praktiziert hat, sind erfolgreich, weil das Spektrum sehr viel umfassender und der Kulturbegriff zwangsläufig kein statischer, feststehender Kanon ist. Eine auf breitem Fundament agierende internationale Kulturpolitik spricht die Menschen und ihre Werte an. Sie sind das wichtigste Potenzial für eine glaubwürdige, intelligente und kreative Begriffsdefinition, die keinen Bereich ausgrenzt, sondern integrativ sowohl in den Inhalten als auch in den Vermittlungsformen wirkt.

Eine Standortinitiative wie „Deutschland – Land der Ideen“ kann wie ein Katalysator für dieses moderne Kulturverständnis wirken. Eine glaubwürdige Standortaussage setzt voraus, dass letztlich alle Aktivitäten die Kernkompetenzen Deutschlands im Wirtschafts- und Investitionssektor, im Forschungs- und Wissenschafts- genauso wie im Bildungs- und Kulturbereich unterstreichen, die diese im Sinne einer Werte schaffenden Nachhaltigkeit kommuniziert.



Hauch von Zukunft von Thomas E. Schmidt

→ *Will der Staat mit deutscher Kultur in der globalen Wahrnehmungskonzurrenz mitspielen? Will er – ähnlich wie in Großbritannien und Österreich – durch Förderung seiner Kreativindustrien ein positives Selbstbild der eigenen Gesellschaft mit prägen? Dann wird er auch eine Strukturdebatte über seine bisherigen Maßnahmen führen müssen.*

Offensichtlich sind die Zeiten vorüber, in denen die Kultur unter Politikern als rein „konsumtives“ Ressort galt und in Ländern und Gemeinden von hartnäckigen Kürzungskommissaren verfolgt wurde. Immer häufiger werden die öffentlichen Aufwendungen für Kultur inzwischen als „investive“ Maßnahme ausgegeben. Geschickt setzen deutsche Stadtväter ihr kulturelles Angebot als Mittel im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte ein. Kultureinrichtungen tragen dazu bei, das Erfolgsimage von Städten und Regionen zu unterstreichen, sorgen für Distinktionsgewinne und sind Attraktionsfaktoren. Für die Selbstdarstellung der Bundesrepublik im Ausland war das Kulturelle indessen immer ein wichtiges Instrument gewesen.

Mit Macht dringt inzwischen auch die wachsende ökonomische Bedeutung des Kulturbetriebs ins Bewusstsein. Um ihn, den öffentlich unterhaltenen, haben sich recht erfolgreiche Dienstleistungsbetriebe etabliert. Unternehmen, die selbst Kultur produzieren, seien es Buchverlage, Musik-, Film- und Videoproduktionen, beanspruchen in dem Maße, wie sie auf dem deutschen Markt reüssieren, auch kulturelle Repräsentanz. Branchen, deren Produkte von Kultur oder von kulturellen Trends beeinflusst werden – Mode, Architektur, Werbung – tun es ebenso. Sie alle, vom Staate getragen oder privatwirtschaftlich organisiert, sind – und wollen es sein –: Teil eines Sektors, den mittlerweile ein Hauch von Zukunft umgibt und der gewiss nicht mehr der zähen Pflicht entspricht, deutsche Bildungsbürgerlichkeit zu Tode zu pflegen.

Der veränderte Blick auf die Kultur ist ein Indiz für einen Strukturwandel, den die Kultur seit geraumer Zeit selbst ergreift. Die rasante Ausdifferenzierung der Künste seit den neunziger Jahren, ihrer Darstellungs- und Organisationsformen, auch ihrer Anspruchsniveaus; der wahrnehmbare demografische Wandel im kulturinteressierten Segment der Gesellschaft; die neue Polarität zwischen einem kulturellen Zentrum – Berlin – und einer

Peripherie, die stets dementieren würde, eine solche zu sein; die Ungleichverteilung der Lebensverhältnisse in Deutschland nach der Wiedervereinigung, an der auch Kultur nichts zu ändern vermag – all das führt dazu, dass Kulturpolitik nicht länger als Sozialpolitik mit anderen Mitteln verstanden werden kann.

Das Konzept einer „Kultur für alle“ ist wohl passé, auch in seinen postmodernistischen und soziokulturellen Aktualisierungsformen. Die Auswärtige Kulturpolitik muss in diesem Zug ebenso Abschied nehmen von ihrer traditionellen Aufgabe der Vertrauensherstellung in einer ehemals feindlich gestimmten Staatengemeinschaft, der Selbstpräsentation des freiheitlichen Vorzeigestaats in der bipolaren Nachkriegsordnung, der rechtsstaatlichen Demokratie und des hoch integrierten, gleichwohl marktwirtschaftlichen Sozialmodells Westdeutschlands. Dass dieses Bild von der Bundesrepublik fast nie offensiv oder gar propagandistisch vermittelt wurde, sondern gleichsam umgekehrt, meistens mittels einer Phänomenologie der inneren Widersprüche dieser Bundesrepublik, war eine geschickte Strategie, auch dann, wenn sie Kontroversen auslöste. Die Aufgabe blieb stets: die Reintegration Deutschlands in Europa und in eine westliche Wertewelt.

▷▷ *„Kulturpolitik wird ein wenig Wirtschaftsförderung und Rechtspolitik sein: Sie wird Märkte sondieren, Expertisen erstellen und sich bemühen, für deutsche Kreativ-Produkte das internationale Urheberrecht zu verbessern.“*

Im Wesentlichen ist das erledigt. Die enorme Ausweitung der Anforderungen an eine zeitgemäße Auswärtige Kulturpolitik unter den Bedingungen der Globalität wird daher die Vorstellungen von Kultur verändern, auch die Multiplikation von Mitspielern und Produkten trägt dazu bei, die als „deutsche Kultur“ in Zukunft symbolische Anerkennung und auch staatliche Förderung – mindestens Aufmerksamkeit – beanspruchen wird. Wo die Ränder der kulturellen Sphären in der Welt empfindlich gereizt oder, was beinahe noch schlimmer ist, ganz und gar empfindungslos bleiben, wird eine Reaktion aufs kulturelle Außenbild schneller und heftiger auf den Sender zurückschlagen als früher. Sie wird ihn seinerseits zu einer Reaktion zwingen. Diese beschleunigte Rückkopplung wird auch die Vorstellung von deutscher Kultur in Deutschland immer wieder und immer öfter in eine Art revidierende Dynamik versetzen.

Nicht nur zwanglose Ausübung von Künsten

Die Globalität der Austauschprozesse macht also die strikte Trennung eines „auswärtigen“ von einem „inwärtigen“ Blick auf die Kultur obsolet. Nimmt man die Bedürfnisse der eigenen Kreativindustrien im Lande ernst, die ja auf den globalen Märkten ihre Chance suchen, wird man sich auch eingestehen müssen, dass Kulturpolitik insgesamt mehr leisten muss als bisher. Sie muss mehr als nur die Rahmenbedingungen für eine zwanglose Ausübung von Künsten setzen. Kulturpolitik wird künftig auch ein wenig Wirtschaftsförderung sein, Märkte sondieren, Expertisen erstellen in semantischen Zonen, die sich den Mitteln der statistischen Informationsbeschaffung entziehen. Kulturpolitik ist dann beispielsweise auch ein wenig Rechtspolitik, wird sich darum bemühen, für deutsche Kreativ-Produkte das internationale Urheberrecht zu verbessern oder Verzerrungen bei der weltweiten Verwertung von in Deutschland produzierten Inhalten zu beseitigen. Im Bereich des Films oder der Musik oder auch der Literatur wird das immer wieder beklagt. Konsequenterweise müsste sich auch die Trennung zwischen den einzelnen Kulturpolitiken ebnen, die komplizierte Verteilung von Kompetenzen in Deutschland wird immer stärker als eine historisch gewachsene und nicht mehr ganz den realen Erfordernissen entsprechende erkennbar.



Will der Staat also in den kommenden Jahren mit Hilfe der deutschen Kultur weiterhin deutsche Interessen im Ausland zur Geltung bringen, sei es, dass Deutschland in der globalen Wahrnehmungskonkurrenz überhaupt noch mitspielt, will er – ähnlich wie in Großbritannien und Österreich – durch Förderung seiner Kreativindustrien auch das Selbstbild der eigenen Gesellschaft als einer zuversichtlichen und erfolgreichen mit prägen, dann wird er wohl eine Strukturdebatte über das Bündel seiner bisherigen Maßnahmen führen müssen.

▷▷ *„Zu den schwierigsten Aufgaben in Deutschland gehört, ein feines Geflecht von Einrichtungen und Üblichkeiten an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft behutsam zu entwirren und ihm eine neue Richtung zum Fortwachsen zu geben.“*

Ohnehin wird es Auseinandersetzungen über den Kulturbegriff geben, der hinter staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aller Art durchscheint. Wird dieser Kulturbegriff flexibel genug sein, auch neu formulierte außenwirtschaftliche und kommunikationsstrategische Interessen der Bundesrepublik zu integrieren? Oder wird er weiterhin jene diskursive Sphäre



bezeichnen, die gerade von Interessen aller Art frei zu sein behauptet, die gerade nicht von Politik und Marktwirtschaft in Anspruch genommen werden dürfe?

Eine Antwort auf diese Frage wird auch davon abhängen, wieweit es gelingt, das Ensemble von Institutionen, Projekten, Initiativen, Stiftungen und Firmen, welches bereits zur Verfügung steht, um staatliche Gelder direkt oder indirekt der Förderung von Kultur zugute kommen zu lassen, auf ein verändertes Anforderungsprofil und neue Mitspieler einzustellen. Mögen die zur Verfügung stehenden Summen auch beeindruckend sein, ebenso das Wissen und das Engagement der Beteiligten: Zu den schwierigsten Aufgaben in Deutschland gehört, ein feines Geflecht von Einrichtungen und Üblichkeiten an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft behutsam zu entwirren und ihm eine neue Richtung zum Fortwachsen zu geben.

Eine kulturpolitische Instanz der Supervision – und das heißt auch des ordnenden Eingriffs – sieht die Bundesrepublik nicht vor. Die Rasterung der politischen Kompetenzen in dieser Hinsicht wird zwar von Praktikern beklagt, darf aber als so gut wie unantastbar gelten. Was die eigene Organisation anlangt, fällt dem Staat beherzte Ordnungspolitik schwer. Eingriffe, die tatsächlich Bündelungen innerhalb des kulturpolitischen Förderungssystems vornähmen, die Doppelungen und Parallelstrukturen aufhoben, die äußere und innere Kulturpolitik sinnvoll aufeinander bezögen, würden sich derzeit rasch dem Vorwurf des Zentralismus aussetzen. Nach Abschluss der ersten Phase der Föderalismusreform, die noch einmal die verfassungsgemäße Kulturhoheit der Bundesländer festschrieb, ist die Hoffnung auf eine koordinierte Kulturpolitik, die mehr wäre als Bestandssicherung des Betriebes, in weite Ferne gerückt.

Eine gewisse Reformverantwortung wächst daher den Bundesorganen zu, denen zentrale Kompetenzen der Kulturförderung zugefallen sind: dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt. Bundesminister Frank-Walter Steinmeier hat in seinem Haus die nötige Debatte inzwischen angestoßen. Die in dieser Auseinandersetzung häufig gehörten Metaphern von „Plattformen“ und „Netzwerken“, in deren Rahmen Neu-Justierungen vor sich gehen sollen, deuten zwar auf den richtigen Willen, verraten aber noch nicht, wie die Wirkung von Gruppenegoismen, längst als irrig angesehenen Pfadabhängigkeiten oder plötzlich auftretenden Haushaltsnotlagen neutralisiert werden soll. Die strukturelle Revision der Instrumente Auswärtiger Kulturpolitik gemäß neuer Zielsetzungen und Möglichkeiten wird dieser Debatte noch folgen müssen.

Zusammenfassung der Diskussion

Laut einer aktuellen EU-Studie¹ hat die Kreativindustrie im Jahr 2003 in Europa einen Gesamtumsatz von über 650 Milliarden Euro erwirtschaftet, fast dreimal soviel wie die gesamte Automobilindustrie. Das entspricht 2,6 Prozent des BIP oder 5,8 Millionen Arbeitsplätzen. Zwischen 1999 und 2003 erzielte die Branche einen Gesamtzuwachs von rund 20 Prozent – fast zwei Drittel mehr als die restliche Wirtschaft. „Wir sprechen von keinem Randphänomen, sondern von einer Zukunftschance“ – folgerte Moderator Thomas E. Schmidt von der ZEIT bei seiner Einführung ins Thema der Arbeitsgruppe – „insbesondere für Deutschland, denn die Kreativindustrie zählt zu den wenigen Ressourcen dieses Landes.“

Zwei Hauptfragen beschäftigten die Arbeitsgruppe: Kann die aufstrebende Kreativwirtschaft, wie der Soziologe und Ökonom Richard Florida in seinem vielzitierten Buch „The Rise of the Creative Class“ behauptet, andere Gesellschaftsbereiche mitreißen und im Ausland dem angestaubten Deutschlandbild ein moderneres und innovativeres Profil verleihen? Und: welchen Beitrag kann die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dazu leisten?

Tim Renner, der für die Musikbranche sprach, nannte Finnland und Neuseeland und nicht Indien oder China als die eigentlichen Konkurrenten der USA da diese beiden Länder besonders gut begriffen hätten, dass die Industrie künftig nicht mehr auf Massenproduktion setzen dürfe, sondern auf die Wissensgesellschaft. Für die Musikwirtschaft liege die größte Herausforderung in der Digitalisierung der Vertriebswege. Hier sei Kreativität besonders gefragt, denn schon heute erziele die Branche nur noch die Hälfte ihres Umsatzes über die klassischen Vertriebswege. Die Auswärtige Kulturpolitik schätzte er als „knallharten Wirtschaftsfaktor“ ein. Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut könnten als „gigantisches Exportbüro“ für die Kreativwirtschaft wirken, wenn man sie nur richtig einsetzen würde. So funktionieren deutsche Bands wie Ramstein oder Kraftwerk auch im Ausland sehr gut, weil sie mit ihrer Musik klare Vorstellungen von Deutschland bedienen. Für die Erweiterung der Produktpalette sei jedoch ein moderneres Deutschlandbild nötig. Was den strategischen Einsatz der Auswärtigen Kulturpolitik für die Außenwirtschaftsförderung betrifft, könne man von anderen Ländern lernen. Strukturelle Eingriffe in die Außenkulturpolitik

¹ „The Economy of Culture in Europe“, Study prepared for the European Commission, KEA European Affairs, Oktober 2006.

hielt er nicht für nötig: „Wir haben alle Zutaten auf dem Tisch: Eier, Mehl Zucker. Nur der Keks ist noch nicht fertig.“

▷▷ **Tim Renner** (*1964) ist einer der einflussreichsten deutschen Musikproduzenten. 1986 stieg er bei Polydor ein, wo er 1989 die neu gegründete Abteilung Progressive Music übernahm, die 1994 zu einer eigenständigen Plattenfirma avancierte. 1999 übernahm Renner die deutsche Leitung der Universal Music Deutschland. Nach seinem Ausscheiden bei Universal veröffentlichte er 2004 das Buch „Kinder, der Tod ist gar nicht so schlimm“ und gründete Motor Entertainment, ein Medienunternehmen, zu dem das Label Motor Music, die Radiostation Motor FM und das TV Angebot Motor TV gehören.

Die SPD-Politikerin **Monika Griefahn** sagte, die Umweltbewegung habe schon in den achtziger Jahren erkannt, dass es für die Massenproduktion in Deutschland keine Zukunft gebe. Deutschland könne nun einmal nicht besonders billig produzieren. Selbst Siemens, dessen Handysparte lange für die billigste Produktion gerühmt wurde, musste dies einsehen. Gefragt seien vielmehr die neuen Ideen der „kreativen Klasse“, zu der nach Richard Florida IT-Spezialisten ebenso gehören wie Architekten, Künstler oder Manager. Um die drei zentralen Voraussetzungen für eine florierende Kreativindustrie zu erfüllen – Technik, Toleranz, Talente – seien in Deutschland vor allem die Schulen gefordert. Und hier sehe es nun einmal nicht sonderlich gut aus, wenn bis zu 60 Prozent des Unterrichts ausfalle und Kreativität fördernde Fächer wie Musik nur unter „ferner liefen“ stattfinden. Im gesellschaftlichen Bewusstsein sei also die zukunftsweisende Rolle der Kreativindustrie noch nicht angekommen. Sie warnte aber davor, die Auswärtige Kulturpolitik auf ihre Außenwirtschaftsfunktion zu reduzieren.

▷▷ **Monika Griefahn**, MdB (*1954) ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist Sprecherin der SPD im Ausschuss für Kultur und Medien und im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Des Weiteren ist sie Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie stellvertretendes Mitglied in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ und im Unterausschuss Neue Medien. Von 1990 bis 1998 war Monika Griefahn Umweltministerin des Landes Niedersachsen.

Fred Kogel ging als Vertreter der Filmindustrie auf die deutsche TV- und Kinoproduktion ein. Zwar habe sich der Anteil des deutschen Films auf dem heimischen Markt auf ansehnliche 30 Prozent verbessert, aber im Ausland sei der deutsche Film trotz einzelner Erfolge wie „Good bye Lenin“ oder „Gegen die Wand“ immer noch ein Nischenprodukt. Da helfe es auch nicht, in die „Marke Deutschland“ zu investieren. Vielmehr müssten sich die einzelnen Filme zur Marke aufschwingen. Er begrüßte die zu beobachtende

Abkehr vom Autorenfilm und sprach sich für ein Aufheben der Grenzen zwischen E- und U-Kultur aus. Statt wie bei der Musik auf „digitale Absprungrampen“ zu setzen, solle man sich beim Film noch auf die klassischen Vertriebswege konzentrieren. Für eine erfolgreichere Vermarktung im Ausland wären kluge Kooperationen mit der Auswärtigen Kulturpolitik sinnvoll. Aber da, „wo wir Hilfe brauchen (etwa in China), sind die Goethe-Institute nicht da“. Hilfreich wäre auch Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Kooperationspartnern unter deutschen Firmen, die im Ausland tätig und ebenfalls um ein besseres Image bemüht sind. Was die Digitalisierung des Film-Markts betrifft, so vermisste er die Rahmgebung durch den Gesetzgeber. Wenn am Tag des Kinostarts bereits 70 Prozent der Filme im Internet herunterzuladen seien, werde die kreative Leistung des Produzenten missachtet. Hier sei ein radikales Einsetzen des Staates für das Urheberrecht gefordert.

▷▷ **Fred Kogel** (*1960), studierter Politologe und Rechtswissenschaftler, arbeitete von 1985 bis 1988 als Assistent der Geschäftsleitung für die Neue Constantin Film AG. Während dieser Zeit leitete er als Programmchef alle Radioprojekte des Unternehmens. Bei Radio Gong betreute Kogel ab 1988 den Bereich Unterhaltung und war bis 1993 als freier Fernsehproduzent für Tele 5, die ARD („Grand Prix d’Eurovision“) und das ZDF („Wetten, dass...?“) tätig. 1993 wechselte Kogel als Unterhaltungschef zum ZDF. Ab 1995 leitete er als Geschäftsführer Programm und Verkauf den TV-Sender SAT.1. Von 2001 bis Ende 2002 war er Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der KirchMedia GmbH & Co. KGaA. Von April 2001 bis März 2003 fungierte Kogel zudem als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Constantin Film AG. Heute ist er Vorstandsvorsitzender des Unternehmens.

Mike de Vries sprach nicht für einen bestimmten Industriezweig, sondern für das Deutschlandbild allgemein. Im Gegensatz zu Fred Kogel vertrat er die Meinung, dass Deutschland durchaus eine klarere und zeitgemäßere Marke brauche als bisher. Daher präsentiere die Initiative „Land der Ideen“ Deutschland als innovationsfreudiges Land, „wo die Kreativität zuhause ist“. Gerade der deutsche Kultursektor habe im Ausland ein hohes Ansehen und sei besonders gut geeignet das negative Image vom „Kranken Mann Europas“ zu vertreiben. Hier stelle sich die Aufgabe, den positiven Schwung der Fußball-WM mitzunehmen und mithilfe der Kultur beim innovativen Deutschland-Bild „substanziell nachzuliefern“. Die auch in dieser Arbeitsgruppe aufkeimende Diskussion, ob Kultur nur Vehikel (zur Wirtschaftsförderung) sei oder Selbstzweck hielt er für kontraproduktiv, da sich beide Aspekte ergänzten.

▷▷ **Mike de Vries** (*1958) ist Geschäftsführer der Standortinitiative FC Deutschland GmbH „Deutschland – Land der Ideen“ (seit 2005). De Vries war Bundestrainer im Modernen Fünfkampf (1988–1993), später Sportdirektor (1993–1996) und Generalsekretär (1996–1998) des Deutschen Hockey-Bundes. Als Prokurist und Bereichsleiter Marketing, Sponsoring & Eventmarketing war de Vries für die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH (1998–2003) tätig. Bei der Deutschen Olympiabewerbung Leipzig 2012 war er Geschäftsführer (2003–2004).

▷▷ **Thomas E. Schmidt** (*1959) arbeitet derzeit als Kulturkorrespondent der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ in Berlin. Zuvor war er in der Kulturredaktion des ZDF in Mainz sowie als Literaturredakteur der „Frankfurter Rundschau“ tätig. Danach leitete er das Feuilletonressort der „Welt“. 1999 erschien sein Essay „Heimat. Leichtigkeit und Last des Herkommens.“



Ergebnisse in Kürze

- Kreativität und Originalität zählen zu den besonderen ökonomischen Ressourcen eines innovativen, weltoffenen und zukunftsorientierten Deutschlands. Die Kreativindustrie bietet deshalb eine große Zukunftschance; Massenproduktion kann woanders billiger stattfinden.
- Die öffentlich finanzierte Präsentation deutscher Kulturerzeugnisse im Ausland beinhaltet auch immer den Aspekt der Wirtschaftsförderung.
- Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sollte ihr Potenzial hierbei ausbauen, wenn Deutschland Wettbewerbsnachteile auf dem globalen Markt der Kreativindustrie vermeiden will.
- Die Berührungängste zwischen E- und U-Kultur nehmen ab. Der staatlich subventionierte Kulturbetrieb und die Kreativindustrie sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern ergänzen.
- Für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ergibt sich aus der Annäherung von E- und U-Kultur eine Erweiterung ihres Anforderungsspektrums. Sie muss nicht nur vom Inland ins Ausland kommunizieren, sondern auch schneller auf die Wünsche ausländischer Adressaten eingehen.
- Eine wissensbasierte Gesellschaft braucht gute Ausbildung und mehr Wertschöpfung für geistige Produkte – zwei politische Hauptaufgaben.



Arbeitsgruppe II

Neues Selbstverständnis: Auswärtige Kulturpolitik im Spiegel des gesellschaft- lichen Wandels

2.2



Lernen von Migranten von Hans-Georg Knopp

→ *Hunderttausende Menschen mit Kontakten zwischen Berlin und Anatolien spielen längst eine Rolle als Kulturmittler. Den Resonanzboden, der durch diese vielfältigen menschlichen Beziehungen gegeben ist, muss die auswärtige Kulturarbeit nutzen.*

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Sechstel der Bewohner haben einen Migrationshintergrund. Dasselbe gilt für ein Fünftel der Ehen. Ein Viertel der Neugeborenen hat mindestens einen Elternteil mit nicht-deutschem Hintergrund. Tendenz steigend. Das Zuwanderungsgesetz hat die gesellschaftliche Realität endlich auch juristisch aufgenommen. Die Politik hat sich trotz allem lange schwer getan, dem Thema gerecht zu werden. Es scheint, als solle sich das ändern. Der Integrationsgipfel und die Islamkonferenz setzen Zeichen. Auch die Debatte um deutsche Leitkultur gehört in diesen Kontext. Es ist höchste Zeit für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, sich dem Thema zu stellen.

Wer Auswärtige Kulturpolitik in einem Satz auf den Punkt bringen soll, würde vielleicht sagen: Es geht darum, Brücken zwischen Kulturen und Menschen zu bauen. In den letzten Jahrzehnten sind Deutschland ungeheure Ressourcen zugewachsen, um bei diesem Brückenbau erfolgreich zu sein: Mit ihren bi- oder multikulturellen Hintergründen könnten Einwanderer „von Haus aus“ als Kulturmittler tätig sein.

Wir müssen uns klar sein, dass zum Beispiel hunderttausende Menschen mit Kontakten zwischen Berlin und Anatolien längst eine solche Rolle als Kulturmittler spielen. Diese Beziehungen entziehen sich natürlich meist kulturpolitischer Gestaltbarkeit; alles andere wäre einer offenen Gesellschaft auch unwürdig. Den Resonanzboden jedoch, der durch diese vielfältigen menschlichen Beziehungen gegeben ist, muss die auswärtige Kulturarbeit nutzen.

Nun ist es selbstverständlich nicht so, als müsste man hier beim Punkt Null beginnen. Künstler wie Fatih Akin, SAID und Wladimir Kaminer tragen ihre Botschaften auf Einladung des Goethe-Instituts immer wieder nach außen. Wo wir aber noch viel besser werden müssen, ist das wirkliche Einlassen auf Inhalte und Themen von Migrationskunst. Wir sollten sie nicht nur präsentieren.

Meine These ist: Deutsche Künstler mit Migrationshintergrund vertreten Positionen, denen die Politik zunächst zuhören sollte, bevor sie über ihren „Nutzen“ für die Auswärtige Kulturpolitik befindet. Es geht nicht nur darum, Deutschland als tolerant und weltoffen darzustellen, indem man den Berliner Karneval der Kulturen im Ausland präsentiert. Es geht vielmehr darum anzuerkennen, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung kulturelle Hintergründe und kulturelle Bedürfnisse hat, die anderen Teilen der Bevölkerung – natürlich – fremd vorkommen. Aus der Auseinandersetzung von Einwanderern mit ihren kulturellen Identitäten oder Identifizierungen kann die deutsche Kulturpolitik lernen – sofern sie erst einmal zuhört.

Normalität der Grenzüberschreitung

Am Ende könnte sich herausstellen, dass grenzüberschreitende Kulturprojekte etwas ganz normales sind. Etwas, dass den kulturellen Bedürfnissen der Menschen entspricht. In solchen Projekten wären Auswärtige und innere Kulturpolitik ununterscheidbar ineinander verschmolzen. Ein deutsch-türkisches Filmfestival würde nicht mehr nur dem alten Wort des „Kulturaustauschs“ dienen, sondern der gemeinsamen kulturellen Selbstvergewisse-



rung und Selbstbefragung – über nationale Grenzen hinweg. Das wäre ein Anlass, um im wörtlichen Sinne *mit*-einander, und nicht *von*-einander, zu lernen. Ein altes Konzept abgeschlossener Nationalkulturen, dem die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer noch in vielem anhängt, wird damit in Frage gestellt.

Gérard Mortier hat sich dieser Frage jüngst in einer Vorlesung von einer ganz anderen Seite genähert. Wir sollten „über den Werke-Kanon und die Tradition“ nachdenken, meint er. „Ich finde es absolut notwendig, dass wir einen Kanon haben. So wie wir Referenzen für Werte brauchen, brauchen wir auch einen Kanon an Werken. Nur muss man heute nicht mehr die Werte des 19. Jahrhunderts aufrechterhalten, und dasselbe gilt auch für den Kanon. Wir sollten den Kanon nicht als dogmatisch festgelegten Begriff auffassen, sondern als einen dynamischen Begriff. Das heißt, der Kanon kann sich mit der Zeit verändern.“ Weiter schlägt Mortier vor, chinesische und indische Literatur in den Kanon zu integrieren, genau so wie die Musik der Beatles und Rolling Stones. Wenn ich das abstrahiere, hieße das: ein angemessener kultureller Kanon des 21. Jahrhunderts ist ein Grenzen übergreifender und Kulturen umfassender. In diesem kulturellen Umfeld muss Auswärtige Kulturarbeit ihren Platz finden.

Auswärtige Kulturpolitik sollte daher zumindest in Teilen ein neues Verständnis von sich selber entwickeln. Sie wäre Moderator kultureller Prozesse, von denen sie politische Impulse erhofft und erwartet. Ein Moderator also, der gleichzeitig die moderierten Prozesse aktiv vorantreibt.

Mobile Eliten

Diese Idee lässt sich nicht nur bilateral durchkonjugieren. Ich habe auf deutsch-türkische Beispiele abgehoben, weil sie den Vorteil der unzweifelhaften Evidenz haben. Doch dürfen wir nicht übersehen, dass gerade gesellschaftliche Eliten – also eine wichtige Zielgruppe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – in immer größerem Maß global mobil sind. Das gilt ganz besonders für kulturelle Eliten.

Deutschlands Zukunftschancen liegen unbestritten darin, die Globalisierung positiv und human mitzugestalten und sich so weit wie möglich in die globalisierte Welt zu integrieren. Die deutsche Außenpolitik stellt diese Aufgabe in den Mittelpunkt. Wenn das so ist, müssen aus dieser Erkenntnis auch kulturpolitische Folgen gezogen werden.

Menschen aus Bangladesch in London, Nordafrikaner in Paris, Chilenen in New York, Deutsche in Moskau, Chinesen in Jakarta gehören dann zu den Zielgruppen der Auswärtigen Kulturpolitik.

Damit meine ich nicht, dass wir diesen Gruppen spezielle Angebote machen sollten, um Deutschland zu präsentieren. Ich meine vielmehr, dass diese Gruppen kulturelle Haltungen und Einstellungen entwickeln, die wir in Deutschland kennen müssen, von denen wir lernen können und die die deutsche Außenpolitik berücksichtigen muss, wenn sie in der Globalisierung erfolgreich sein will. Im Kern ist das wiederum die Vorstellung gemeinsamer kultureller Projekte, in denen man sich nicht „austauscht“, sondern in denen man mit-einander lernt. In diesem Sinn sind auch der Fremdspracherwerb und die Förderung der deutschen Sprache kulturelle Projekte, die immer wichtiger werden.

Schon in den achtziger Jahren hat der chinesische Künstler Huang Yong Ping die Herausforderung in einer Aktion symbolisiert: Er warf ein Buch mit dem Titel „History of Chinese Painting“ und ein Buch mit dem Titel „History of Western Painting“ in eine Waschmaschine, fügte Waschpulver hinzu und stellte das Gerät an. Und wer jetzt glaubt, dabei könne am Ende nur Matsch herauskommen, der unterschätzt bei weitem die kreative Lösungskompetenz von Kultur.



Integration als Überlebensstrategie von Monika Grütters

→ *Ohne eigenes Fundament ethischer, kultureller oder religiöser Werte werden die Vorstellungen anderer Kulturen nicht verstehbar. Verständnis ist jedoch die Grundvoraussetzung für Toleranz. Deshalb sollte sich Deutschland zunächst über sein eigenes kulturelles Selbstverständnis klar werden.*

Deutschland hat in den vergangenen Jahrhunderten nicht zuletzt durch Zuwanderung und Integration seine Prägung als europäische Kultur-nation erfahren. Integration ist ohne Kultur nicht möglich. Unsere Kultur ist in ihrer stilistischen Vielfalt und der Fülle ihrer Ausdrucksformen auch das Resultat zahlreicher Einflüsse anderer Kulturen. Ein fortlaufender Prozess, der durch Integration und Zuwanderung neue Impulse erhält, aber auch gesellschaftliche Herausforderungen deutlich macht. Denn gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund sind die Teilhabe am Kulturleben und ihre kulturelle Integration in Deutschland oft gering. Es mangelt an Sprach- und Bildungsvoraussetzungen, und ihre soziale Lage ist zum Teil besorgnis-erregend.

Integrationsfähigkeit ist für unser Land aber eine Überlebensstrategie. Mit der Einberufung des Integrationsgipfels im Juli dieses Jahres hat die Bundeskanzlerin die politische Priorität dieser Frage unterstrichen. Kunst und Kultur sollten als Verständigungsmittel eine Schlüsselrolle in diesem Prozess erhalten. Die Begegnung über Kunst und Kultur ist wie keine andere Ebene geeignet, gegenseitiges Verständnis und Toleranz zu fördern. Sie bilden die entscheidende Grundlage unseres Zusammenlebens. Unser Menschen- und Gesellschaftsbild, unsere Werte und Normen haben ihre Wurzeln in unserer Ideen-, Kultur- und Kunstgeschichte. Kunst und Kultur spiegeln also das Selbstverständnis unserer Gesellschaft wider.

Dem wurde auf höchster politischer Ebene Rechnung getragen. Die in Folge des Integrationsgipfels gegründete Arbeitsgruppe „Kultur“ unter der Regie von Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat sich zum Ziel gesetzt, kulturpolitische Perspektiven für den „Nationalen Integrationsplan“ aufzuzeigen. Der Integrationsplan der Bundesregierung setzt zunächst mit einer Bestandsaufnahme an, einzelne Initiativen sollen exemplarisch bewertet und neue Vorschläge für ein Integrationskonzept erarbeitet werden. Hier muss der Stellenwert, den die Kultur dabei einnimmt, geklärt werden.

Kunst- und Kulturförderung sind zwar in erster Linie in der Verantwortung der Länder und Kommunen, aber wie im Koalitionsvertrag der jetzigen Regierung bereits deutlich wird, genießen diese Themen auch auf bundespolitischer Ebene große Aufmerksamkeit. Das wird besonders im Zusammenhang mit Fragen der Integration und des interkulturellen Austauschs deutlich. Konkrete und gezielte Fördermöglichkeiten stehen auch dem Bund über den Fonds Soziokultur und die Kulturstiftung des Bundes zur Verfügung. Kunst- und Kulturprojekte sollen den Stellenwert erhalten, der ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe Integration anerkennt. So werden sie unverzichtbare Instrumentarien für die Bundesregierung, um Schwerpunkte zu setzen und Pilotprogramme von bundesweiter und übernationaler Wirkung zu entwickeln.

Zur Förderung, Steuerung und Unterstützung des kulturellen Dialogs auf internationaler Ebene liegt mit der Verantwortung für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik natürlich eine entscheidende Aufgabe bei der Bundesregierung. Aber auch Migranten und Zugewanderte sind Multiplikatoren und Mittler in unserer zunehmend globalisierten Welt. Sie tragen als Botschafter das Bild unserer Gesellschaft und damit unsere Kultur zumindest in ihre Herkunftsländer. Folgerichtig beschäftigen wir uns mit der Frage, wie wir die durch Impulse der Einwanderer beeinflusste kulturelle Vielfalt in unserem Land und den integrativen Umgang damit auch in der Auslandsarbeit widerspiegeln können. Dazu müssen wir uns zunächst jedoch den dringenden Fragen der Integration und des kulturellen Dialogs widmen.

Eine Frage des kulturellen Selbstverständnisses

Um Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und neue Einflüsse aufzunehmen, bedarf es meiner Ansicht nach eines eigenen Grundverständnisses. Damit stoßen wir in die Diskussion über eine nationale Leitkultur. Ohne eigenes Fundament ethischer, kultureller oder religiöser Werte werden die Vorstellungen anderer Kulturen nicht greifbar, nicht verstehbar. Verständnis ist jedoch die Grundvoraussetzung für Toleranz. Deshalb meine ich, dass wir uns in dieser Debatte zunächst über unser eigenes kulturelles Selbstverständnis klar werden müssen.

▷▷ *„Migranten sind Multiplikatoren und Mittler in unserer zunehmend globalisierten Welt. Sie tragen als Botschafter das Bild unserer Gesellschaft und damit unsere Kultur in ihre Herkunftsländer.“*

Sind wir bereits auf dem Weg – weg von einem nationalen, hin zu einem europäischen Bewusstsein, oder ist die Idee multikulturellen Zusammenlebens gescheitert? Wird die Tradition der Nationalkulturen durch neue, global aktive Eliten auch im kulturellen Sektor in Frage gestellt? Sollten wir uns von der Idee des Nationalstaates tatsächlich verabschieden oder ist die kulturelle Tradition als verbindendes Element über alle gewachsenen föderalen Strukturen hinweg für die Identität Deutschlands unverzichtbar? Schließlich sollten wir klären, was wir wollen und welche Entwicklungen wir beeinflussen können.

Wenn darüber gesellschaftlicher Konsens besteht, sollte die Diskussion über geeignete Maßnahmen zu kulturellem Austausch und Integration ziel führend möglich sein. Vorschläge dazu wurden bereits vielfach unterbreitet. So hat sich der Intendant des SWR für islamisch geprägte religiöse Sendungen in deutscher Sprache ausgesprochen statt muttersprachlicher Nischenprogramme für Migranten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte in Hörfunk, Fernsehen und Internet Schrittmacher auf dem Gebiet kultureller Integration sein.

Ein wichtiger Aspekt ist meines Erachtens auch die Frage des Religionsunterrichtes. Er sollte als ordentliches Schulfach unter staatlicher Aufsicht und in deutscher Sprache für alle Religionen möglich sein.

Die Vermittlung der deutschen Sprache und der Wille, sie zu beherrschen, ist einerseits die Voraussetzung zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, kann andererseits aber auch über das Interesse an der Kultur unseres Landes stimuliert werden. Mit Musik, Tanz oder Malerei besitzt die Kunst über Länder- und Sprachgrenzen hinweg Ausdrucksformen des Dialogs und der Verständigung. Daher sollte sozial schwachen und bildungsfernen gesellschaftlichen Schichten nicht nur die Teilhabe am Kulturleben ermöglicht, sondern auch Zugang zu eigener künstlerischer und kultureller Betätigung verschafft werden.

Da gibt es etwa so erfolgreiche Projekte wie den Musikwettbewerb „Creole Weltmusik“, der von einer Berliner Veranstaltung zu einem Bundeswettbewerb ausgeweitet wurde. Oder das „Diyalog Theaterfestival“, das in diesem Jahr zum elften Mal stattfindet und als Forum für Theater, Literatur und Musik von und für in Berlin lebende Migranten begann. Durch Unterstützung einzelner deutsch-türkischer Firmen, der Vertretung ausländischer Botschaften und Kulturinstitute aus Italien, Spanien, der Türkei, Japan und Deutschland konnte die Initiative zu einem Projekt ausgebaut werden,

an dem sich Theatergruppen aus Berlin, anderen Bundesländern, europäischen Staaten und der Türkei beteiligen.

Leider sind es nicht selten diese im Gesamthaushalt doch sehr kleinen Posten, die angesichts knapper öffentlicher Kassen und ohne starke ökonomische Lobby gekürzt werden. Der Etat des Berliner Senats für Kulturaustausch wurde im Laufe der vergangenen zehn Jahre von rund 1,3 Millionen Euro auf 153.000 Euro gekürzt. Da der Etat unter diesen Voraussetzungen nicht mehr geeignet ist, öffentlichkeitswirksame Projekte zu initiieren und kulturpolitische Weichenstellungen erkennbar zu unterstützen, wird seit Ende der neunziger Jahre kein Beirat mehr eingesetzt. Der Haushaltsansatz für Städtepartnerschaften bietet aufgrund der geringen Höhe von rund 40.000 Euro für 17 Partnerschaften keinen Spielraum zur Förderung künstlerischer Vorhaben. Der innerdeutsche Kulturaustausch, der in den neunziger Jahren einen der Förderungsschwerpunkte bildete, wurde mit einer Ausnahme aufgrund der Mittelknappheit eingestellt. Eine traurige Bilanz.

Im Bereich der Künstlerförderung unterstützt die Hauptstadt schwerpunktmäßig Berliner Künstler bei Projekten im Rahmen des Kulturaustauschs. Darunter sind mittlerweile auch Künstler aus Einwandererfamilien. So erhielten beispielsweise Berliner Künstler türkischer Herkunft ein Stipendium zum Arbeitsaufenthalt in der Partnerstadt Istanbul. Ein hervorragendes Beispiel für den Gedanken, die kulturellen Einflüsse der Einwanderer im Deutschlandbild anderer Nationen sichtbar werden zu lassen. Unterstützt werden auch Kooperationsprojekte mit Kulturschaffenden anderer Länder, um Kontakte und Austausch zu fördern.

Angesichts der aktuellen Debatte zur Integration und zu interkulturellem Austausch wäre es das falsche Signal, Mittel für über Jahre hinweg mit hohem persönlichen Engagement der Initiatoren und öffentlichen Zuschüssen aufgebaute Projekte zu kürzen, die begonnen haben, überregionale und übernationale Wirkung zu entfalten. Im Gegenteil sollten die erfolgreichen Programme als Vorbild für weitere Projekte dienen, Menschen in- und außerhalb Deutschlands für die Kultur unseres Landes zu begeistern und sie einzubinden, damit ihre Werte und Botschaften weiter getragen werden.

Menschen mit Migrationshintergrund, die an unserer freiheitsorientierten Kultur nur ungenügend teilhaben, sollen durch Fördern und Fordern zur Teilnahme bewegt werden. Dazu müssen wir sie einerseits als Bürger unseres Landes akzeptieren, andererseits aber auch in die Pflicht nehmen, die Regeln und Normen unserer Demokratie zu respektieren, vor allem die Freiheit in der Meinungsäußerung und dem künstlerischen Ausdruck. Die Kunst ist die Avantgarde, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorausgeht. Sie ist auch die entscheidende Begegnungs- und Verständigungsebene für die verschiedenen Kulturen.



Abschied vom Länderspiel von Zafer Şenocak

→ *Der so genannte Dialog der Kulturen wird erst dann zur Kommunikation, wenn die Sprecher ihre eigene Fragilität entdecken – statt sich in Abgrenzung zum Anderen als geschlossene Front wahrzunehmen.*

Jede Grenze trennt und verbindet zugleich. Sie kann Schranke sein, aber auch Übergang. Ist es nicht gerade der Begriff der Kultur, der bemüht wird, wenn festgelegt werden soll, was nicht zusammengehört, was auseinander gehalten werden muss, um Ordnung und Orientierung zu stiften? Müssen wir nicht erst Grenzen ziehen, um dann diese Grenzen zu passieren, Kulturgüter und Ideen auszutauschen, immer wohl wissend wer und was wohin gehört? Ist diese Vorstellung von den Zugehörigkeiten zeitgemäß?

Mediale Vernetzung und internationale Mobilität sprengen heute die Definitionslinien der herkömmlichen, auf der Nationalidentität aufbauenden Kulturpolitik. Was taugen unter solchen Bedingungen noch nationalstaatliche Kulturbegriffe?



Gerne wird von europäischer Kultur gesprochen, wenn der nationalstaatliche Kulturbegriff abgelöst werden soll. Doch verstecken sich in der Konzeption eines europäischen Kulturbegriffs nicht wiederum die Denkmuster des nationalstaatlichen Kulturentwurfs? Hinter der sich auflösenden Idee des Nationalstaats erlebt derzeit als zweite Frontlinie die Ideologie klar abgrenzbarer Kulturkreise ein anachronistisches Revival:

Im beginnenden 21. Jahrhundert scheint es tatsächlich so etwas wie eine Sehnsucht nach Identität zu geben, sogar nach Mustern, die man schon abgelegt zu haben glaubte. Die Welt der Freiheit hier, die Welt der Despoten dort, die Fortschrittlichen gegenüber den Ewiggestrigen, die Gläubigen gegen die Gottlosen, irgendwie einfache Muster, die das Gespräch wieder ordnen sollen und es doch allzu oft gar nicht dazu kommen lassen.

▷▷ *„Eine Kulturpolitik, die nur das Bestehende konserviert und verwaltet, droht ins Abseits zu geraten, wenn die neu entstehenden Kulturlandschaften mit ihren individuellen Brüchen unlesbar bleiben.“*

Längst jedoch stehen im permanenten Wandel befindliche kulturelle Netzwerke gegen derart monolithische Kulturbegriffe und wandeln ihre statistischen Funktionen in amorphe, schwer definierbare Prozesse, wie etwa: Kunstprojekte im Internet, die Überwindung von Sprachgrenzen in der Literatur, multinationale Filmprojekte, oder Theater- und Musikgruppen, die sich kurzzeitig für intensive Probephase zusammenfinden, an verschiedenen Orten aufführen und anschließend wieder zerfallen.

Die Kulturpolitik steht vor einer grundlegenden Neudefinition. Eine Kulturpolitik, die nur das Überlieferte und Bestehende konserviert und verwaltet, droht ins Abseits zu geraten, wenn die neu entstehenden Kulturlandschaften mit ihren individuellen Brüchen und Neukombinationen unlesbar bleiben.

Es gilt zwei bestehende Konzepte zu hinterfragen: Da ist zum einen der Gedanke des bilateralen Kulturaustauschs, bei dem sich Kulturen verschiedener Staaten wie bei einem Länderspiel treffen, sorgfältig voneinander getrennt. Doch befinden sich die auflaufenden Teams nicht schon längst in Auflösung? Was wird aus den Spielern, die keiner Nationalmannschaft mehr zuzuordnen sind, oder gar in zwei oder mehr Mannschaften spielen wollen? Auch wenn der Anspruch noch besteht, Kultur als eine Wagenburg nationaler Identität zu definieren, die Wirklichkeit hat ihn überholt.

Zum Zweiten ist da die Ideologisierung des Kulturaustauschs als Mittel zur Völkerverständigung. Abgesehen davon, dass der pädagogische Impuls die lustvolle Neugier nicht ersetzen kann, die Konflikte finden primär nicht zwischen den Kulturen statt, sondern in den Kulturen selbst. Der Kulturkampf in den USA zwischen säkularen und religiösen Ideen und Lebensvorstellungen, unterscheidet er sich wirklich so grundlegend von den Konflikten in der islamischen Welt?

Wir? Wer sind wir? Wenn wir uns anmaßen, von Kulturen, von der eigenen und den fremden, zu sprechen, gehen wir dann davon aus zu wissen, wer wir sind und wer die Anderen?

Das so genannte Gespräch der Kulturen untereinander wird erst dann zur Kommunikation, wenn die Sprecher ihre eigene Fragilität entdecken, statt sich in Abgrenzung zum Anderen als geschlossene Front wahrzunehmen. Das setzt Einfühlung und auch die Ausgrabung verborgener, verdeckter, verschlüsselter und verdrängter Berührungslinien voraus.



Zusammenfassung der Diskussion

Seit Jahrzehnten wandern Menschen nach Deutschland ein. Mehr und mehr geben Migranten kulturelle Impulse. Aus den Wandlungsprozessen resultiert kreative Energie, die eine neue Ästhetik hervorbringt. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich im Wesentlichen mit zwei Fragen: Zum einen, wie Kulturpolitik die kulturelle Vielfalt und den integrativen Umgang damit in ihrer Auslandsarbeit widerspiegeln könne und zum zweiten, wie die Zusammenarbeit der mit dieser Aufgabe befassten Akteure fruchtbar gemacht werden könne.

Dabei zeichneten sich in der Diskussion zunächst zwei Positionen ab. **Hans-Georg Knopp**, Generalsekretär des Goethe-Instituts, stellte das alte Konzept von Nationalkulturen in Frage. Dies müsse sich auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik niederschlagen: Statt Kultur zu präsentieren müsse sie Moderator kultureller Prozesse sein, von denen sie selbst wiederum politische Impulse erhofft.

▷▷ **Dr. Hans-Georg Knopp** (*1945) ist seit dem 1. August 2005 Generalsekretär des Goethe-Instituts, für das er seit 1974 in verschiedenen Positionen tätig war. Darüber hinaus war Knopp Generalsekretär (1996–2002) und Intendant (2002–2005) des Hauses der Kulturen der Welt.

Diesem Gedankengang wollten andere Gesprächsteilnehmer nicht ganz folgen. Kunst und Kultur, so die Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters**, machten Verständigung, Toleranz und Integration möglich. Es müsse aber eine positive Selbstgewissheit zugrunde liegen, sprich: man kann nur tolerant sein, wenn man weiß, woher man kommt. Sie zweifelte daran, dass es sinnvoll sei, das Konzept der Nationalkultur aufzugeben. Im Gegenteil: Deutschland werde im Ausland als Kulturnation wahrgenommen.

▷▷ **Prof. Monika Grütters**, MdB (*1962), Mitglied des Bundestages seit 2005, ist Obfrau der CDU im Ausschuss für Kultur und Medien sowie Sprecherin im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Seit 1991 ist sie Honorarprofessorin für Kulturmanagement an der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ in Berlin, seit 2005 an der Freien Universität Berlin.

Deutschland müsse sich seiner eigenen Identität bewusst werden und einen Kanon ausbilden, der im Ausland vorgestellt werden solle, lautete eine

Forderung in der Arbeitsgruppe. Es gebe die Nachfrage nach Repräsentation kultureller Produkte in authentischer Form, aber auch nach offenen Prozessen, die als Beispiele oder Impulse für die innere Diskussion im Gastland wichtig seien.

Kritik gab es am bisherigen Umgang mit dem Thema Ausländerintegration: „Die Einwandererdebatte ist in Deutschland zu spät geführt worden“, sagte der Schriftsteller **Zafer Şenocak**. Jetzt müsse man sich „Gedanken machen“, was Deutschsein bedeute. Dies dürfe aber nicht auf Kosten der Ausgrenzung von bestimmten Personengruppen geschehen.

▷▷ **Zafer Şenocak** (*1961) ist Schriftsteller, Übersetzer, Erzähler und Essayist. Seine Themenschwerpunkte sind Orient-Okzident, die deutsch-türkischen Kulturbeziehungen und Interkulturalität. Er arbeitete als „Writer in residence“ u.a. in Frankreich, Kanada und den Vereinigten Staaten und erhielt diverse Stipendien und Preise, u.a. den Förderpreis zum Adelbert-von-Chamisso-Preis. Zu seinen in mehrere Sprachen übersetzten Veröffentlichungen gehören u.a.: „Fernwehanstalten“, „Der gebrochene Blick nach Westen. Positionen und Perspektiven türkischer Kultur“, „War Hitler Araber? Irreführungen an den Rand Europas“, „Der Mann im Unterhemd“ und „Die Prärie“. Sein aktuelles Buch ist „Das Land hinter den Buchstaben – Deutschland und der Islam im Umbruch“ erschienen im Babel Verlag, Tulay, München.

Die Diskussion kam zu dem Ergebnis, dass Kulturarbeit sich an Problemstellungen der Gesellschaft orientieren müsse. Nicht zuletzt sei dies auch eine Möglichkeit, vom bilateralen Austausch wegzukommen. Wenn der interkulturelle Dialog zu einem Basiselement auswärtiger Kulturarbeit werde, dann seien innere und auswärtige Kulturarbeit nicht mehr zu trennen.

Immer wieder wurde betont, dass Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik keine Normen für ästhetische Produktion festlegen dürfe. Die Pluralität des Kulturbegriffs sei wichtig. Kunst als der „Spürhund der Gesellschaft“ spiegele grundsätzlich den permanenten gesellschaftlichen Wandel wider. Auswärtige Kulturarbeit müsse auch die Pluralisierung der Gesellschaft, der Kultur und der Adressaten nach außen tragen. Dies müsse dazu führen, dass die Menschen dort den Wandel im eigenen Land erkennen könnten.

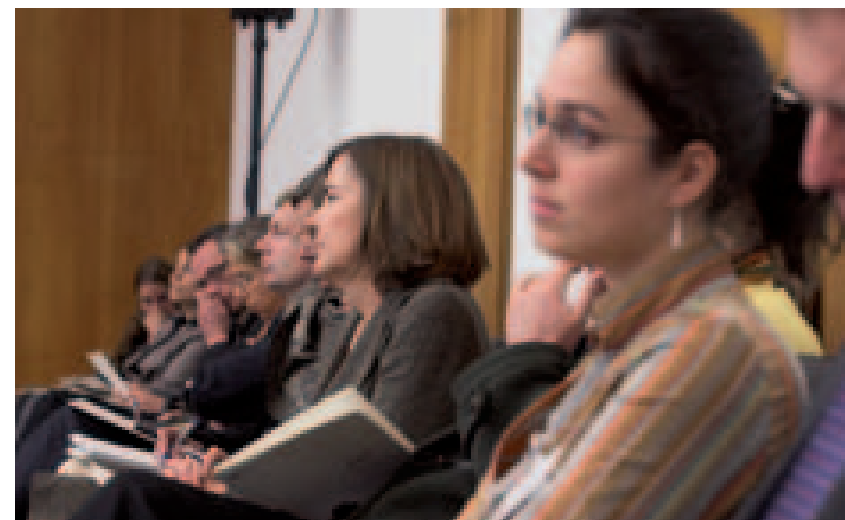
Auswärtigen Kulturpolitik könne die Rahmenbedingungen vorgeben, damit vielfältige Kulturorganisationen Kulturarbeit jenseits extremen Ökonomisierungsdrucks leisten könnten. Sie müsse allen Mitspielern ein Höchstmaß an autonomem Arbeiten ermöglichen.

Die bisherige Kooperation zwischen Institutionen, etwa des Bundes und Mittlerorganisationen, sei noch verbesserungswürdig, meinte **Hortensia Völckers**, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes. Gefordert wurde auch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit, etwa zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Amt des Kulturstaatsministers.

▷▷ **Hortensia Völckers** (*1961) ist Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes (KSB). Hortensia Völckers war zuvor u.a. Referentin für Bildende Kunst des Siemens Kulturprogramms in München, Künstlerische Leiterin des Internationalen Festivals „Dance“ (München), Mitglied der Künstlerischen Leitung der „documenta X“ (1995–1997) und Co-Intendantin der Wiener Festwochen (1997–2002).

Schließlich sei in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine „radikale Aufgabenkritik“ nötig, sagte Hans-Georg Knopp. Es müsse ein Prozess eingeleitet werden, an dessen Ende eine neue Aufgabenformulierung stehen solle.

▷▷ **Thomas Krüger** (*1959) ist seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Zuvor war er erster Stellvertretender Oberbürgermeister Ost-Berlins (1990–1991) sowie Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung. Krüger war Stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD (gesamt) und gehörte als Senator für Familie und Jugend dem Senat des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU) an (1991–1994). Von 1994 bis 1998 war Krüger Mitglied des Deutschen Bundestages.



Ergebnisse in Kürze

- **Gegen** das Konzept einer Nationalkultur: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist Moderator kultureller Prozesse, nicht in erster Linie Präsentation von Kultur
- **Für** das Konzept einer Nationalkultur: Deutschland kann sich im Ausland als Kulturnation nur glaubhaft präsentieren, wenn es sich seiner eigenen Identität bewusst ist und einen Kanon kultureller Darstellung entwickelt.
- Kulturarbeit muss sich an aktuellen Problemstellungen der Gesellschaft orientieren. Prominentes Beispiel: Was bedeutet Deutschsein? Antworten müssen integrativ sein und dürfen nicht zur Ausgrenzung bestimmter Personengruppen führen.
- Wenn der interkulturelle Dialog zum Basiselement auswärtiger Kulturarbeit wird, sind innere und auswärtige Kulturarbeit nicht mehr streng zu trennen.
- Eine Folge: Ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich des interkulturellen Dialogs sollte noch enger werden.



Arbeitsgruppe III

Weltweite Netzwerke: Dauerhafte Bindungen durch Bildung und Wissenschaft

2.3



Währung Vertrauen von Georg B. Schütte

→ *In der internationalen Politik wird „Soft power“ immer wichtiger. Das entscheidende Kriterium dieses „weichen“ Politikansatzes ist nicht Durchsetzungsmacht, sondern Vertrauen. Wie kann in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus Deutschland und anderen Ländern Vertrauen aufgebaut und genutzt werden? Ein Thesenpapier.*

1. Globale Netzwerk-Gesellschaften stellen die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor neue Herausforderungen.

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts erleben wir, dass in vielen Bereichen neue internationale Beziehungsgeflechte entstehen. Kundige Beobachter sprechen deshalb seit mehr als einem Jahrzehnt vom Entstehen von „network societies“ (Manuel Castells), nicht zuletzt in und durch „Bildung und Wissenschaft“. Bildung im Sinne von Schulbildung ist stärker einer nationalen Kultur und Bildungstradition verpflichtet als die Wissenschaft, die, insbesondere in den Natur- und Technikwissenschaften, prinzipiell international angelegt ist. Auslandsschulen sind in diesem Sinne wichtige Knotenpunkte in den Netzwerken international mobiler Bildungseliten, die einen Bezug zur deutschen (Bildungs-)Kultur – nicht zuletzt auch über die deutsche Sprache – suchen oder halten wollen. In der Wissenschaft haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die internationalen Beziehungsgeflechte zunehmend verdichtet. Indikatoren sind die steigenden Zahlen international mobiler Studierender sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (vergleiche auch die Prognose von IDP Education Australia: „Global Student Mobility 2025“), die Zunahme internationaler Ko-Publikationen etc. Zugleich verschärft sich der Wettbewerb um junge Talente in der Wissenschaft. Alumni-Netzwerke deutscher Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind eine wichtige Basis für die Pflege bestehender internationaler Zusammenarbeit, für die Informationsverbreitung über Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland und damit die Erschließung weiterer Interessentenkreise und Kooperationsprojekte.

2. Deutschland steht in einem Vertrauenswettbewerb: In Zeiten der Unsicherheit wird Vertrauen zur Schlüsselressource internationaler „soft power“-Politik.

Die Vielzahl kulturell aufgeladener Konflikte ist mit den Instrumenten der „hard power“-Politik von Hegemonialmächten nicht mehr zu bewältigen. „Soft power“ hingegen hängt, so die Stiftung für Wissenschaft und Politik, in der internationalen Politik zentral von Werten ab, die ein Land in seiner Kultur zum Ausdruck bringt: vom beispielgebenden Verhalten, das es durch innenpolitische Praktiken setzt, und davon, wie es seine Beziehungen mit anderen gestaltet. Die entscheidende Währung dieses „weichen“ Politikansatzes ist nicht Durchsetzungsmacht, sondern Vertrauen. Vertrauen kann kurzfristig und anlassbezogen aufgebaut werden: dies ist der primäre Ansatz der so genannten „public diplomacy“. Grundlegender ist jedoch ein Systemvertrauen, das über Einzelanlässe und Einzelpersonen hinaus Strukturen und Politikprozesse beispielsweise eines Partnerlandes nicht mehr infrage stellt. Insbesondere in der wissenschaftlichen Kooperation wird ein derartiges Systemvertrauen, zunächst in die wissenschaftlichen Institutionen Deutschlands, darüber hinaus in das Wissenschafts- und schließlich das Gesellschaftssystem aufgebaut. Denn wissenschaftliches Arbeiten ist per se interaktiv und auf einen gleichberechtigten und freien Austausch von Ideen angelegt. Sie vollzieht sich im produktiven Spannungsfeld von zweckfreier Eigenrationalität und zweckgebundenen Ergebniserwartungen. In der persönlichen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus Deutschland und anderen Ländern wird somit ein Vertrauen aufgebaut, das in der weiteren, längerfristigen Kooperation Breitenwirkung in die jeweiligen Heimatgesellschaften entfaltet. Das Vertrauenskapital der Alumni wird im internationalen Wettbewerb zunehmend kostbar.

3. Die Anforderungen an die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die Zahl der Akteure in diesem Politikfeld steigen.

Als eine der Führungsmächte in Europa ist Deutschland inzwischen in die Lösung einer Vielzahl internationaler Konflikte involviert. Für die Integration Europas trägt es eine besondere Verantwortung. Als rohstoffarmes Land ist es stärker als andere Länder auf neue Erkenntnisse in der Forschung und auf Innovationen angewiesen. Damit steigen die inhaltlichen Anforderungen, die an die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gestellt werden.

Zugleich hat sich die Zahl der Akteure, die mittelbar dieses Politikfeld durch eigenes Handeln oder die Artikulation eigener Erwartungen mit-

gestalten, erhöht. Rundfunkanstalten und Verlage publizieren und produzieren beispielsweise zunehmend international. Wirtschaftsunternehmen expandieren weltweit und haben in der Folge nicht nur internationale Kundengruppen, sondern auch eine multinational zusammengesetzte Belegschaft. Universitäten koordinieren ihre Ausbildungsprogramme mit internationalen Partnern und gründen Satelliten-Campus außerhalb Deutschlands.

Angeichts dieser Vielzahl von Anforderungen und Akteuren ist es umso wichtiger, die Ziele einer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und die Instrumente, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen, genau zu benennen. In der Wissenschaft sind die jungen Talente, das heißt die vielversprechenden Studierenden, die ausgezeichneten Nachwuchswissenschaftler (dazu zählen auch Deutsche im Ausland) und die renommierten Spitzenkräfte aus Hochschulen und Forschungsinstituten die entscheidende Zielgruppe. Alumni-Netzwerke tragen entscheidend dazu bei, den Kontakt zu diesen Zielgruppen aufzubauen.

4. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss weiterentwickelt werden: Deutschland muss eine Außenwissenschaftspolitik definieren und gestalten.

Analog zur Außenwirtschaftspolitik des Industriezeitalters muss Deutschland in einer Zeit sich globalisierender Wissensgesellschaften eine Außenwissenschaftspolitik formulieren und umsetzen. Außenwissenschaftspolitik bezeichnet einen Querschnittsbereich der Politik, der Aktivitäten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, der Hochschul-, Forschungs- und Technologiepolitik, der Wirtschafts-, Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik einschließt. Sie zielt auf eine kohärente Strategie der internationalen Interessenvertretung aller staatlichen und nichtstaatlichen Akteure der deutschen Wissenschaft. Außenwissenschaftspolitik ist in Teilen der traditionellen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verhaftet, geht jedoch inhaltlich und organisatorisch (durch die Bezüge und direkten Berührungspunkte zu anderen Bundesressorts) darüber hinaus. Im staatlichen Außenverhältnis übernehmen die deutschen Auslandsvertretungen eine wichtige Funktion auf diesem Politikfeld. Daneben sind die Alumni deutscher Förderorganisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen wichtige Ansprechpartner in den jeweiligen Ländern. Sie sind Multiplikatoren in ihrem jeweiligen beruflichen Umfeld und können Brücken, unter anderem in die Wirtschaft und Politik ihrer Heimatländer, bauen.

5. Personenförderung ist ein Wechsel auf die Zukunft: Das Verhältnis von Eigensteuerung („bottom-up“) und Zielvorgabe („top-down“) muss immer wieder neu austariert werden.

Wissenschaft und wissenschaftliche Kooperation ist dann am erfolgreichsten, wenn sie den Zielvorstellungen der Wissenschaft folgt. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass insbesondere in der (vornehmlich nach „bottom-up“ Verfahren vorgehenden) Eliteförderung auf wissenschaftlichem Niveau vielfach Entwicklungen vorweggenommen wurden, die später auch politisch relevant wurden. So haben polnische Alumni der Alexander von Humboldt-Stiftung, die in den achtziger Jahren gefördert worden waren, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wichtige Positionen in der Politik und in den Gerichten Polens übernommen. Chinesische Stipendiaten, die Ende der siebziger Jahre in Deutschland waren, sind heute wichtige Entscheider in chinesischen Wissenschaftseinrichtungen und fördern die Zusammenarbeit mit Deutschland. Kurzfristige regionale Schwerpunktsetzungen („top-down“-Ansatz) müssen diesen Eigenrationalitäten und Zeithorizonten des Wissenschaftssystems Rechnung tragen.



Durch die gezielte Förderung von Austauschprogrammen für Studierende, den Ausbau von deutschen Studienangeboten in und Kooperationsabkommen mit anderen Ländern im Hochschulbereich oder auch durch die Förderung von deutschen Hochschulen im Ausland können gleichwohl regionale Akzente gesetzt werden, die langfristig auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit beeinflussen. Ziel muss es sein, die Stärken der Zusammenarbeit – auch mit Unterstützung der Alumni – zu festigen und neue Potenziale zu heben.

6. Sprache ist ein Instrument der Beziehungspflege: Deutschland braucht eine bewusste Sprachenpolitik.

Alumni-Bindungen entstehen nicht zuletzt auch durch eine besondere Beziehung zur deutschen Sprache. Ein selbstbewusster Umgang mit der deutschen Sprache kann zu einem bewussteren Umgang mit anderen Sprachen in Deutschland beitragen. Mit einer entsprechenden Sprachenpolitik kann Deutschland diesen Anforderungen gerecht werden. Sprachenpolitik umfasst die Spracheninnen- und die Sprachenaußenpolitik. Beide interagieren – und eine erfolgreiche Sprachenaußenpolitik benötigt entsprechende Mechanismen im Innern. Sprachenvielfalt ist eine Ressource, die kreativ in Deutschland und für Deutschland genutzt werden sollte. Sprachliche und kulturelle Vielfalt in Deutschland sind durch eine entsprechende Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als Zeichen einer offenen Gesellschaft nach außen zu projizieren.

7. Die neuen technischen Möglichkeiten nutzen

Neue technische Kommunikationsmedien bieten eine Vielzahl neuer Möglichkeiten, Alumni-Kontakte aufzubauen und zu pflegen. Hightech vermag nie „high touch“, also die Begegnung von Menschen, zu ersetzen. Gleichwohl bietet das Internet neue Chancen, internationale Nutzergemeinschaften zu erreichen.

Verkannte Exzellenz von Crister Garrett

→ *Taiwan und Indien machen es vor: Sie profitieren von Landleuten im Ausland. Dagegen verliert Deutschland abgewanderte Spitzenkräfte und ehemalige ausländische Studenten aus den Augen. Ein Plädoyer für eine aktive Diaspora- und Alumni-Politik.*

Deutschland macht in seiner Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sehr vieles richtig. Aber ich möchte hier kein Loblied anstimmen, sondern mir geht es um einen konstruktiven Austausch, darum, etwas zu verbessern. „Continuous Improvement“ ist ein sehr hohes Ziel und in diesem Sinne sind meine Vorschläge zu verstehen. Ich kann mich dabei auf meine dreijährige Erfahrung als Gastdozent in Deutschland berufen – eine Zeit, in der ich nur wunderbare Gastfreundschaft „Made in Germany“ erlebt habe. Diese Anregungen kommen also von jemandem, der ein sehr großer Fan von Deutschland ist.

Vielerorts, so konstatiert der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, Georg Schütte, entstehen neue internationale Beziehungsgeflechte, so genannte „Network Societies“. Um diesem Phänomen adäquat begegnen zu können, bräuchte Deutschland etwas, das man vielleicht als eine „Deutsche Diaspora-Politik“ bezeichnen könnte.

Die deutsche Auswanderung nimmt, wenn man den Schlagzeilen glauben darf, unvermindert zu. Gleichzeitig versucht Deutschland – teilweise mit Erfolg – abgewanderte Spitzenkräfte zurückzugewinnen. Genauso wichtig ist es allerdings, die Fähigkeiten derjenigen emigrierten deutschen Bürger, die in näherer Zukunft *nicht* zurückkommen werden, zu vernetzen und dadurch ihre Expertise zum Teil nach Hause zu holen. Indien und Taiwan haben solch eine Diaspora-Politik mit Gewinn aufgebaut. Das Auswärtige Amt könnte eine ähnliche Initiative gestalten. Hier geht es nicht um Verlust oder Verfall, um zurückzugewinnen oder verlieren, sondern um vernetzen, bereichern, gewinnen.

Zudem bräuchte Deutschland eine Alumni-Außenpolitik. Alumni-Netzwerke müssten dabei eine Kombination von Eigensteuerung („bottom-up“) und Zielvorgabe („top-down“) sein. Mehrere deutsche Institutionen betreiben schon erfolgreiche Alumni-Arbeit, man denke an den DAAD, die Fulbright

Kommission, die Bosch-Stiftung oder die Humboldt Stiftung. Aber um etwas zu verfolgen, was man vielleicht eine konsequente globale „Alumni-Leuchttürme-Strategie“ nennen könnte – in Bangalore, in Beijing, in Boston usw. – muss die deutsche Außenpolitik die nötige institutionelle Förderung, sprich: Personal, und Fördergelder, sprich: Event-Unterstützung, zur Verfügung stellen. Diese Politik ließe sich durchaus mit einer „Deutschen Diaspora-Politik“ koordinieren, wenn nicht verzahnen.

Kanalieren statt kannibalisieren

Als drittes möchte ich Deutschland ermutigen, die Kultur- und Bildungspolitik besser zu kanalieren, statt sie zu kannibalisieren.

In meiner Leipziger Zeit habe ich Dinge erlebt, die ein Amerikaner einfach nicht verstehen kann: In dieser Stadt existieren zwei hervorragende Aushängeschilder für deutsche Kultur- und Bildungspolitik, und zwar mit internationalem Ruf. Das ist einmal die Handelshochschule Leipzig mit ihren Schwerpunkten Mittel- und Osteuropa und Internationaler Handel. Es gibt nur zwei Business Schools in ganz Deutschland mit der hoch angesehenen Akkreditierung der AACSB („Association to Advance Collegiate Schools of Business“); die andere Business School dieses Ranges ist in Mannheim. Das zweite Leipziger Aushängeschild ist das Herder-Institut für Deutsch als Fremdsprache. Als weltweit gefragter Partner für Austauschprogramme und Kooperationen, einschließlich binationaler Master- und Promotionsprogramme, ist das Institut Vorreiter der Internationalisierung weit über das Fach Deutsch als Fremdsprache hinaus.

Keines dieser beiden Aushängeschilder der deutschen Kultur- und Bildungspolitik wird, wie es seiner Exzellenzposition entspräche, zentral gefördert. Stattdessen werden ähnliche Kultur- und Bildungsprojekte anderswo in Deutschland entweder neu begonnen oder aufgepöppelt.

▷▷ *„Irgendetwas stimmt hier nicht. Existierende Exzellenz wird gefährdet, um ähnliche Exzellenz anderswo zu kreieren.“*

Irgendetwas stimmt hier nicht. Existierende Exzellenz wird gefährdet, um ähnliche Exzellenz anderswo zu kreieren. Man mag einwerfen, dies sei schließlich Sache der Länder. Aber kann die Bundesrepublik sich das leisten, gerade wenn es um Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik geht? Wir alle

wissen, dass eine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik maßgeblich von der Innenpolitik abhängt. Im Sinne von Georg Schüttes vierter (Deutschland braucht eine Außenwissenschaftspolitik) und sechster These (Deutschland braucht eine bewusste Sprachenpolitik) müsste also eine Politik für den ganzen Bund gestaltet werden.

Hier sind Deutschlands Eliten in Politik und Wirtschaft gefragt, sie müssen auf die Landkarte schauen und diskutieren: wo wollen wir Kultur- und Bildungsstärken fördern, unsere Ressourcen bündeln, damit wir eine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für ein vereinigtes Deutschland voranbringen?

An dieser Stelle sei angemerkt, dass Deutschland überdies eine „soft power“-Initiative für Ostdeutschland bräuchte. Man kann nicht genug betonen, dass es bei „public diplomacy“ im Endeffekt um Vertrauen bzw. „soft power“ geht und dass Deutschland in einem Vertrauenswettbewerb steht. Ich sehe mich als entschiedenen Befürworter der laufenden Wettbewerbe in Deutschland zur Auszeichnung von Exzellenz an den Universitäten. Aber diese Wettbewerbe haben einen wohl unbeabsichtigten Nebeneffekt zur Folge gehabt: einen tendenziellen Vertrauensverlust in ostdeutsche Universitäten. So ist beispielsweise in führenden Zeitschriften der USA berichtet worden, dass keine einzige ostdeutsche Universität insgesamt ausgezeichnet wurde (der „Teilerfolg“ der TU Dresden wurde nicht erwähnt). Eine unerwünschte Konsequenz, doch de facto sind nun alle ostdeutschen Universitäten wie mit dem Rotstift ausgegrenzt. Dies stellt die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor ein neues Imageproblem. Und hier kann und sollte Berlin helfen, dieses Problem zu lösen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, eine Art Hans-Dietrich Genscher-Stipendien-Initiative zu gründen.

Im Sinne meiner vorangegangenen Überlegungen könnte eine weltweite Ausschreibung etwa zwanzig hervorragende Studierende für ein intensives Studium in Sprache, Wirtschaft und Kultur nach Leipzig holen, mit Sprachunterricht am Herder-Institut, Wirtschaftsunterricht an der Handelshochschule und Kulturunterricht in ganz Mitteldeutschland (Weimar, Jena, Dresden, Wittenberg). Mein Namensvorschlag für das Programm beruht auf Genschers Renommee (ich möchte mich nicht in die deutsche Politik einmischen!), seiner Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und der Tatsache, dass er aus der Region Halle-Leipzig stammt.

So ein Muster könnte man für vier oder mehr Hochschulen in Ostdeutschland einführen und hervorragende Persönlichkeiten aus der Geschichte der deutschen Außenpolitik finden, die ähnliche Wurzeln in Ostdeutschland haben.

Last but not least möchte ich – mit einem Augenzwinkern – an das Auswärtige Amt appellieren, eine neue Consulting-Firma zu gründen und als erste Amtshandlung den „Wahlamerikaner“ Jürgen Klinsmann anzuheuern. Diese Firma wird nicht Soccer-Solutions heißen, sondern einen anderen Namen tragen: Soft power-Solutions.



Keimzelle für Netzwerke von Eckhard W. Mehring

→ *Ob Kairo oder São Paulo. Schüler der deutschen Auslandsschulen entwickeln ein besonderes Verhältnis zu ihrer Schule. Im Arbeitsleben besetzen die Absolventen oft Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik. Wie können sie dauerhaft an Deutschland gebunden werden?*

Die zurzeit 117 deutschen Auslandsschulen sind für internationale und dauerhafte Netzwerke geradezu prädestiniert. Sie werden weltweit von rund 70.000 Schülern aller Nationen besucht, nur rund 20.000 davon sind deutscher Nationalität. So sind in der relativ kleinen Deutschen Internationalen Schule in Den Haag mit ihren rund 300 Schülern immerhin 26 verschiedene Nationen vertreten. Und auch über die Nachhaltigkeit eines solchen Schulnetzwerks besteht kein Zweifel, sind doch gerade Schulfreundschaften häufig lebenslange Freundschaften.

Die deutschen Schulen haben sich bisher jedoch darauf beschränkt, nur für die jeweils eigene Schule Netzwerke oder Ehemaligenvereine zu gründen. Viele Schulen, insbesondere in Lateinamerika, verfügen so immerhin über Kontakte zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens, auch zu höchsten Regierungsstellen.

Nach ersten Ansätzen zu Zusammenschlüssen in verschiedenen Regionen in den achtziger Jahren ist im Jahre 2003 als gemeinnütziger Verein der Weltverband Deutscher Auslandsschulen e.V. gegründet worden. In diesem Sommer hat der Bundespräsident die Schirmherrschaft des Verbandes übernommen. Die sich schon aus der Vorstandsarbeit ergebende Vernetzung, elf Vorstandsmitglieder aus allen Regionen der Welt arbeiten intensiv zusammen, wird auch ihre Auswirkung auf die nachhaltigen Netzwerkbildungen der deutschen Auslandsschulen haben.

Eine Netzwerkbildung bei Schulen macht selbstverständlich nur dann Sinn, wenn die Schule auch nachhaltig im Leben der (ehemaligen) Schüler eine wichtige Rolle spielt. Die Schüler müssen auf ihre Schule stolz sein. Dazu trägt definitiv bei, Kenntnis über die Geschichte der Schule zu haben und – noch sehr viel wichtiger – zu wissen, wer Schüler der Schule war und wer zu einer national beziehungsweise international bekannten Persönlichkeit geworden ist. Wenn etwa die Humboldt-Stiftung darauf verweisen kann,

41 Nobelpreisträger zu ihren Stipendiaten zu zählen, sollte dies für die deutschen Auslandsschulen Ansporn sein, auch die besonderen Leistungen ihrer ehemaligen Schüler herauszuheben. Ein Schüler ist stolz, wenn er sagen kann: Auf meiner Schule war zum Beispiel auch dieser oder jener Minister, Präsident meines Landes oder Nobelpreisträger.

Die deutschen Auslandsschulen sind seit einigen Jahren damit befasst, insoweit ihre Geschichte aufzuarbeiten und in den Ehemaligenvereinen das Wissen darüber zu sammeln und die Kontakte zu den noch lebenden ehemaligen Schülern aufzubauen beziehungsweise zu intensivieren.

Um internationale Netzwerke von Schulen dauerhaft am Leben zu erhalten, muss ein äußeres Erkennungszeichen aller Schulen geschaffen werden. Es reicht nicht aus, sagen zu können, ich war Schüler der Deutschen Schule São Paulo oder ich war Schüler der Deutschen Schule Paris.

Die deutschen Auslandsschulen brauchen, um es neudeutsch auszudrücken, ein einheitliches „Branding“. Natürlich verbindet es durchaus sagen zu können: Ich war Schüler einer deutschen Auslandsschule. Die Kommunikation und auch die Erkennbarkeit werden aber viel einfacher, wenn sich das Netzwerk schon aus einer bestimmten Bezeichnung ergibt. Die Ehemaligen der deutschen Auslandsschulen könnten sich dann auf ein „Ich war Schüler einer Humboldt.“ oder „Ich war Schüler einer Leibnitz.“ beschränken, wobei mit dieser einheitlichen Bezeichnung dann der Schultyp „Deutsche Auslandsschule“ hinreichend umschrieben wäre. In jedem Falle muss – dem Beispiel des Goethe-Instituts ähnlich, das weltweit mit dem Namen des bekanntesten deutschen Dichters operiert – auch für die deutschen Auslandsschulen zukünftig eine einheitliche Marke geschaffen werden.

▷▷ *„Es ist hinlänglich bekannt, dass Finnland bei der Pisa Studie auf dem ersten Platz stand. Innerhalb Finnlands hat die Deutsche Schule Helsinki den dritten Platz belegt.“*

Die Leistungen der deutschen Auslandsschulen liegen regelmäßig weit über denen der deutschen (Inlands)Schulen. Dies ist jedoch nur einem internen Expertenkreis bekannt. So ist es zwar hinlänglich bekannt, dass Finnland bei der Pisa Studie auf dem ersten Platz stand. Dass innerhalb Finnlands aber die Deutsche Schule Helsinki den dritten Platz belegt, weiß kaum jemand.

Es ist deshalb erforderlich, für die deutschen Auslandsschulen einen international anerkannten und respektierten Abschluss zu etablieren. Die Unterschiede beziehungsweise die Bedeutung von Abitur, Reifeprüfung, deutschem internationalem Abitur etc. ist im Ausland nicht zu vermitteln. Es bedarf eines vergleichbaren Abschlusses, der auch nach einheitlichen Kriterien abgenommen wird – was bei der Zersplitterung des deutschen Bildungssystems ohnehin nie einfach war und nun aufgrund der durch die neuste Grundgesetzänderung noch mehr festgeschriebenen Kulturhoheit der Länder, vorsichtig ausgedrückt, nicht gerade erleichtert wird.

Darüber hinaus bedürfen die Schulen einer Zertifizierung. Es muss für die Schüler und auch die Universitäten erkennbar sein, was eine wirklich gute Schule ist. Hierfür müssen objektive Kriterien geschaffen und auch Zertifizierungsstellen gefunden werden, die zu einer entsprechenden Beurteilung in der Lage sind.

Eine „Peer“-Zertifizierung durch andere deutsche (Auslands-)Schulen ist dafür nicht ausreichend. Möglicherweise wäre es ein Ansatz, die Schulen, weil sie auch im internationalen Bildungssystem bestehen müssen, durch englische, amerikanische oder französische Auslandsschulen zertifizieren zu lassen. Die immer internationaler werdende Ausbildung unserer Kinder zwingt die deutschen Schulen ohnehin auch zu einer Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Schulen in ihrem jeweiligen Gastland. Diese Zusammenarbeit ist im Übrigen in vielen Ländern sehr intensiv und wird eher als Chance denn als notwendiger Zwang empfunden.

Ein Absolvent von Harvard oder Princeton ist in der Öffentlichkeit anerkannt und braucht seine Beziehung zu dieser Universität nicht zu erläutern. Bei Schulen ist die Situation sehr viel schwieriger, weil Schulen schon durch ihre Vielzahl niemals die Bedeutung einer solchen Universität erlangen können. Trotzdem wäre es wünschenswert und vielleicht eine Anregung für Universitätsvertreter, Kontakt zu den deutschen Auslandsschulen und ihren hoch motivierten und qualifizierten Schülern zu suchen. Man könnte Schüler beispielsweise zu einem Besuch der Universität und von Vorlesungen einladen. Professoren einer Universität könnten sich anlässlich eines Auslandsbesuches bereit erklären, für die Oberstufenschüler einer deutschen Auslandsschule eine Vorlesung in ihrem Fach zu geben, um die Schüler, und nicht nur deutsche Schüler, anzuregen nach Deutschland zum Studium zu kommen und dann später als Botschafter deutscher Wissenschaft und Technik im Ausland zu arbeiten.

Jede deutsche Auslandsschule hat schon heute ein auf sich selbst bezogenes Netz. An der Internationalisierung dieses Netzwerkes (etwa durch Austausch von Schülern und Lehren) wird an den deutschen Schulen verstärkt gearbeitet. Die deutschen Schulen bedürfen dabei der öffentlichen Unterstützung und Anerkennung. Hier sind insbesondere auch die Kultusminister der Länder und die Kulturministerkonferenz gefragt, um die deutschen Schulen bei ihrem Wunsch nach Zertifizierung und einer Markenbildung zu unterstützen.



Mehr als eine Kontaktbörse von Karin Heyl

→ *Nur wenn Netzwerke ihre Zielgruppen definieren und ihnen konkrete Angebote machen, ihre Ziele festlegen und sie in Projekte umsetzen, eine Strategie entwickeln und sie Veränderungen anpassen, können sie dauerhafte Bindungen schaffen.*

Netzwerke bilden, Netzwerke bieten, Netzwerke nutzen – Netzwerke sind nicht nur in aller Munde. Häufig sieht man in ihnen Wundermittel, die Finanzlöcher stopfen oder verschwinden lassen können oder in einer Welt der Bewegung und Veränderung dauerhafte Bindungen sichern sollen. Und dann übersieht man, dass ihnen das alles, wenn überhaupt, nicht auf wundersame Weise gelingen kann, sondern nur, wenn man in Netzwerke investiert – und zwar Geld, Zeit und strategische Überlegungen.



In Bildung- und Wissenschaft spricht man heute viel von Alumni-Netzwerken, die die Bindung an die Schule und später vor allem an die *Alma mater* dauerhaft stärken sollen. Dies geschieht in der Hoffnung, dass nach US-amerikanischem Vorbild aus diesen Quellen Geldmittel zurückfließen mögen.

Dabei wird gern darauf hingewiesen, dass die Kontakte, die ein Alumni-Netzwerk dem Einzelnen bietet, ihm in seinem beruflichen Leben von Nutzen sein werden. Aber schafft eine jährliche Einladung zu einer, im besten Falle, interessanten Veranstaltung an den Ort des Studiums und ein Zusammentreffen mit, im besten Falle, inzwischen erfolgreichen ehemaligen Kommilitonen schon eine dauerhafte Bindung? Ist ein Alumni-Netzwerk viel mehr als die klassische Seilschaft unter neuem Namen, die eine Bindung mehr stärkt als ein loses Netzwerk mit der Funktion einer Kontaktbörse?

Nicht nur der Einzelne, sondern der Unternehmer, die Universität, das Forschungsprojekt, die NGO, müssen in Zeiten globalen Wettbewerbs in Netzwerken denken und handeln, wenn sie vor der Konkurrenz bestehen wollen. Sie sind abhängig vom dort kommentierten und interpretierten Informationsaustausch sowie von der Möglichkeit, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln. Deswegen schaffen Netzwerke nicht per se dauerhafte Bindungen, denn ein Akteur kann ein Netzwerk schnell wieder verlassen, wenn es ihm nicht ganz konkret nutzt, etwa bei der Entwicklung des einen oder anderen Projektes.

Nur wenn Netzwerke ihre Zielgruppen definieren und ihnen konkrete Angebote machen, ihre Ziele festlegen und sie in Projekte umsetzen, eine Strategie entwickeln und sie Veränderungen kontinuierlich anpassen, können sie dauerhafte Bindungen schaffen. Voraussetzungen sind Vertrauensbildung einerseits und professionelles Management andererseits.

▷▷ *„Voraussetzungen für erfolgreiche Netzwerke sind Vertrauensbildung, professionelles Management und Multilateralität.“*

Dass es dafür Investitionen bedarf, und zwar nicht nur solche in Projekte und Personen, sondern vor allem auch in Strukturen, liegt auf der Hand. Nur so können erfolgreiche Initiativen wie etwa die gemeinsame *Go East*-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung, des DAAD und des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, finanziert mit Mitteln des Bundes-

ministeriums für Bildung und Forschung, realisiert werden. Bislang sind private Förderer hier zögerlich. Selbst bei eigenen Stipendienprogrammen investieren sie nur selten in eine Organisationsform, die sie die aufgebauten Kontakte auch später systematisch nutzen ließe.

Leider berücksichtigt auch die öffentliche Hand bei ihrer Mittelzuteilung diese Überlegung zu wenig. Hier werden inzwischen bei neuen Vorhaben lieber Projektmittel bewilligt, als Strukturmittel und Personalkosten. Beide, öffentliche wie private Akteure, werden hier umdenken müssen, wenn sie auf lange Sicht erfolgreich sein wollen.

Die Erfahrung des globalen Wettbewerbs zeigt noch etwas anderes: So wie in der Politik die Beziehungen zwischen einem Staat und anderen auch vom Verhältnis der anderen Staaten untereinander abhängen, so sind auch die Gefüge weltweiter Netzwerke nicht von einem Punkt aus zu denken. Ohne wieder auf den globalen Wettbewerb verweisen zu müssen kann man daraus ableiten, dass nur solche Netzwerke erfolgreich sind, die in ihrer Strategieentwicklung Multilateralität berücksichtigen.



Zusammenfassung der Diskussion

Globalisierung, internationale Friedensmissionen, wenig Rohstoffe – die Anforderungen an Deutschland wachsen. „Deutschland braucht Freunde“, war der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, Georg Schütte, überzeugt. Eine Leitfrage der Arbeitsgruppe war daher auch, wie man aufstrebende ausländische Eliten und die nachwachsende Generation für Deutschland gewinnen, langfristig binden und ihr Vertrauen gewinnen könne.

„Mit moderner Technik ist viel erreichbar. Aber es werden Menschen gebraucht,“ stellte **Crister Garrett**, Politikwissenschaftler an der Universität Leipzig, klar. Es bedürfe nicht nur neuer innovativer Netzwerke, man müsse vor allem Emotionen und Begeisterung wecken. Gerade der Betreuung und Nachbetreuung von ausländischen Studenten und jungen Forschern, der Alumni-Arbeit, komme eine besondere Rolle zu.

▷▷ **Prof. Crister Garrett** (*1962) war „Associate Professor for European and International Studies“ und verantwortete das „European and International Studies Program“ an der University of Wisconsin-Madison (1999 –2004). 2003 bis 2005 hatte er den „Fulbright Distinguished Chair for American Studies“ an der Universität Leipzig inne, wo er seit 2005 „DAAD-Professor for American and International Studies“ ist. Garrett erhielt u. a. Stipendien des DAAD und der Robert Bosch Stiftung. Er ist „European Union Fellow for International Politics“.

Ein Alumni-Verein allein reiche dabei nicht aus. Professionalisierung bedürfe Investitionen. „Alumni-Arbeit wird nie Selbstläufer“, warnte Garrett. Wenn man 20 Prozent der Ehemaligen einbinden könne, sei dies „kein schlechtes Ergebnis“. Wolle man ein solides Netzwerk schaffen, müsse man zunächst „fünf bis zehn Jahre“ in Alumni-Arbeit investieren. Am besten sollten Universitäten im ersten Semester damit anfangen. Bei der Alumni-Arbeit sei es wichtig, besondere Anreize zu schaffen, etwa die Aussicht auf eine Rückkehr nach Deutschland, sagte Georg Schütte.

Die Diskussion kam zu dem Ergebnis, dass die Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gemeinsam mit der Wirtschaft Netzwerkstrategien entwickeln müssten. Die Schaffung von Praxiskomponenten, etwa Praktika und Berufsausbildung, sei anzustreben. Zudem müssten Netzwerkstrukturen bedarfsgerecht ausgerichtet werden: In den Geisteswissenschaften seien andere Netzwerkstrukturen nötig als in den Naturwissenschaften. Für afrikanische Staaten gebe es andere Erfordernisse als für die Vereinigten

Staaten. Und manchmal sei das Engagement vor allem in politischer Hinsicht sinnvoll, etwa wenn es um Krisenländer wie Afghanistan gehe.

Wichtig sei sowohl die systemübergreifende Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik als auch die organisationsübergreifende Zusammenarbeit. Vorteilhaft sei eine Verbindung von Netzwerkaktivitäten im Ausland mit inländischen Institutionen. Das Auswärtige Amt, so ein Vorschlag, könne dabei die Koordinationsfunktion übernehmen.

An Universitäten sollten auch internationale Studiengänge eine Deutsch-Komponente enthalten. „Der selbstbewusste Umgang mit der deutschen Sprache führt zu verbesserten Umgang mit anderen“, sagte **Georg Schütte**. Internationale Netzwerke bedürften einer klaren Sprachpolitik. Vielsprachigkeit müsse dabei ein Ziel bleiben.

▷▷ **Dr. Georg B. Schütte** (*1962) ist seit 2004 Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung. Vorher leitete er als Geschäftsführender Direktor die Deutsch-Amerikanische „Fulbright-Kommission“ in Berlin (2001–2003) und war Mitglied der Expertengruppe „Benchmarking Human Resources“ der Europäischen Kommission. Schütte forschte im Bereich Geschichte, Ästhetik und Pragmatik der Bildschirmmedien und beschäftigt sich als Autor mit Fragen der internationalen akademischen Mobilität, der Hochschulentwicklung und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Kritik gab es in der Arbeitsgruppe an verschiedenen Zuständigkeiten von Bund, Ländern oder Ministerien in Deutschland. Zu oft erschwere Ressortdenken und -handeln die Netzwerkarbeit. Der Umstand etwa, dass das Deutsche Historische Institut beim Forschungsministerium angesiedelt sei, führe zu bürokratischen Hindernissen.

Zudem hätten es Forschungsinstitute nicht leicht, an Fördermittel für Projekte außerhalb des europäischen Auslands heran zu kommen. Generell wurde über die fehlenden Mittel geklagt, um ausländische Studenten speziell zu betreuen. Moniert wurde aber auch der Mangel an Informationen: Es fehle an der Auswertung von Berichten, die ausländische Stipendiaten verfassen. Man erfahre oft zu wenig über die Stipendienvergabe und das Engagement bestimmter Stiftungen.

Wenn Deutschland mehr Brücken wolle, müsse es mancherorts erst einmal internationaler werden: An Universitäten habe man fast nur deutsche Lehrkörper, stellte ein Hochschulvertreter fest. Dadurch werde ein großes Potenzial für internationale Kontakte vergeben.

„Es darf nicht sein, dass ehemaligen Schülern der deutschen Auslandsschulen, die in Deutschland studieren möchten, dies schwer gemacht wird“, mahnte **Eckhard Mehring** vom Weltverband Deutscher Auslandsschulen mit Hinweis auf rigide Zulassungsbestimmungen. Dass auch die Bindungen zu den Deutschen im Ausland enger sein könnten, war Crister Garrett überzeugt: „Deutschland vernachlässigt die Deutschen, die ausgewandert sind.“ Die Zahl der Auswanderer nehme stetig zu. Daher sollte Deutschland eine aktive „Diaspora-Politik“ betreiben. Lernen könne man dabei von anderen Ländern, wie Indien oder Taiwan: Sie haben eine „erfolgreiche Tradition zu vernetzen“.

▷▷ **Eckhard W. Mehring** (*1947) studierte deutsches und niederländisches Recht (Bonn, Kiel, Mainz, Köln, München und Leiden). Er ist als Rechtsanwalt in Deutschland am Landgericht Münster und in den Niederlanden am Landgericht Amsterdam zugelassen. Mehring ist als Partner der Kanzlei Van Till Advocaten in Amsterdam überwiegend im deutsch-niederländischen Wirtschaftsrecht tätig. Er war 15 Jahre Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Internationalen Schule in Den Haag, war Mitglied des Gründungsausschusses des Weltverbandes Deutscher Auslandsschulen e.V. in Berlin und ist seit dessen Gründung 2003 dessen 2. Vorsitzender.

„Alumni sind Diamanten“, sagte schließlich Georg Schütte – und meinte: Ihr Wert ist unendlich hoch, doch manchmal müssen sie erst zum Funkeln gebracht werden.

▷▷ **Karin Heyl** (*1960) Nach dem Studium der Romanistik und Germanistik übernahm Karin Heyl bei der Dresdner Bank Aufgaben für die Kulturstiftung Dresden und die Kunstsammlung der Dresdner Bank. Von 1999 bis 2004 leitete sie den Bereich Kunst und Wissenschaft im Corporate Center Unternehmenskommunikation der Dresdner Bank und war Vorstandsmitglied der Jürgen Ponto-Stiftung sowie geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank. Vom Mai 2004 bis Mai 2006 war sie Geschäftsführerin des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der deutschen Industrie und des Arbeitskreis Kultursponsoring. Seit 1. Juni 2006 ist sie Geschäftsführerin der Crespo Foundation und Vorstandsmitglied der Crespo Chamber Music Foundation mit Sitz in Frankfurt am Main.

Ergebnisse in Kürze

- In der Netzwerkbildung ist die ressort- und spartenübergreifende Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik genauso wichtig wie die organisationsübergreifende Zusammenarbeit.
- Netzwerkarbeit muss am Bedarf ausgerichtet werden: regional (Alumni: Afrika vs. USA), wirtschaftlich (Welche Netzwerke braucht die Wirtschaft?), disziplinär (Geisteswissenschaften oder Naturwissenschaften?), politisch (z. B. Afghanistan).
- „Gute Netzwerke brauchen gutes Geld!“
- Alumni-Vereine können nur funktionieren durch Emotionen/Identität. Ziel von Netzwerken soll weniger die „dauerhafte Bindung“ von Alumni sein, als vielmehr die Bildung eines Vertrauenssystems. Früher Beginn und die Schaffung von Anreizen tragen zum Erfolg bei.
- Internationale Netzwerke bedürfen einer klaren Sprachenpolitik. Aktive, selbstbewusste und koordinierte Vielsprachigkeit ist das Ziel.
- Deutsche Auswanderer sind bisher vernachlässigt worden. Deutschland braucht eine aktive „Diaspora-Politik“.



Arbeitsgruppe IV

Starke Partner: Mehr Wirkung durch innovative Kooperations- modelle

2.4



Nicht nur Geldgeber von Ingrid Hamm

→ *Ob in Wissenschaft oder Gesellschaft: Öffentliche Einrichtungen sehen in Unternehmen und Stiftungen allzu oft nur Drittmittelgeber oder Sponsoren. Sie unterschätzen dabei die besonderen Möglichkeiten, die in der Unabhängigkeit und Kompetenz privater Partner stecken.*

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Gemäß dem Vermächtnis des Stifters Robert Bosch verfolgt sie ihre Ziele – die Förderung von Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Kultur – nicht nur in Deutschland, sondern im Sinne der Völkerverständigung auch auf internationaler Ebene. Besonders in den vergangenen fünf bis zehn Jahren hat sich die Stiftung dabei verstärkt als privater Partner an öffentlich-privaten Partnerschaften beteiligt. Dabei waren für uns Überlegungen ausschlaggebend, die schon Robert Bosch zu seinem gesellschaftlichen Engagement veranlasst haben:

Gesellschaftliche Ziele können nicht allein durch staatliche Für- und Vorsorge erreicht werden. *Alle* relevanten gesellschaftlichen Kräfte müssen ihre Verantwortung für das Gemeinwohl erkennen. Zugleich müssen die staatlichen Strukturen so ausgerichtet werden, dass sie das Eigenengagement der Bürger ermöglichen und stärken.

Viele Erfolgchancen ergeben sich erst, wenn öffentliche und private Akteure wichtige Aufgaben gemeinsam angehen. Um diese Chancen produktiv zu nutzen, sollten sich die Partner dabei über die Möglichkeiten, aber ebenso über die Beschränkungen der jeweiligen Gegenseite bewusst sein. Hoheitliche Interessen und politische Ziele von Regierungsinstitutionen sind ihrer Natur nach anders ausgerichtet als die Interessen der Wirtschaft oder auch die von privaten Trägern.

Viele öffentliche Einrichtungen in Wissenschaft und Gesellschaft betrachten Unternehmen und Stiftungen allzu oft als attraktive Drittmittelgeber oder Sponsoren und unterschätzen dabei die besonderen Möglichkeiten, die in der Unabhängigkeit, aber auch in der Kompetenz privater Partner stecken. Denn gerade private Stiftungen haben sich durch operative Arbeit in den von ihnen gewählten gesellschaftlichen Bereichen viel Wissen erworben und Netzwerke etabliert, die sie in gemeinsame Projekte einbringen können.

Private Stiftungen wollen zudem innovativ wirken. Sie wollen mit ihrer Förderung modellhafte Projekte initiieren. Dies bedeutet, dass Stiftungen immer nur für einen begrenzten Zeitraum fördern und keine Linienaufgaben der öffentlichen Hand übernehmen können und wollen. Bei der Förderung von Infrastrukturkosten ist allenfalls eine Anschubfinanzierung möglich.

Private Stiftungen sind keine reinen Geldgeber und keine Sponsoren. Die Robert Bosch Stiftung arbeitet operativ, das heißt sie entwickelt einen Großteil ihrer Programme und Projekte selbst und setzt sie auch selbst um. Dabei lässt sie sich von externen Experten beraten und arbeitet mit Partnerorganisationen zusammen, die auf dem betreffenden Feld tätig sind.

Politische Unabhängigkeit

Private Stiftungen sind flexibel. Inhaltlich sind sie an ihren Stiftungszweck gebunden, der aber zeitgemäß ausgestaltet werden kann. Sie können relativ kurzfristig auf neue Ideen und aktuelle Entwicklungen reagieren. Finanziell sind sie nicht an Haushaltsjahre und andere Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung gebunden.

Ihre politische Unabhängigkeit gibt privaten Stiftungen die Möglichkeit, in Bereichen oder geographischen Regionen aktiv zu werden, in denen eine Regierung Zurückhaltung zeigen muss. Auf der anderen Seite sind aktuelle politische Themen nicht notwendigerweise Anlass für eine Stiftung, tätig zu werden.

Private Stiftungen engagieren sich global, können ihre regionalen Schwerpunkte aber selbst wählen und wollen und müssen – anders als etwa das Auswärtige Amt und die Mittlerorganisationen – nicht in allen Regionen präsent sein. Private Stiftungen haben meist keine Auslandsvertretungen im Sinne eigener Auslandsbüros. Sie verfügen jedoch über zum Teil weit gespannte Netzwerke von Partnerorganisationen und aktuellen und ehemaligen Stipendiaten.

Zur Illustration möchte ich als eines von vielen möglichen Beispielen für öffentlich-private Partnerschaftsprogramme im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch nennen. Ähnlich wie das Deutsch-Französische oder das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat sich die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch das Ziel gesetzt, den Schüler- und Jugendaustausch mit Russland auszuweiten

und durch Beratungs- und Informationsangebote sowie finanzielle Förderung zu unterstützen. Die Robert Bosch Stiftung ist neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft Gesellschafter der neu gegründeten GmbH.

Ganz im Sinne der oben aufgeführten charakteristischen Eigenschaften privater Partner sieht die Robert Bosch Stiftung ihre Rolle darin, durch eine Anschubfinanzierung für die ersten drei bis fünf Jahre eine Institution auf den Weg zu bringen, die allein durch finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Hand nicht hätte gegründet werden können. Die Robert Bosch Stiftung beteiligt sich intensiv an der inhaltlichen Ausgestaltung der Programmlinien für den Jugendaustausch und ermöglicht durch ihren Mitteleinsatz, flexibel und kurzfristig auf Bedürfnisse der Zielgruppen einzugehen. Sie kann bewusst einen Schwerpunkt auf den deutsch-russischen Jugendaustausch setzen, ohne ihre Förderung anderer regionaler Schwerpunkte neu gewichten zu müssen.

Aus der Erfahrung mit diesem und weiteren Projekten, in denen die Robert Bosch Stiftung öffentlich-private Partnerschaften eingegangen ist, möchte ich aus Sicht der privaten Seite folgende Thesen formulieren, welche Voraussetzungen zum Gelingen einer öffentlich-privaten Partnerschaft erfüllt werden müssen:

1. Die öffentlichen und privaten Partner müssen ein gemeinsames Interesse an dem Projekt haben.

Dies klingt zunächst banal, in der Tat zeigt die Erfahrung jedoch, dass die Interessen nicht immer deckungsgleich sind. So können etwa für die öffentliche Seite bei der Auswahl von regionalen Schwerpunkten politische Interessen Priorität haben, während für die private Seite ihre Förderziele (etwa die Qualifizierung von Nachwuchskräften) besser in anderen Weltregionen erreicht werden.

2. Öffentliche und private Partner müssen auf Augenhöhe verhandeln, eine sinnvolle Aufgabenteilung vornehmen und Regeln zur Abstimmung von Entscheidungsprozessen definieren.

Bei allen Ähnlichkeiten in den Zielen unterscheiden sich öffentliche und private Seiten häufig deutlich in ihren internen Abläufen. Hier gilt es, Transparenz zu schaffen und Rücksichten auf unterschiedliche Gepflogenheiten zu nehmen, in zentralen Punkten aber auch kompromissbereit zu sein.

3. Öffentliche und private Partner müssen von Anfang an im Blick haben, wie die Nachhaltigkeit des gemeinsamen Projekts gesichert werden kann.

Eine private Anschubfinanzierung kann relativ kurzfristig ein Projekt in Gang setzen, was für die öffentliche Seite aufgrund des Haushaltsverfahrens schwierig ist. Die öffentliche Seite dagegen kann eine Förderung langfristig anlegen und so zur Verstetigung einer Initiative beitragen.

Die Bilanz der Robert Bosch Stiftung zum Thema öffentlich-private Partnerschaften ist positiv. Die Gemeinsamkeiten zwischen den Zielen der öffentlichen und privaten Seite sind zahlreich und bei Berücksichtigung der teilweise verschiedenen Arbeitsweisen können erfolgreiche Modellprojekte für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auf den Weg gebracht werden, wie das oben genannte und viele weitere Beispiele aus der Praxis zeigen.

Plädoyer für eine Plattform von Michael Schönhuth

→ *In Deutschland fallen kulturorientierte Entwicklungspolitik und Auswärtige Kulturpolitik in zwei unterschiedliche ministerielle Ressorts – mit entsprechend unterschiedlichen Diskursen und Zuständigkeiten. Doch mit dem international diskutierten Querschnittsthema „Kultur und Entwicklung“ beginnen sich beide Bereiche inhaltlich zu überlappen.*

International investieren die klassischen Kulturabteilungen zunehmend in den Entwicklungssektor. Auf der anderen Seite erkennt die Entwicklungspolitik inzwischen die bedeutende Rolle von Kultur und den Mehrwert von Kunstproduktion und lokalkulturellen Ausdrucksformen bei ihren Zielgruppen, sei dies mit ökonomischen Argumenten oder mit dem politischen Anspruch des kulturellen Pluralismus.

Verwendet man einen weiten Kulturbegriff, so sind mit dem Konzept Kultur und Entwicklung die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft verbunden, die Berücksichtigung von kultureller Identität und Vielfalt zur Voraussetzung für interkulturellen Dialog und nachhaltige Entwicklung zu machen. Dahinter steht letztlich die Einsicht, dass Kultur Rahmenbedingung für jede Form der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus unterschiedlichen soziokulturellen Kontexten darstellt. Kommt man wie in der Kulturpolitik eher vom klassischen Kulturbegriff her, so verbinden sich mit dem Konzept Kultur und Entwicklung künstlerische Aktivitäten im Dienste der Entwicklung lokaler Gemeinschaften und des Kulturaustauschs. Dabei geht es heute vor allem um die Möglichkeit kultureller Selbstbestimmung im kreativen Sektor. Beiden Konzepten gemein ist, dass sie kulturelle Entfaltung als ein Menschenrecht und als eine Voraussetzung für menschliche Entwicklung begreifen.

Mit dem Übereinkommen über Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen der UNESCO von 2005 (der „Magna Charta der Internationalen Kulturpolitik“) ist eine neue Basis geschaffen, Kultur als strategisches Element in die Entwicklungs- und Kulturpolitik einzusetzen. In unseren Nachbarstaaten werden seit ein paar Jahren enorme Anstrengungen unternommen, diese Ressource zu nutzen. Durch die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Auswärtigen Amt gibt es bisher in Deutschland

nur zaghafte Ansätze einer Verbindung der Bereiche Kultur und Entwicklung.

Mit der Weltkonferenz über Kulturpolitik 1998 in Stockholm und spätestens seit der „Allgemeinen Erklärung zur Kulturellen Vielfalt“ der UNESCO von 2001 sind der Erhalt kulturellen Erbes, die Förderung kultureller Identität und der Schutz der kulturellen Vielfalt wichtige Schlüsselthemen nachhaltiger Kultur- und Entwicklungspolitik. Die schwedische Entwicklungsagentur SIDA hat zum Beispiel seit 1998 einen Förderschwerpunkt „Kultur und Medien“. Die finnische FINNIDA hat seit 2001 eine „Road Map“ für Kultur und Entwicklung. Das British Council entwickelte 1999 eine Strategie zu Kunst, Kultur und Entwicklung. Große englische NGOs haben inzwischen Schwerpunktstrategien in diesem Bereich. Die Schweizer Entwicklungsdirektion DEZA reserviert seit 2003 ein Prozent ihres Entwicklungsbudgets für Kultur. Die österreichische OEZA führt im Zuge einer Neuordnung ihrer Entwicklungspolitik derzeit eine große Querschnittsevaluierung zum Thema Kultur und Entwicklung durch. Die Niederlande unterstützen zurzeit zahlreiche NGO-Initiativen im Bereich kultureller Zusammenarbeit und Entwicklung. Auf EU-Ebene wird der Beschluss des Kulturministerrats, auch als Gemeinschaft der UN-Konvention zum Recht auf kulturelle Selbstbestimmung beizutreten, im nächsten Jahr voraussichtlich eine erhebliche Dynamik entfalten. Diese ausgewählten Beispiele zeigen, was sich international auf dem Feld Kultur und Entwicklung tut.

▷▷ *„Auswärtige Kulturpolitik muss über den kulturellen Elitediskurs hinaus anschlussfähig werden für breitenwirksame und armutsorientierte Ansätze in den Zielländern.“*

Auswärtige Kulturpolitik ist ein integraler Bestandteil unserer Außenpolitik. Die Dialogstrukturen, die Anforderungen, die Akteurskonstellation, aber auch die Ziele internationaler Politik haben sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Es ist die Rede vom „Dialog der Kulturen und Religionen“; dem „Dialog auf Augenhöhe“; von der Bedeutung der neuen Medien im globalen Raum, der Kulturpolitik als Mittel der Konfliktdeskalation, von neuen strategischen Partnern im Osten, von selbstbewusster auftretenden zivilgesellschaftlichen Akteuren, und das alles vor dem Hintergrund der „Millennium Development Goals“ der Vereinten Nationen.

Durch die Verteilung der Zuständigkeiten in unterschiedlichen Ressorts (zumindest Außen-, Entwicklungs- und Bildungspolitik) geschieht zwar viel,

aber es wird viel zu wenig koordiniert. Weder die Bundesregierung noch die zuständigen Ministerien haben bisher konzeptionell angemessen auf die neue Situation reagiert. Die – verstreut durchaus vorhandenen – Ansätze müssen viel besser abgestimmt und von einer gemeinsamen Politik getragen werden, um nachhaltig zu sein. Gerade im Hinblick auf die absehbaren Wirkungen der UN-Konvention gilt es jetzt zu handeln.

Mehr Abstimmung mit Entwicklungspolitik

Die Auswärtige Kulturpolitik muss sich stärker als bisher mit der Entwicklungspolitik in gemeinsamen Feldern abstimmen. Dabei denke ich zum Beispiel an den interkulturellen Dialog, an interkulturelle Kompetenz, Good Governance/Menschenrechte/Demokratieerziehung, an Konfliktprävention, die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure, weiter an kommunale Entwicklung, an materielles und vor allem immaterielles Kulturerbe, kulturelle Identität und Kreativität, lokales Wissen. Damit das Mitdenken von Kultur als Sozialkapital, als Wirtschaftsfaktor, Kultur als Voraussetzung, als Mittel und als Ziel von Entwicklung, zu verstehen. Hierzu müssen jedoch zunächst eine gemeinsame Sprache („worüber reden wir eigentlich“) und gemeinsame Konzepte („was können wir zusammen tun“) gefunden werden.

Auswärtige Kulturpolitik muss sich zunehmend zugleich als Kultur- und als Entwicklungspolitik begreifen. Sie muss über den kulturellen Elitediskurs hinaus anschlussfähig werden für breitenwirksame und armutsorientierte Ansätze in den Zielländern (Multiplikatoren und Gatekeeper aus allen Bevölkerungsgruppen). Dies stellt eine notwendige Verbindung zu einem zentralen Pfeiler der nationalen wie internationalen Entwicklungspolitik her.

Kultur beziehungsweise das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung sollte als neuntes UN-Millennium-Entwicklungsziel programmatisch etabliert werden. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 böte dazu Gelegenheit. Die kulturelle Dimension von nachhaltiger Entwicklung bei der Armutsminderung muss entsprechend der UNESCO-Konvention von 2005 offizieller Teil deutscher Politik werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundeseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Graswurzelgruppen und den Diasporen sollte im Bereich Kultur und Entwicklung institutionell wie finanziell ausgebaut werden. Die nationalen Diasporen sollten vor der Erstellung entwicklungs- und

kulturpolitischer Förderprogramme und Vergaberichtlinien systematisch einbezogen werden.

Länder, in denen Außen- und Entwicklungspolitik innerhalb eines Ministeriums koordiniert werden, sind auf diesem Weg schon ein Stück weiter. Deshalb wäre in Deutschland eine Plattform wünschenswert, auf der das Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit und das Auswärtige Amt zusammen wirken, um in diesem innovativen Feld als starke Partner zu kooperieren. Entwicklungs- und Kulturpolitik aus einem Guss an den erwähnten Schnittstellen wäre das Ziel, ohne erreichte Exzellenz im eigenen Haus abzuwickeln.



Die Kultur- und Entwicklungs-AG von Dieter Wiesmann

→ *Wie kann sich ein weltweit operierendes deutsches Unternehmen für Kultur und Entwicklung engagieren? Das Beispiel Thyssen Krupp.*

Die ThyssenKrupp AG ist einer der größten Technologiekonzerne weltweit. Mehr als 184.000 Mitarbeiter arbeiten rund um den Globus für die Schwerpunktbereiche Stahl, Industriegüter und Dienstleistungen. Etwa zwei Drittel seines Umsatzes erwirtschaftet der Konzern mit Kunden im Ausland.

Rund um den Globus engagiert sich das Unternehmen für viele Projekte und bringt sich in den unterschiedlichsten Themenfeldern ein. In der jüngeren Vergangenheit lag ein Schwerpunkt darauf, Menschen, die von Naturkatastrophen betroffen waren, zu helfen. Wiederkehrende strukturelle Unterstützung leisten wir in Regionen, in denen der Konzern unternehmerisch tätig ist.

Enge Kontakte haben sich mit unseren Partneruniversitäten entwickelt, zu denen mit der renommierten Tongji-Universität in Schanghai auch eine chinesische Hochschule gehört.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung sowie Erfahrungsaustausch und Unterstützung von Forschungsprojekten sind wichtige Bausteine dieser Brücke zwischen Wissenschaft und unternehmerischer Praxis. Im Rahmen von Partnerschaftsverträgen mit verschiedenen Hochschulen unterstützen wir etwa Studienförderprogramme und stellen Praktikanten- sowie Diplom-arbeitsplätze bereit. Organisationen wie der Stifterverband oder der DAAD nehmen bei den Projekten mit Universitäten eine wichtige Rolle ein.

▷▷ *„Das klassische Kultursponsoring kann nicht die staatliche Finanzierung deutscher Kultur im Ausland ganz oder partiell ersetzen.“*

Die beschleunigte technische Entwicklung in einer zunehmend vernetzten Welt erfordert die aktive Teilnahme an Initiativen, die als Katalysatoren zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wirken. Daher ist Thyssen Krupp Mitglied in einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden,

die den Meinungs austausch über wirtschaftliche und technische Themen vorantreiben und über die fachlichen Aspekte hinaus auch gesellschaftlich relevante Themen behandeln.

Asien-Pazifik-Ausschuss, Ibero-Amerika-Verein, Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, Südliches Afrika-Initiative der Deutschen Wirtschaft – um nur einige zu nennen – haben neben der Interessenvertretung ihrer Mitglieder auch eine wichtige Funktion im Aufbau wechselseitigen Verständnisses zwischen den jeweiligen Regionen.

Eines ist aus Unternehmenssicht klar: Das klassische Kultursponsoring kann nur einen kleinen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, um deutsche Kultur im Ausland zu fördern. Auf keinen Fall kann es die staatliche Finanzierung von Fördermaßnahmen ganz oder partiell ablösen.

Das Deutschlandjahr in Japan hat gezeigt, dass die deutsche Wirtschaft in weitem Umfang bereit ist, länderbezogene Initiativen mitzutragen und – zugestalten. ThyssenKrupp hat sich in diesem Rahmen mit den „ThyssenKrupp TechnologyDays“ an der Waseda Universität in Tokio engagiert. Während der zweitägigen Veranstaltung wurden die Themen Umwelt, Mobilität und Werkstoffe behandelt.

Die Beispiele zeigen, dass sich Unternehmen wie ThyssenKrupp finanziell und auch mit Engagement der Mitarbeiter an Initiativen des Auswärtigen Amtes beteiligen. Sie tun dies besonders effizient, wenn sie frühzeitig in Planungen und Konzeptionen mit einbezogen werden.



Neue Akteure, Allianzen und Aufgaben von Dirk Messner

→ *Nicht nur ein weltoffenes und exportstarkes Land wie Deutschland braucht die Auswärtige Kulturpolitik. Die Gestaltung von Globalisierung und die Einhegung von deren Schattenseiten sind auf Kulturpolitik und grenzüberschreitende Netzwerke von Menschen und Organisationen angewiesen.*

In einer global vernetzten Welt, in der Innen- und Außenpolitiken immer stärker aufeinander bezogen sind, braucht Deutschland verlässliche und kritische Partner. Dies gilt für die Außenpolitik, die Umweltpolitik, die Entwicklungspolitik und andere Politikfelder ebenso, wie für die Wirtschaft, die Wissenschaft, Kultur und Kunst sowie Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Auswärtige Kulturpolitik ist aus dieser Perspektive ein Instrument, um von Deutschland aus weltweite Brücken zu Organisationen und Menschen zu bauen, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Weil die Zahl der Akteure in der deutschen Gesellschaft, die internationale Kontakte unterhalten, stetig steigt, differenziert sich auch die Auswärtige Kulturpolitik immer weiter aus. Neben den klassischen „Mittlern“, wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen, leisten auch private Stiftungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Kulturschaffende und die Wissenschaft Beiträge zur Netzwerkbildung zwischen deutschen und ausländischen Organisationen.

Der Ansatz, „deutsche Kultur“ im Ausland zu verbreiten, weicht in diesem Prozess immer mehr reziproken Austausch- und Lernprozessen zwischen Menschen und Organisationen. Deutsche Kulturpolitik vermittelt nicht nur „Deutschlandbilder“, sondern schafft auch Räume für grenzüberschreitende Begegnungen, auf die Wirtschaft, Politik und Wissenschaft immer stärker angewiesen sind.

Unser Wissen über Entwicklungstrends in aufsteigenden Mächten wie China, Indien, Brasilien und Südafrika sowie personelle Netzwerke mit diesen Ländern, die über die engen Zirkel der politischen und wirtschaftlichen Eliten hinausreichen, gewinnen für die Zukunft Deutschlands an Bedeutung. Ohne ein solides Verständnis über Veränderungsprozesse in Afrika und vielfältige Begegnungen zwischen deutschen und afrikanischen

Organisationen kann eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit dem Nachbar-kontinent nicht entstehen.

Diese ist jedoch Voraussetzung dafür, um gemeinsame Probleme (wie Migration) und Interessenausgleich (wie in der Handels- und zukünftig der Klimapolitik) betreiben zu können. Die Auswärtige Kulturpolitik ist daher nicht nur für die Außenpolitik wichtig, sondern auch für die Entwicklungsprozesse in Deutschland selbst. Die Grenzen zwischen Innen und Außen erodieren. In diesem Prozess verändert sich auch der Charakter der Auswärtigen Kulturpolitik.

Nicht nur ein weltoffenes und exportstarkes Land wie Deutschland braucht die Auswärtige Kulturpolitik. Global Governance – Prozesse, als Versuche der Gestaltung von Globalisierung und der Einhegung der Schattenseiten derselben – sind auf Kulturpolitik und grenzüberschreitende Netzwerke von Menschen und Organisationen angewiesen. Die Gestaltung der Globalisierung wird nur gelingen, wenn der auf Staatenkooperation basierende Multilateralismus sukzessive durch einen „Multilateralismus von unten“, durch private Akteure, NGOs, Kulturschaffende, ergänzt wird. Nur so kann Legitimation für immer komplexere politische Prozesse entstehen. Schon in Europa wird deutlich, dass die EU auf die Unterstützung ihrer Bürger angewiesen ist. Also auf grenzüberschreitende Bündnisse und Netzwerke einer entstehenden europäischen Zivilgesellschaft – ein Europa der politischen und wirtschaftlichen Eliten wird auf Dauer zum Scheitern verurteilt.

Diese Zusammenhänge gelten erst Recht für die Bemühungen, Global Governance zu stärken. Globale Politikgestaltung ist auf Bürger angewiesen, die neben ihrer lokalen, nationalen und regionalen Identität auch dazu in der Lage sind, in den Kantschen Kategorien des „Weltbürgers“ zu denken. Auswärtige Kulturpolitik kann und muss Beiträge in diese Richtung leisten.

Internationale Politik ist nicht nur zunehmend auf grenzüberschreitende Netzwerke von Bürgern angewiesen, sondern auch auf grundlegende Normen und Wertesysteme, auf deren Basis schwierige internationale Probleme gelöst werden müssen: die Auseinandersetzungen um die Menschenrechte zwischen unterschiedlichen Kulturräumen und um Maßstäbe für faire Verantwortungs- und Kostenteilung, wenn es um die Bewältigung des globalen Klimawandels geht, gehören genauso in diesen Zusammenhang, wie das Ringen um ein gemeinsames Verständnis von „Souveränität“ und deren Grenzen (etwa wenn es um den Schutz von grundlegenden Menschenrechten und die Abwendung von Völkermord geht).

▷▷ *„Nur grenzüberschreitende Beziehungen zwischen Menschen schaffen Vertrauen, wechselseitiges Verstehen und Empathie, also die moralischen Ressourcen, ohne die Organisationen zu leeren Hüllen degradieren.“*

Völkerrecht und Internationale Organisationen sind wichtige Bausteine der internationalen Ordnung. Doch nur grenzüberschreitende Beziehungen zwischen Menschen schaffen Vertrauen, wechselseitiges Verstehen und Empathie, also die moralischen Ressourcen, ohne die Organisationen zu leeren Hüllen degradieren. Auch hier kann und muss die Auswärtige Kulturpolitik ihre Instrumente einbringen, um jenseits zwischenstaatlicher Verhandlungsprozesse an den normativen Fundamenten einer friedlichen Weltordnung mitzuwirken.

Vieles spricht also dafür, dass die Auswärtige Kulturpolitik zukünftig an Bedeutung gewinnen sollte. Dabei ist augenscheinlich, dass es in Deutschland nicht an Akteuren mangelt, die sich am Bau von Brücken in alle Welt beteiligen, die in beide Richtungen begehbar sind. Doch es mangelt an Plattformen, um das vielfältige Engagement zu bündeln, gemeinsame Lernerfahrungen zu teilen und neue Allianzen zu schmieden. Die Konferenz des Auswärtigen Amtes „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ war ein gelungener Auftakt, um diese Plattform zu entwickeln. Weitere Schritte sollten folgen.



Zusammenfassung der Diskussion

Die öffentliche Hand ist nicht der einzige Motor der Kulturarbeit im Ausland. Eine Vielzahl privater Akteure engagiert sich, teilweise abseits von den klassischen Mittlerorganisationen, teilweise in enger Kooperation. Dieser „bunte Strauß“ von Initiativen ist anerkannterweise ein belebendes und einzigartiges Element der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Doch diese Vielfalt führt zugleich dazu, dass nicht nur ausländische Partner kaum durchschauen können, wer sich wo warum betätigt.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit zwei Hauptfragen: Wie lässt sich die Zusammenarbeit der Akteure fortentwickeln? Und: Welche Schnittmengen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bestehen mit anderen Feldern, insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit?

Die Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, **Ingrid Hamm**, unterstrich die Vorteile der privaten Akteure: Sie zeichneten sich durch Flexibilität, Initiativkraft und Innovationsfreude aus. Sie müssten nicht immer mit dem politischen *mainstream* schwimmen. Als unabhängige Akteure könnten sie in Bereiche vorstoßen, die für die öffentliche Hand nicht zugänglich seien. Private könnten damit flexibler und transnationaler agieren.

▷▷ **Dr. Ingrid Hamm** (*1955) ist Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung und dort inhaltlich insbesondere verantwortlich für die Themenlinien Bildung, Wissenschaft, Gesellschaft sowie Völkerverständigung mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa. Außerdem untersteht ihr die Kommunikationsabteilung der Robert Bosch Stiftung. Vor ihrem Eintritt in die Robert Bosch Stiftung 2003 war sie Mitglied der Geschäftsführung der Bertelsmann Stiftung. Sie leitete dort über viele Jahre den Bereich Medien, führte das New Yorker Büro und verantwortete die Auslandsprojekte der Bertelsmann Stiftung.

Die Stärken staatlicher Akteure lägen in ihrer Berechenbarkeit, in ihren weltweiten Netzwerken und Strukturen sowie in ihrer Fähigkeit, stetige Unterstützung leisten zu können. Ausschlaggebend für das Gelingen von Kooperation, so Ingrid Hamm, seien beiderseitiges Interesse, eine gemeinsame Zielsetzung und eine klare Aufgabenteilung. Die gegenseitigen Erwartungen müssten bekannt sein.

Die Diskussion kam zu dem Ergebnis, dass die jeweiligen Stärken privater und staatlicher Akteure in der Zusammenarbeit zu Synergien führen

sollten. Hierzu sei eine bessere Transparenz und Koordinierung, sowie eine Vernetzung der Aktivitäten nötig. Vor allem im Ausland sollten staatliche Akteure private Initiativen stärker einbeziehen. Zwischen ihnen müsse geklärt werden, welche Leistungen jeweils erbracht werden könnten. Dies könne auch dem Wunsch der privaten Akteure entgegenkommen, als gleichberechtigte Partner wahrgenommen zu werden. Es sei die Aufgabe der öffentlichen Hand, Rahmenbedingungen für das Engagement privater Akteure zu schaffen. Keinesfalls dürfe dieses jedoch dazu dienen, öffentliche Aufgaben zu übernehmen oder Haushaltslöcher zu füllen.

Kritik gab es in der Arbeitsgruppe daran, dass unterschiedliche Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erschwerten. Mitunter seien juristische und steuerrechtliche Auswirkungen unklar. Privaten Partnern fehlten oft Kenntnisse über Bundeshaushaltsordnung und Zuwendungsrecht. Öffentliche Partner seien zuweilen mit ausgeprägten Eigeninteressen von privaten Partnern konfrontiert.

Oft fehle es privaten Initiativen aus Geldmangel an Nachhaltigkeit. Sie beschränkten sich zu häufig auf eine Initiatorrolle, in der Hoffnung, dass der Staat mit der Finanzierung fortfahre. Da Stiftungsgelder oft zu einem hohen Anteil aus „vermiedenen Steuern“ kämen, stelle sich die Frage, ob Stiftungen nicht auch eine ähnliche Verantwortung wie öffentliche Akteure übernehmen sollten.

Die öffentliche Hand wiederum sehe sich häufig nicht in der Pflicht, von Privaten initiierte Modelle weiter zu tragen. Mitunter kürze sie sogar Zuwendungen für Bereiche, in denen auch Private tätig werden. Es sei eine Hausaufgabe der Politik, dies zu verhindern, meint **Hans-Joachim Otto**, Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages.

▷▷ **Hans-Joachim Otto, MdB** (*1952) ist seit 1998 Mitglied des Bundestages (vorher bereits 1990-1994) und seit 2005 Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien. Von 1998-2005 medien- und kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Darüber hinaus ist er Vorsitzender der FDP-Bundesmedienkommission, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbands Rhein-Main und Mitglied im FDP-Bundesvorstand sowie Mitglied in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.

„Die Zusammenarbeit zwischen Bundeseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Graswurzelgruppen und den Diasporen sollte im Bereich Kultur und Entwicklung institutionell wie finanziell ausgebaut werden“, forderte **Michael Schönhuth** von der Universität Trier. Bemängelt wurden

in der Diskussion Abstimmungsprobleme zwischen den in der Kultur-, Entwicklungs- und Friedenspolitik involvierten Ministerien. Gerade sie müssten die ressortübergreifende Zusammenarbeit angesichts der besonderen Schnittstellen, die sich hier ergäben, optimieren. Einen Schritt in diese Richtung leistet auch die Strategieguppe „Kultur und Entwicklung“, die das Institut für Auslandsbeziehungen auf Wunsch der Vereinigung für Internationale Zusammenarbeit initiiert hat, und in der die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik und die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit Vorschläge für geeignete Kooperationsmöglichkeiten, Informationsaustausch und verbesserte Abstimmung erarbeiten.

▷▷ **PD Dr. Michael Schönhuth** (*1958) ist Privatdozent für Kulturanthropologie an der Universität Trier sowie Mitherausgeber der Reihen „Entwicklungsethnologie“ und „Fokus Kultur: Trierer Beiträge zur Ethnologie“. Seit den 1990er Jahren berät er staatliche und nichtstaatliche Organisationen in den Bereichen partizipative Verfahren, Kultur und Entwicklung, Interkulturelle Kompetenz und Diversity; zuletzt unter anderem die Bertelsmann Stiftung, die GTZ, das Goethe-Institut und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sein umfassendes Glossar zu Kultur und Entwicklung ist in der Zwischenzeit auch in einer Netzversion verfügbar: www.kulturglossar.de.

Eine bessere Vernetzung könnte auch durch den Austausch von Personal zwischen Ministerien, aber auch zwischen öffentlichen und privaten Partnern, erreicht werden – und durch Finanztöpfe, die nur gemeinsam aus-

gegeben werden können. Auslandsvertretungen und -institutionen könnten als Einstiegsportal für privates Engagement dienen.

Vorgeschlagen wurde ein regelmäßig tagendes Gremium zu schaffen, das Kooperationsziele definiert, Netzwerke fördert und Projekte initiiert. Eine Kulturpolitik aus „einem Guss“ oder ein „Masterplan“ öffentlicher oder privater Akteure, das machte die Diskussion deutlich, sei aber nicht das Ziel.

▷▷ **Dr. Dieter Wiesmann** (*1958) Studium der Betriebswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität und der Philosophie an der Hochschule für Philosophie in München mit Abschluss zum Diplom-Kaufmann, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotion. Seither ist Herr Dr. Wiesmann in verschiedenen Unternehmen und Positionen des heutigen ThyssenKrupp-Konzerns beschäftigt, insbesondere in den Bereichen Auslandsorganisation, Strategie und Vertrieb. Darüber hinaus Lehrtätigkeiten an der Universität St. Gallen sowie derzeit als Dozent an der Zollverein School of Management and Design mit den inhaltlichen Schwerpunkten Internationales Management und Organisation.

▷▷ **Prof. Dr. Dirk Messner** (*1962) ist seit 2004 Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Außerdem ist er u.a. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“, des Wissenschaftlichen Beirats „Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts und Vorstandsmitglied der Sektion „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Ergebnisse in Kürze

- Unterschiedliche Ausgangssituationen für Engagement öffentlicher und privater Akteure in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik: Staatliche Akteure sind vor allem an Nachhaltigkeit, Berechenbarkeit und Verstetigung interessiert; private Akteure sind unabhängig, flexibel, innovativ.
- Beide Seiten sind in ihrem Engagement aufeinander angewiesen. Gemeinsame Zielsetzung und klare Aufgabenteilung sind Voraussetzungen für Erfolg.
- Private Akteure möchten als gleichberechtigte Partner, nicht nur Geldgeber, wahrgenommen werden.
- Privates Engagement kann nicht dazu dienen, öffentliche Aufgaben zu übernehmen und Haushaltslöcher zu füllen. Die öffentliche Hand muss Rahmenbedingungen (Plattform) für das Engagement privater Akteure schaffen.
- Synergie bei besserer Vernetzung: Personalaustausch, gemeinsame Finanztöpfe, regelmäßig tagende Gremien, die gemeinsame Ziele definieren.



Arbeitsgruppe V

Globale Reichweite: Präsenz in „alten und neuen“ Weltregionen

2.5



Günstige Winde von Tilman Spengler

- *Wohin soll die Auswärtige Kulturpolitik der Zukunft gehen? Nach Osten oder Westen? Pflegen wir die Nächsten- oder Fernstenliebe? Sieben kurze Bemerkungen zur geographischen Schwerpunktsetzung der Auswärtigen Kulturpolitik.*

Erste kurze Bemerkung

Unter den Maßgaben einer so lästigen wie beständigen kameralistischen Einschüchterung („die Kassen sind leer“) taucht in der Auswärtigen Kulturpolitik beharrlich die Frage auf: Sofia *oder* Schanghai, Kopenhagen *oder* Kuala Lumpur, Palermo *oder* Petersburg? Freundlich zusammengefasst: Nächstenliebe *oder* Fernstenliebe? Wobei das Wort „Nähe“ nicht notwendig geographisch bestimmt sein muss.

Eine aufgeklärte Kulturpolitik hält sich diese Frage vom Leibe. Ein Kulturinstitut, das in Europa hervorragend arbeitet, wird nicht dadurch obsolet, dass an der chinesischen Ostküste neue Märkte entstanden sind. Es muss sich von selbst verstehen, dass es hier um andere Aufgaben und somit auch um andere Programmstellungen geht. Auch das spricht zwingend für eine Aufstockung der Mittel. (Es spricht genauso für eine Änderung unserer Asylpolitik, doch das sei hier nur angemerkt.) So fraglich es sein mag, ob Deutschland bereits am Hindukusch militärisch verteidigt werden kann, so unbestritten muss sein, dass dort deutsche Kulturpolitik vertreten wird. Als Werbung in eigener Sache und für eine Sache, die weit über die eigene hinausweist.

Zweite kurze Bemerkung

Es ist eine unverdient glückliche Eigenschaft der Auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland, dass sie in den meisten Ländern Afrikas *oder* Asiens weitgehend von imperialen Vorgaben befreit ist. Hier geht es um einen Vorteil, der sowohl daher rührt, dass kaum kulturelle Vorurteile kolonialer Natur bestehen, wie darin, dass Deutschland als ein überraschender „Neustarter“ nach zwei verlorenen Kriegen schnell dorthin vorgestoßen ist, wo die so genannte „Weltspitze“ vermutet wird. Eine Weltspitze, die

wahlweise kulturell, ökonomisch oder wissenschaftlich-technisch definiert wird. Bisweilen auch durch Heldentaten des Sports. Das sei uns willkommen, schon weil nicht von Hitler die Rede ist.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle die Anekdote nicht ersparen, dass der Grundlagenvertrag zwischen der deutschen Max Planck-Gesellschaft und der Chinesischen Akademie der Wissenschaft, geschlossen in einer Zeit, in der in China noch die Kulturrevolution ausgefochten wurde, auch deshalb zustande kam, weil verantwortungsvolle chinesische Akademiker den Namen Max für den Namen Marx ausgaben. Man kann somit auch auf die List der Vernunft setzen. Nur sollten es nicht alle Karten sein.

Dritte kurze Bemerkung

Die Attraktivität der deutschen Kulturpolitik im Ausland, das gilt insbesondere für die Länder Asiens, liegt just darin, dass sie sich sowohl auf bestimmte Markennamen berufen kann, Goethe, Beckenbauer, Bosch oder Immendorff, wie darin, durch den öffentlichen, den demokratisch-republikanischen Charakter der Veranstaltung nicht in einem engen (wirtschaftlichen oder politischen) Produktauftrag gebunden sein zu müssen. Auf dieser Autonomie müssen wir beharren. Das bedeutet selbstredend nicht den Verzicht auf eine Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft, ganz im Gegenteil, es bedeutet nur, dass zwischen der Werbung für ein Produkt und der Werbung für deutsche Kultur streng geschieden wird, und es bedeutet insbesondere, dass das kulturelle Angebot nicht nach den Einschaltquoten deutscher Fernsehsender bestückt wird.

Die Tendenz zur Verflachung der kulturellen Angebote in den Medien ist bekanntlich weltweit ungebrochen, das heißt in den USA genauso mächtig wie in Italien, in Indien oder in der Volksrepublik China. Zu demonstrieren, wie Kultur zwar von Politik und Wirtschaft gefördert, doch nicht bestimmt wird, gehörte zu einer der wichtigsten Vor- und Verführungen Auswärtiger Kulturarbeit. Es sollte der unangestrengte Nachweis geführt werden, dass Deutschland auf seine Kultur auch deswegen stolz sein darf, weil in ihr die Verfolgung unparteiischer Neugier ermutigt wird.

Vierte kurze Bemerkung

Auswärtige Kulturpolitik hat eine in zwei Richtungen weisende Aufgabe der intellektuellen Integration. Es geht darum, den Fremden vom Besonderen und Bedeutenden der eigenen Sache zu überzeugen, es geht aber zunehmend auch darum, die von uns in die Fremde Geschickten um Bilder zu bitten, die uns das „andere“ Bedeutende und Besondere dieser Fremde erklären. Meinem hier recht abstrakt vorgetragenen Plädoyer liegt eine persönliche Erfahrung zu Grunde: Mein Ideal für eine Stätte der kulturellen Bereicherung war stets das Wissenschaftskolleg zu Berlin. Der Reiz dieser Institution liegt darin, Fremde zusammenzuführen, indem ihnen ein gemeinsames Programm von Fragen angeboten wurde. Es ist dies ein Prozess der zu Recht verstandenen „Entfremdung“, der für Auswärtige Kulturarbeit normativ sein sollte. Kulturarbeit heißt Aufklärung im klassischen Sinne, auch deswegen sollte der Etat der Goethe-Institute stets um mindestens das Doppelte höher liegen als der Zuschuss für den Bundesnachrichtendienst.



Fünfte kurze Bemerkung

Es können, diesen Hinweis verdanken wir Konfuzius, nicht alle Schlachten an einem Tag geschlagen, es können aber viele notwendige Auseinandersetzungen fahrlässig verschlafen werden. Wenn wir uns, um nur ein Beispiel zu nehmen, die Entwicklung der VR China, gemessen an der dortigen Präsenz von Goethe- oder Goethe-ähnlichen-Instituten betrachten, dann wird sehr schnell klar, was mich bewegt: Zur Zeit ist dort jeder deutsche Mitarbeiter einer solchen Veranstaltung (ich rechne jetzt einmal die Städte Schanghai und Chengdu hinzu) für etwa 100 Millionen Chinesen zuständig, ein solches Zahlenverhältnis hat es nicht mehr gegeben, seitdem im späten 16. Jahrhundert die ersten vier Jesuitenmissionare im Lande auftauchten – von deren seelsorgerischem Erfolg wir hier nicht reden wollen.

Sechste kurze Bemerkung

Auswärtige Kulturarbeit bedarf, nautisch gesprochen, günstiger Winde, sie ist daher auch darauf angewiesen, die Braut, der diesem Wind entsprechende synergetischer Effekte zu sein. Diplomatische Jahrestage, Olympische Spiele, Weltausstellungen lenken immer wieder eine unbezahlte und unbezahlbare Aufmerksamkeit auf Nebenthemen wie Kultur. Unter engeren Freunden wirken diese Mitnahmeeffekte vielleicht erzwungen, doch ich mag mir den Hinweis nicht ersparen, dass es in den nächsten Jahren in Asien sowohl Weltausstellungen, Olympische Spiele als auch Jahrestage bilateraler Beziehungen mit deutschen Partnern geben wird. Man könnte daher mit allem Fug und Recht von einem gewissen Zeitdruck reden.

Siebte kurze Bemerkung

Eine alte chinesische Weisheit, ich glaube, sie geht auf den Philosophen Zhuang zi zurück, sagt: „Zwei Goethe-Institute sind besser als ein Goethe-Institut. Acht Humboldt Stipendiaten sind besser als sieben Humboldt Stipendiaten.“ Natürlich hat der Philosoph nur quantitativ, nicht qualitativ gedacht. Er hatte dennoch Recht. Denn wer ein kulturelles Gut hat, sollte damit wuchern. Nur so kann es Zinsen tragen.

Kontinuität statt Krisenhektik von Christian Bode

→ *In unruhigen Weltregionen kann man mit dem Kultur- und Bildungsdialog nicht erst beginnen, wenn schon alles in Scherben liegt. Und man kann ihn nicht beenden, wenn die Krisendiplomatie zum nächsten Schauplatz weiterzieht. Kontinuität ist ein zentrales Erfolgskriterium einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.*

Es liegt auf der Hand, dass für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik seit 1990 neue Zielregionen, neue Aufgabenstellungen und – unter den Schlagworten Globalisierung, Informations- und Wissensgesellschaft – ein neuer kultureller und politischer Bezugsrahmen entstanden ist. Ich nenne als Beispiele die Öffnung und politische Transformation Mittel- und Osteuropas, das Entstehen der extrem dynamischen Wirtschaftsregion Asien und die Krisensituation im Nahen und Mittleren Osten. Neue Aufgaben erfordern, so möchte man meinen, zusätzliche Investitionen. Dass die Diskussion um neue Schwerpunkte, bei der wir uns sicher rasch einigen könnten, zur Frage des Umschichtens von Mitteln auf Kosten traditioneller Schwerpunkte geworden ist, liegt daran, dass die für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verfügbaren Mittel seit 1990 nominell stagnieren und in realen Preisen stark rückläufig sind. Die Frage muss erlaubt sein, wie lange wir uns angesichts neuer internationaler Herausforderungen diesen Sparkurs noch leisten können.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat – teils mit Mitteln des Auswärtigen Amtes, teils mit Unterstützung anderer Geldgeber – sein weltweites Engagement nach regionalem Bedarf und nach deutschen kultur-, bildungs- und entwicklungspolitischen Interessen gesteuert und umgesteuert: Wir setzen heute jeweils etwa ein Viertel unseres Budgets in Mittel und Osteuropa und Asien ein. Westeuropa, Lateinamerika und Afrika folgen mit jeweils 13 bis 14 Prozent, Nordamerika mit gut 10 Prozent.

Steuern heißt für uns nicht: Regionale Budgetierung nach Parametern wie Außenhandelsvolumen, Zahl der Muslime oder Deutschlerner in bestimmten Regionen etc. Als Mittlerorganisation versuchen wir, einen Diskurs zu organisieren, in dem die Interessen der Akteure abgeglichen werden: Das Interesse der deutschen Hochschulen an exzellenten auslän-

dischen Kooperationspartnern, das bildungspolitische Interesse, auf dem internationalen Bildungsmarkt gut präsent zu sein, das Interesse unserer ausländischen Stipendiaten an einer erstklassigen Ausbildung in Deutschland oder deutscher Stipendiaten, denen wir den Zugang zu Spitzenhochschulen weltweit vermitteln. Das Interesse, künftigen Führungseliten ihrer Länder eine dauerhafte Bindung an Deutschland zu vermitteln. Die Ziele der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, wie etwa in der *Konzeption 2000* niedergelegt, sind in diesem diskursiven Steuerungsverfahren ein wichtiger, aber nicht der allein ausschlaggebende Faktor.

Was hat sich verändert, auf welchen Bedarf reagieren wir, wo haben wir neue Akzente gesetzt? Für die traditionelle Schwerpunktregion Westeuropa haben wir den Mitteleinsatz des Auswärtigen Amts zurückgefahren: Wir konnten dies tun, ohne die Quantität und Qualität des Austauschs zu schmälern. Dafür sorgten die sehr erfolgreichen Mobilitätsprogramme der Europäischen Union, an deren Ausgestaltung wir als nationale Agentur beteiligt sind.

Die Chancen, die sich aus der Öffnung Mittel- und Osteuropas ergaben, haben wir im Gegenzug mit zusätzlichem Engagement ergriffen: Stipendienprogramme wurden ausgebaut, Modernisierung und Reform des Hochschulwesens mit Partnerschaftsprogrammen begleitet, die starke Stellung des Deutschen mit dem Einsatz von Lektoren, der Förderung deutschsprachiger Studiengänge gefestigt.

In Nordamerika, für das man als Zielland deutscher Studierender und Wissenschaftler nicht werben muss, steht das Interesse im Vordergrund, bei jungen Amerikanern Neugier für Deutschland zu wecken und langfristig enge Ausbildungspartnerschaften aufzubauen.

In Lateinamerika steht die Förderung des akademischen Nachwuchses im Vordergrund. Traditionell ist diese Region Europa sehr verbunden und sucht ein Gegengewicht zu den sehr dominanten Vereinigten Staaten. Dafür ist man bereit, selbst viel Geld in gemeinsame Programme zur Weiterqualifizierung des Hochschulnachwuchses zu investieren und den DAAD mit der Durchführung zu beauftragen. Für jeden Euro der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, den wir hier einsetzen, akquirieren wir damit einen Euro von der Partnerseite. Diese Strategie erweist sich mittlerweile auch in anderen Regionen, insbesondere in Schwellenländern, als erfolgreich.

Für Afrika haben wir versucht, eine sehr spezifische Strategie zu entwickeln, die einerseits jungen Akademikern eine Möglichkeit zur Weiterqualifizierung in der Region in besonders ausgewiesenen Zentren bietet und sie somit in der Region hält. Hier steht ganz eindeutig der entwicklungspolitische Gedanke im Vordergrund. Diese Programme werden außerdem verzahnt mit Möglichkeiten der Netzwerkbildung, der Alumniförderung und der Möglichkeit zu kürzeren Aufenthalten in Deutschland.

Aus Asien kommen Tausende von Studierenden und Forschern scheinbar ganz ohne Zutun der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als „Free Mover“ an unsere Hochschulen. Aus diesem expandierenden Markt ergeben sich gleichwohl auch für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik neue Aufgaben: Durch Hochschulmarketing das Produkt „Lehre und Forschung made in Germany“ gegen harte internationale Konkurrenz zu behaupten und unsere Hochschulen bei der Auswahl der Studierenden so zu unterstützen, dass die Besten zu uns kommen.

Was wir auch gelernt haben: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt sich zu einem guten Teil im Inland ab: Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts und durch entsprechende Förderprogramme verbessern wir gezielt die Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums an unseren Hochschulen und die Betreuung ausländischer Studierender. Ebenso haben wir Programme aufgelegt, die die Hochschulen in die Lage versetzen, das Netzwerk ihrer ausländischen Alumni aufzubauen, zu pflegen und für weitere Kooperation zu nutzen.

Die Beispiele zeigen, dass – in „alten“ wie in „neuen“ Zielregionen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – Bedingungen und Möglichkeiten differenziert betrachtet werden müssen. Daraus ergibt sich jedenfalls keine Hierarchie unseres Engagements. Wohl aber werden Mittel für neue Tätigkeitsfelder freigesetzt, wenn es gelingt, andere Geldgeber (Bundesressorts, die EU, Partnerregierungen, Stiftungen, Sponsoren und auch den Bildungsmarkt) für Zielsetzungen in Anspruch zunehmen, die traditionell „nur“ mit Mitteln der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verfolgt wurden. Inzwischen beläuft sich der Anteil des Auswärtigen Amts an der Finanzierung der DAAD-Programme nur noch auf knapp 50 Prozent.

▷▷ *„Der Erfolg von Programmen in Krisenregionen beruht gerade auf der Existenz des über Jahrzehnte gewachsenen Netzwerks der Alumni und Hochschulpartnerschaften.“*

Basis dieser Entwicklungen bleibt aber nach all unserer Erfahrung eine verlässliche und weltweit verfügbare „Sockelfinanzierung“ bewährter Instrumente des Austauschs und der Kooperation. Nur dadurch entstehen die Netzwerke und Partner, die wir für den eingangs genannten Diskurs und auch für eine erfolgreiche Akquise brauchen. Das spricht gegen eine Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik an oft kurzfristigen aktuellen politischen und regionalen Schwerpunkten, etwa mit Blick auf das Konfliktpotenzial in bestimmten Weltregionen. Soweit hierfür zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden, zeigt die Arbeit des DAAD in der Balkanregion, in Afghanistan und ansatzweise im Irak, dass mit dem Instrumentarium der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Hochschulsektor schnell und wirkungsvoll Wiederaufbauhilfe und Krisenbewältigung geleistet werden kann. Aber der Erfolg solcher Hilfsprogramme beruht gerade auf über Jahrzehnte gewachsenen Netzwerken der Alumni und Hochschulpartnerschaften, die es auch in Krisenregionen gibt. Man kann also mit dem Dialog nicht erst beginnen, wenn schon alles in Scherben liegt, und man kann ihn nicht beenden, wenn die Krisendiplomatie zum nächsten Schauplatz weiterzieht. Kontinuität ist ein zentrales Erfolgskriterium einer auf Nachhaltigkeit gerichteten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.



Falsche Alternativen von Konrad Ehlich

→ *In Asien, in Osteuropa, in Afrika ist mehr kulturpolitische Repräsentanz erforderlich – und zugleich ist auf dem europäischen Kontinent eine verstärkte Arbeit der Goethe-Institute, vor allem eine intensivere Spracharbeit, unabdingbar.*

Mit den „Mittlerorganisationen“ verfügt die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland über ein besonderes Instrumentarium. Es unterscheidet sich deutlich von den Instrumenten etwa der französischen Sprach- und Kulturpolitik. Diese „Mittlerorganisationen“ haben sich in der frühen Phase der Bundesrepublik herausgebildet, teilweise unter Anknüpfung an Strukturen aus der Weimarer Republik, teilweise unter deutlicher Absetzung gegenüber der Außenkulturpolitik der nationalsozialistischen Zeit, und schnell konsolidiert. Sie alle verfolgten ihre satzungsmäßigen Ziele in behutsamer Weise. Über aller späteren Kritik darf nicht vergessen werden: Insbesondere die Arbeit des Goethe-Instituts ist eine große Erfolgsgeschichte.

Erfolge aber sind nur Erfolge, wenn sie Erfolge bleiben. Die weltpolitische Gesamtkonfiguration, die Situation innerhalb der Bundesrepublik und die der Mittlerpolitik veränderte sich und wandelt sich weiter. Freilich ereignet sich dies nur selten „auf einen Schlag“ (eine Ausnahme war das Jahr 1989): Diese mähliche Veränderung der Parameter bleibt lange unbemerkt. Was zielführend und sinnvoll war, driftet dann leicht immer weiter von den tatsächlichen Situationen und politischen Konstellationen ab. Plötzliche Veränderungen der Parameter machen diesen wachsenden Abstand schlagartig deutlich. Zum Teil überzeichnen sie aber auch das Bild, das durch die mählichen Wandlungen entstanden ist.

Für die Arbeit des Goethe-Institutes ergaben sich bereits vor 1989 verschiedene erhebliche Modifikationen solcher Parameter. Insbesondere gab es Veränderungen bei den Adressatengruppen, bei den Bildungszielen und bei der Sprachenakzeptanz.

Gerade in den USA trat etwa die Gruppe der deutschen Emigranten als wichtige Zielgruppe immer stärker in den Hintergrund. Die Bildungsziele der Vermittlung von „Hochkultur“ verloren an Bedeutung, wurden anderer-

seits von professionellen Kulturagenturen übernommen. Die Einsicht in Notwendigkeit und Nutzen von Sprachenkenntnis ging und geht in wichtigen Adressatenländern dramatisch zurück (Europa, Nordamerika, Ostasien und, nach 1989, die GUS).

Die wichtigste Parameterveränderung war aber ohne Zweifel die ökonomische: Nach einer Phase der Expansion – abzulesen an der stetig steigenden Zahl von Goethe-Instituten – kam es zu einer haushaltsbedingten Stagnation, die insbesondere nach 1989 zum Teil in eine Reduktion umschlug. Angesichts budgetärer Probleme kam die Devise der Umschichtung auf, also Schließung hier, um dort etwas Neues zu beginnen.

Nach 1989 hätte sich für die „alte Republik“ die einmalige Gelegenheit ergeben, angesichts des „Beitrittsgebietes“ die erfolgreiche Arbeit sowohl im Westen wie – und das wird oft vergessen oder verdrängt – auch im Osten (etwa der Herder-Institute) weiterzuentwickeln. Diese Chance wurde in gerade einmal einem Jahrzehnt gründlich vertan. Es wurden zwar durchaus zusätzliche Mittel gegenüber den Ausgaben zuvor investiert, doch blieben diese weithin an spezielle Programme gebunden und erlaubten kaum eine kontinuierliche, nachhaltige neue Politik.

▷▷ *„Nach 1989 wurde die Chance auf eine kontinuierliche, nachhaltige neue Politik in gerade einmal einem Jahrzehnt gründlich vertan.“*

So bauten sich zunehmend falsche Alternativen auf: „Asien oder Europa“; „Sprache oder Kultur“. Die Auseinandersetzungen darüber, wie hier zu entscheiden sei, wirken sich lähmend auf alle Beteiligten aus.

Es war und ist am Ort kaum je zu vermitteln, warum mit Blick auf Erfordernisse anderswo in der Welt ein Goethe-Institut in Neapel oder in Reykjavik geschlossen werden sollte. Die heftigen Reaktionen zur Erhaltung solcher Institute ließen überraschend vor allen Dingen eines deutlich werden: Das jeweilige Goethe-Institut hatte offenbar Sympathien weit über den vermuteten Kreis von Adressaten hinaus.

Dennoch zwangen die finanziellen Daumenschrauben dazu, über allzu viele solcher Proteste hinwegzugehen. Wenn dann noch, wie in Reykjavik, relativ kurze Zeit, nachdem „Goethe“ in einer kulturpolitischen Prozession lebensgroß im Meer versenkt worden war, auch die geringen Fördermittel für das eigeninitiierte Nachfolgeinstitut zur Streichung anstehen, ist am Ort

und im Land vollends nicht mehr nachvollziehbar, was für Kapriolen die deutsche Kulturpolitik schlägt.

Dabei sind es diese falschen Alternativen, die – umhüllt von einer immer aufdringlicheren Unternehmensberatungs-Suada – als „unabdingbar“ zur *ultima ratio* stilisiert werden. Hat man sich auf sie erst einmal eingelassen, lässt sich dann wacker und fruchtlos streiten.

Die Zwangsverpflichtung, über solche Alternativen nicht mehr hinaus zu denken, macht natürlich blind für die Realität. Und die sieht ohne Zweifel so aus: In Asien, in Osteuropa, in Afrika ist eine verstärkte kulturpolitische Repräsentanz erforderlich – und zugleich ist auf dem europäischen Kontinent, der sich transnational neu organisiert, ohne sich auf die immer drängendere Sprachenfrage einzulassen, eine verstärkte Arbeit der Goethe-Institute, vor allem eine verstärkte Spracharbeit, unabdingbar. Diese muss sich zunehmend in die europäische Bildungspolitik hinein ausdehnen, um dem erschreckenden Verfall der Fremdsprachenkenntnisse auf dem Kontinent entgegenzuwirken. Das Goethe-Institut hat diese Herausforderung durchaus angenommen. Kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch ist kulturpolitisch gefordert.

Die veränderte Weltlage setzt dabei durchaus neue Akzente. Gerade die Sprache und ihre Vermittlung gewinnen einen völlig neuen Stellenwert. Dies gilt für Europa, dies gilt aber auch für weitere Teile der Welt. Der europäische Kontinent hat – zusammen mit dem indischen Subkontinent – die Chance und die welt-sprachenpolitische Möglichkeit, gegenüber einer kulturell verarmten Einheitssprachlichkeit mit allenfalls folkloristischen Sprachresten und Sprachinseln neue Modelle von praktizierter und praktikabler Mehrsprachigkeit zu entwickeln.

Es ist also Sprache, Sprache und noch einmal Sprache, die, ganz in Übereinstimmung mit den Satzungszielen des Vereins „Goethe-Institut“, neu in den Mittelpunkt kulturpolitischer Aufmerksamkeit tritt. Selbstverständlich geht es auch hier nicht um eine bloße Umorientierung in der falschen Alternative „Sprache oder Kultur“; aber es geht durchaus um eine der neuen Situation angemessene Akzentuierung.

Der deutschen sprachbezogenen Außenkulturpolitik kommt in zweierlei Weise eine besondere Bedeutung zu. Derzeit hat sie die Chance – und damit auch die Aufgabe –, das *Vakuum* auszufüllen, das in Deutschland durch die föderalistische Zersplitterung in Bezug auf alle Fragen von Sprachpolitik bedingt ist. Zugleich haben die Mittlerorganisationen, allen voran das

Goethe-Institut, die Chance – und damit wohl auch die Aufgabe –, produktive, kreative und innovative Beiträge zur Ausfüllung des *konzeptionellen Vakuums* zu leisten, das gerade in Europa für eine zukünftige Mehrsprachigkeit noch immer besteht. Weltkultur als Sprachkultur, Sprachkultur als Sprachenkultur stehen auf der Tagesordnung – und werden dort von den politischen Akteuren nicht einmal wahrgenommen. Das sollte sich ändern.

▷▷ *„Für ein Institut, zu dessen Aufgabe Innovation und kulturelle Kreativität gehören, ist dieser Ausschluss der jungen Generation geradezu fatal.“*



Die falschen Alternativen, die verkürzten Perspektiven, die reduzierten Handlungsmöglichkeiten sind nun seit über zwanzig Jahren nicht zuletzt durch eine prekäre Haushaltssituation bedingt. Das wird nirgendwo deutlicher als daran, dass das Goethe-Institut schon vierzehn Jahre keine Neueinstellungen mehr vornehmen kann. Für ein Institut, zu dessen Aufgabe Innovation und kulturelle Kreativität gehören, ist dieser Ausschluss der jungen Generation geradezu fatal. Die großartigen Leistungen früherer Dezentennien schlagen um in Müdigkeit, das „fahrlässige Verschlafen“ der sprach- und kulturpolitischen Erfordernisse (Tilman Spengler) ist eine fast notwendige Folge.

Über das Zuschnappen der Haushaltsfalle kann auch eine noch so eloquente finanzpolitische Rhetorik nicht hinwegtäuschen. So berechtigt die Abwehr von Lobbygruppen insgesamt auch sein mag: Die Kulturpolitik hat (fast) keine, und die Interessenlage für die Präsenz deutscher Sprache, Literatur, Kultur in der sich vernetzenden Welt ist tatsächlich eine gesamtstaatliche.

Über das Zuschnappen der Haushaltsfalle können auch keine makropolitischen Dienstleistungsimperative hinwegtäuschen, die, oft aktionistisch und meist ohne Nachhaltigkeit, nichts anderes sind als kulturpolitische Feuerwehrmaßnahmen nach der jeweils letzten vermeintlichen „clash of civilizations“-Katastrophe.

Glücklicherweise sind erste Anzeichen für ein neues Bewusstsein erkennbar: Dass eine veränderte Außenkulturpolitik notwendig ist, die für Mehrsprachigkeit und kulturelle Pluralität eintritt – und die durch exemplarisches *außenpolitisches* Handeln nicht zuletzt auch für die mehrsprachige Wirklichkeit *innerhalb* Deutschlands von großer Bedeutung sein kann.

Kulturelle Denkgemeinschaften von Surendra Munshi

→ *Marketing-Leute sprechen gerne vom „einzigartigen Verkaufsargument“ („Unique Selling Point“), das ein Produkt bieten muss, wenn es am Markt bestehen will. Wie bringt Deutschland seine besonderen Qualitäten im Ausland auf den Punkt? Ein Beitrag vom indischen Subkontinent.*

Viel ist davon die Rede, dass die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik auch die deutschen Interessen berücksichtigen müsse. Wie kann dies geschehen? Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass man die deutschen Interessen unterschiedlich definieren kann. Sicher ist es ein Anliegen Deutschlands, Märkte für seine kreativen und weniger kreativen Produkte zu finden. Oder, wenn dies dadurch beflügelt werden sollte, möglichst viele Menschen im Ausland zum Deutsch lernen zu ermuntern. Auch sollte, wie es Tilmann Spengler fordert, der Nachweis geführt werden, dass Deutschland auf seine Kultur auch deswegen stolz sein darf, weil in ihr die Verfolgung unparteiischer Neugier ermutigt wird.

Aber es ist für Deutsche ein unmittelbar menschliches Interesse, künftig in einer Welt zu leben, die nicht von Armut, Hass und Krieg bedroht ist. Wir müssen uns daher fragen, welchen Beitrag Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zur Armutsbekämpfung und zur Krisen- und Konfliktprävention leisten kann. Es ist im Interesse Deutschlands Demokratie, Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Ressourcen zu fördern. Und Auswärtige Kulturpolitik kann dabei helfen.

Marketing-Leute sprechen gerne vom „einzigartigen Verkaufsargument“ („unique selling point“), die ein Produkt bieten muss. Ich meine, dass Deutschland seine Potenziale noch nicht voll ausschöpft. Es ist sich seiner „einzigartigen Verkaufsargumente“ nicht bewusst. Es weiß noch nicht genau, wie es seine besonderen Qualitäten weltweit „an den Mann bringen kann“ – und wie es davon wiederum profitieren kann.

In der Tat ist es nötig, eine Präzisierung der Zielvorstellung beim Einsatz der Mittel vorzunehmen. Jenes Moment des „Bedeutenden und Besonderen“, (Tilmann Spengler) muss auf die spezifische Neugier des Publikums jener Länder ausgerichtet sein, denen die Botschaft vermittelt werden soll.

▷▷ *„Deutschland weiß noch nicht genau, wie es seine besonderen Qualitäten weltweit „an den Mann bringen kann“ – und wie es davon wiederum profitieren kann.“*

Deutschland, das Land der Dichter und Denker. Ein Land, dessen Führung einst „groß“ dachte und versuchte, seine geographischen Grenzen zu überwinden – was in eine Katastrophe mündete. Doch die großen Denker und ihr Erbe sind heute, da die Welt aufgrund der Entwicklung von Verkehrs- und Kommunikationstechnologie „immer kleiner“ wird, wichtiger denn je. Tilmann Spengler hat Recht, wenn er von der Notwendigkeit kultureller Denkgemeinschaften spricht. Auch die neuen Möglichkeiten, die neue Techniken der Datenverbreitung bieten, sollte auswärtige Kulturarbeit selbstverständlich intensiv anwenden.

Deutschland kann seine besonderen Potenziale am besten nutzen, wenn es sich aus den Zwängen der Realpolitik befreit. Ist diese doch an Allianzen und Vereinbarungen gebunden, die oft einer vergangenen Zeit angehören.



Jutta Limbach, die Präsidentin des Goethe-Instituts, spricht immer wieder davon, Deutschland und auch Europa dürften sich nicht zu sehr auf sich selbst konzentrieren. Sie müssten vielmehr über sich selbst hinaus denken. Ich kann ihr nur zustimmen. Genauso wie Tilmann Spengler glaube ich, dass „Nähe“ nicht unbedingt geographisch bestimmt sein muss. Es spielt keine Rolle mehr wo man ist. Der Sog der globalen Gesellschaft hat uns alle zusammengebracht und nebeneinander platziert.

Es gab eine Zeit, in der Deutschland ökonomisch und politisch hinterhinkte, aber auf dem Feld der Kultur die Führung übernahm. Kann ein wirtschaftlich starkes Deutschland, aus dem eine erwachsene Demokratie geworden ist, zeigen, dass ökonomische Macht kulturellem Reichtum nicht widerspricht?

Mich fasziniert die Vorstellung, Kultur dürfe, was der Diplomatie und der Wirtschaftskammer wohl versagt ist, also politisch unkorrekt sein. Darin liegt der Zauber von Kulturpolitik.

Von der Deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik erhoffe ich mir eine Politik aus einem Guss, eine Harmonie zwischen Eigeninteressen und Verantwortung für kulturelle Vielfalt und global tragfähige Zukunftsoptionen. Auch kann man heute kaum anderer Meinung sein, als dass Auswärtige Kulturpolitik in der Natur ihrer Sache nach nur dialogisch zu realisieren ist.

Aus dem Englischen von William Billows

Zusammenfassung der Diskussion

Die Welt blickt gebannt auf die dynamischen Weltregionen, in denen neue politische, wirtschaftliche und kulturelle Gravitationszentren entstanden sind. Was dies für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bedeutet, brachte der Einführungsredner Tilmann Spengler mit der Frage „Kopenhagen oder Kuala Lumpur?“ auf den Punkt. Und antwortete gleich selbst: Ein Kulturinstitut, das in Europa gute Arbeit leiste, werde nicht dadurch „obsolet, dass an der chinesischen Ostküste neue Märkte entstanden“ seien.

„Asien oder Europa“, „Sprache oder Kultur“, war der Sprachwissenschaftler **Konrad Ehlich** überzeugt, seien „falsche Alternativen“, weil „rein haushaltsbezogen“ motiviert. Er sah die bisherige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als eine Erfolgsgeschichte, in der sich eine „Kultur der Kulturvermittlung“ herausgebildet habe.

▷▷ **Prof. Dr. Dr. h.c. Konrad Ehlich** (*1942) leitet das Institut für Deutsch als Fremdsprache/Transnationale Germanistik der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsschwerpunkte sind Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache; Linguistische Pragmatik, Diskursanalyse, Texttheorie; Sprachsoziologie und Sprachpolitik; Sprachaneignung; Hebraistik. Zurzeit arbeitet er u.a. an der Entwicklung eines Referenzrahmens zur kindlichen Sprachaneignung für die Erstellung von Verfahren der Sprachstandsfeststellung. Er ist Mitglied der „Bewertungskommission“ des Bundesministeriums des Inneren für die Integrationskurse im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes. Von 2001 bis 2004 war er Erster Vorsitzender des Deutschen Germanistenverbandes.

Surendra Munshi, Soziologie-Professor am Indian Institute of Management in Kalkutta, entwarf das Idealbild deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik: Als harmonische Einheit von Eigeninteressen, Verantwortung für kulturelle Vielfalt und global tragfähigen Zukunftsoptionen.

▷▷ **Prof. Dr. Surendra Munshi** ist Professor am „Indian Institute of Management“ in Kalkutta und Vorsitzender des Projekts „Initiative for Community Action“ (INCA). In den vergangenen Jahren hatte er internationale Lehr- und Forschungsaufträge zu den Bereichen klassische Soziologietheorien, Kultursociologie und Industriesociologie. Munshi beschäftigt sich mit den Themen „Good Governance“ und „excellence“ als Führungsstil im Managementbereich. Mit Unterstützung der Europäischen Kommission leitete Munshi ein internationales Projekt zum Thema „Good Governance“.

Intensiv debattiert wurde die Frage des weltweiten „Wettbewerbs um die besten Köpfe“, um den „Rohstoff Wissen“. Etliche Beiträge formulierten hierfür ein Marketing-Ziel: Deutschland müsse „Talentmagnet“ werden. Zu klären sei, ob die „Rohstoffquellen in den neuen Gravitationszentren“ lägen oder überall, wie es der Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, **Christian Bode**, emphatisch ausrief: „Alle sind Partner von morgen!“. Er vermisste Afrika und Lateinamerika im Panorama der Schwerpunktregionen Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik. Langfristige „Investitionen in Köpfe“ verböten eine Orientierung an aktuellen Marktbedürfnissen und Wachstumsregionen.

▷▷ **Dr. Christian Bode** (*1942) ist seit 1990 Generalsekretär des DAAD. Bode arbeitete zunächst in der Hochschulabteilung, dann als Leiter der Planungsgruppe im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Von 1982 bis 1990 hatte er das Amt des Generalsekretärs der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Bonn inne.

Während ein Teilnehmer die Rolle seiner Mittlerorganisation vor allem darin sah, „positive Tendenzen in Gastländern zu verstärken“ beanspruchten Vertreter der Sprachpolitik und der Wissenschaftspolitik einen stärkeren Bezug zu Deutschland. Welchen Stellenwert die Vermittlung deutscher Sprache habe, wurde in der Arbeitsgruppe nicht endgültig beantwortet. Wenn Englisch nun einmal die *lingua franca* im Wissenschaftsbetrieb ist, sollten deutsche Hochschulen dann mehr englischsprachige Studiengänge anbieten, um sich international besser zu positionieren? Die Diskussion verlief kontrovers, ob englischsprachige Angebote ein sinnvolles Instrument der deutschen Außenkulturpolitik seien, und blieb ohne Ergebnis.

Skepsis gegenüber einer allzu engen Verknüpfung mit den Interessen der deutschen Wirtschaft machten etliche Beiträge deutlich. **Tilman Spengler** plädierte für die Unabhängigkeit Auswärtiger Kulturpolitik. Auch künftig müsse „demonstriert werden, wie Kultur zwar von Politik und Wirtschaft gefördert, doch nicht bestimmt“ werde. Nachweisen solle man, dass Deutschland auf seine Kultur „stolz sein darf, weil in ihr die Verfolgung unparteiischer Neugier ermutigt“ werde.

▷▷ **Dr. Tilman Spengler** (*1947) ist Sinologe, Schriftsteller, Essayist und Journalist. Seit 1980 auch Mitherausgeber der Zeitschrift „Kursbuch“. 1991 veröffentlichte er die Romanbiografie „Lenins Hirn“, die in 21 Sprachen übersetzt wurde. Weitere Veröffentlichungen: „Der Maler von Peking“ (1996), „Die Stirn die Augen der Mund“ (1999), „Meine Gesellschaft. Kursbuch eines Unfertigen“ (2001) sowie „Wenn Männer sich verheben“ (2003). Spengler war Stadtschreiber der Stadt Mainz (1999) und wurde 2003 mit dem Ernst-Hoferichter-Preis ausgezeichnet.

Die Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass ein Schwerpunkt Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik auf Ansätzen in Europa liegen müsse, die die Integration des Kontinents förderten. Gleichzeitig müsse man in dynamischen Wachstumsregionen „angemessen präsent“ sein.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, müsse noch stärker auf Nachfragen in den Zielländern abgestimmt werden. Sie müsse transparent und langfristig angelegt sein, die Zusammenarbeit ihrer verschiedenen Akteure könnte noch intensiviert werden. Zunächst müsse ein Kriterienkatalog erstellt werden, bevor Mittel zugewiesen werden könnten. Unbedingt müssten Entwicklungshilfe und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik künftig effizienter verzahnt werden.

Das gleiche gelte für Innen- und Außenpolitik: Auch Deutschland selbst müsse eine Zielregion Auswärtiger Kulturpolitik werden: sei es im Dialog mit Migranten, sei es in der Betreuung, Förderung und Bindung ausländischer „*High potentials*“. Insgesamt müsse der Austausch mit Migranten in Deutschland intensiviert werden. Deutsche sollten ermuntert werden, Erfahrungen im Ausland zu sammeln.

Betont wurde, dass Bilateralität ein Hindernis für globale Reichweite und eine wahrnehmbare europäische Position sei. Angesichts der globalen Bevölkerungsentwicklung – in wenigen Jahren erreiche Asien einen Anteil von 70 Prozent der Weltbevölkerung, während der Anteil Europas auf vier Prozent schrumpfe – müsse über ein verstärkte Europäisierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nachgedacht werden.

Am Ende dieses Treffens stand die Gewissheit: Nicht „Kopenhagen oder Kuala Lumpur“ sondern „Karlsruhe und Kalkutta“ sei das rechte Leitmotiv, weil die Bindung der besten Köpfe nur im Zusammenspiel zwischen „draußen“ und „drinnen“ erfolgreich sei.

▷▷ **Sabine Rosenblatt** (*1951) ist Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik“, die in einer monatlichen deutschen, vierteljährlichen englischen und chinesischen und zwei monatlichen russischen Ausgabe erscheint. Rosenblatt hat u.a. für die ARD, den „Stern“, „DIE ZEIT“ und als Redakteurin für die Reisezeitschrift „Merian“ geschrieben. Von 1993 bis 2000 war sie Ressortleiterin Ausland der Wochenzeitung DIE WOCHE, von 2000 bis 2002 stv. Chefredakteurin und Chefredakteurin.

Ergebnisse in Kürze

- Langfristige Investitionen in Köpfe verbieten eine reine Orientierung an aktuellen Marktbedürfnissen und Wachstumsregionen.
- Ein Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik muss in Europa liegen, um die Integration des Kontinents zu fördern. Gleichzeitig ist angemessene Präsenz in dynamischen Wachstumsregionen gefordert.
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss stärker auf die Nachfrage in den Zielländern abgestimmt werden.
- Angesichts der globalen Bevölkerungsentwicklung (in wenigen Jahrzehnten liegt Bevölkerungsanteil Asiens bei ca. 70% und der Europas bei ca. 4%) muss stärker über eine punktuelle Intensivierung der Europäisierung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nachgedacht werden.
- Verzahnung von Entwicklungshilfe und Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik muss effizienter gestaltet werden (Bsp. Uganda: 35 Mio. € für Entwicklungszusammenarbeit aber nur 26.000 € für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik).
- Inland muss in Überlegungen einbezogen werden: Austausch mit Migranten in Deutschland intensivieren und Deutsche ermuntern, Erfahrungen im Ausland zu sammeln.



Arbeitsgruppe VI

Erweiterte Aufgaben: Kultur des Dialoges in einer globalisierten Welt

2.6



Globalisierung der Risiken von Volker Perthes

→ *Der Erfolg Auswärtiger Kulturpolitik hängt oft von der Politik ab. Dies ist eine Herausforderung aber kein unüberwindliches Hindernis. Am ehesten lässt sie sich im Dialog durch offene, ehrliche Information über die Grundlagen und Interessen deutscher und europäischer Politik bewältigen.*

Wer in der Diskussion über die Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik über eine „Kultur des Dialogs in einer globalisierten Welt“ spricht, gibt damit bereits eine programmatische Orientierung vor: In einer globalisierten Welt sollte Kulturpolitik selbst dialogisch sein, Zweibahnstraße also. Sie muss sich gleichzeitig um den Dialog und den Austausch zwischen verschiedenen Gesellschaften bemühen. Dabei muss man sich klarmachen, dass Kulturpolitik nicht schon per se Dialog ist. Auswärtige Kulturpolitik versteht sich als „integraler Teil unserer Außenpolitik“ (vgl. Auswärtiges Amt: „Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000“), unterstützt deren Ziele und Interessen und orientiert sich an unseren Werten: Demokratie, Menschenrechte, Schutz der natürlichen Ressourcen, um nur einige zu nennen. Auswärtige Kulturpolitik ist also nicht interesselos. Sie ist Instrument „sanfter Macht“, aber als solche eben auch Instrument, um Einfluss auf andere auszuüben. Andere, möglicherweise die Wunschpartner unseres Dialogs, mögen sie deshalb genau so oder als letztlich nicht ganz so sanft verstehen.

Globalisierung bezeichnet heute nicht nur die Entgrenzung von Handel, Kapital, Verkehr, Kommunikationsmöglichkeiten oder Konsummustern, sondern bezieht sich zunehmend, gerade auch in der öffentlichen und der politischen Wahrnehmung, auf eine Globalisierung der Risiken, wirtschaftlicher und vor allem sicherheitspolitischer. Damit einher gehen zwei Phänomene, die direkte Auswirkungen auf die Chancen und Aufgaben Auswärtiger oder internationaler Kulturpolitik haben.

Einerseits ist es die Gefahr der „Securitization“, einer sicherheitspolitischen Überlagerung internationaler Themen. Am deutlichsten wird es bei der Migrationspolitik oder der Visa-Vergabe; es gilt aber auch für den Wissenschaftsaustausch (Welche Fachrichtungen sind sicherheitsrelevant?), für internationale Bildungspolitik (Curricula-Reform in arabischen Staaten), „public diplomacy“ und internationale Kulturzusammenarbeit, die, gerade in den USA, immer häufiger in den Dienst eines Kampfes gegen den Terrorismus gestellt werden soll.

Andererseits gibt es nicht zuletzt in muslimischen Gesellschaften Angst vor einer Marginalisierung der eigenen Kultur durch die Globalisierung oder durch Interventionen des Westens. Dass Forderungen nach Bildungs- und Curricula-Reform im Zusammenhang etwa der *Broader Middle East and North Africa Initiative* als Angriff auf den Islam, als Versuch, die eigene Kultur und Religion von außen zu verändern oder gar zu zerstören, wahrgenommen wurden, muss nicht wundern.

Wir sollten uns der Gefahr bewusst sein, dass Kultur in einer solchen globalen Situation zunehmend sakralisiert wird, eigene Traditionen also religiös verbrämt und in den Bereich des Heiligen gerückt werden.

„Eindrücke“ statt Wissen

Die Globalisierung hat die Welt politisiert – alle können jederzeit Nachrichten über andere Teile der Welt empfangen. Unsere „globalisierte Welt“ ist aber (noch) keine Welt der gegenseitigen Kenntnis. In dieser Welt erleben wir heute weniger einen Zusammenstoß der Kulturen oder der Zivilisationen, der „den Westen“ gegen „die arabisch-muslimische Welt“ in Stellung bringen würde – ein Kulturkampf findet eher innerhalb der arabischen und muslimischen Gesellschaften statt –, als vielmehr eine gegenseitige kulturelle Ignoranz (wenig echtes Wissen, viele „Eindrücke“) und Indifferenz gegenüber den anderen Kulturen, ihren Leistungen, Werten, Ängsten, Leiden oder Problemen.

Kulturdialog bedeutet tatsächlich eine wichtige Möglichkeit, diesen Missstand zu beheben. Aber: Echte Konflikte sind kaum durch Kulturaustausch oder -dialog lösbar. Die „kulturelle Brille“ kann leicht zur Scheuklappe werden, die den Blick auf „das Kulturelle“ verengt. Kultur und Religionsdialoge laufen unter Umständen Gefahr, politische Differenzen und Interessenkonflikte in den Bereich der kulturellen Identität zu verlagern. Hinter wesentlichen Differenzen mit Akteuren in der arabisch-muslimischen Welt oder anderswo (beispielsweise der Aufstand in Irak, der israelisch-palästinensische Konflikt, der Atomkonflikt mit Iran, die Frage der Pressefreiheit in Russland oder der Menschenrechte in China) steht kein kulturelles Problem, sondern stehen unterschiedliche oder widerstreitende Interessen.

Eine „Kultur des Dialogs“ sollte deshalb vor allem eine Vermehrung der gegenseitigen Kenntnis anstreben und auf gegenseitigem Respekt basieren. Beides kann den Abbau von Stereotypen und Feindbildern fördern. Dabei gilt es deutlich zu machen, dass Diversität als Bereicherung, nicht als

Bedrohung empfunden werden sollte. Tatsächlich gelingt es uns, wie mir scheint, oft leichter, in der Auswärtigen Kulturpolitik die Vielgestaltigkeit unserer eigenen Kultur zu zeigen als Diversität in Partnergesellschaften zu verstehen und zu akzeptieren.

Für eine „Kultur des Dialogs“ muss Kooperation Vorrang haben vor möglicherweise zwar zielgerichteter und effizienter, letztlich aber einseitiger Aussendung und Vermittlung von Kulturinhalten. Gute Beispiele für kooperative Ansätze gibt es durchaus: In der Wissenschaft gibt es gemeinsame Forschungsprojekte, in der Kunst zählt alles von Fusion in der Musik bis zu gemischten Theaterprojekten dazu. Oder wenn etwa statt schlichter „Übersetzung“ deutscher Programminhalte in fremde Sprachen Sendungen wie „Meet Europe“, eine gemeinsame Talkshow von *Deutsche Welle* und *Abu Dhabi TV*, produziert werden. Auch europäische Kooperation in der Kulturpolitik kann als attraktive Demonstration der Möglichkeiten von grenzüberschreitender Zusammenarbeit dienen – so etwa *ARTE* im Medienbereich oder das deutsch-französische Kulturzentrum im palästinensischen Ramallah im Bereich der Auslandskulturarbeit.

Eine dialogorientierte Auswärtige Kulturpolitik sollte Kontakte nicht nur zu jenen Eliten suchen, die unseren säkularen, liberalen Diskurs beherrschen oder Projektanträge auf Deutsch, Englisch oder Französisch schreiben können. Selbstverständlich wollen wir solche Eliten ermutigen und dürfen sie nicht allein lassen. Wir müssen aber realisieren, dass sie in vielen Gesellschaften, gerade der arabischen Welt, selbst innerhalb der Eliten nur Minderheiten darstellen. Auch konservative, islamische oder islamistische Akteure können in vielen Fällen Partner sein. Dabei lassen sich unsererseits durchaus Kriterien für die Zusammenarbeit definieren, etwa ein Bekenntnis zur friedlichen Veränderung in den eigenen Gesellschaften oder der Respekt vor unseren grundlegenden Werten.

Sachthemen in den Vordergrund rücken

Dies verlangt Glaubwürdigkeit etwa beim Eintreten für Demokratie und Menschenrechte. Jeder Eindruck, dass Demokratie für Islamisten oder *habeas corpus*-Rechte für Terrorverdächtige nicht gälten, wird nur die Überzeugung fördern, dass es beim westlichen Demokratie- und Menschenrechtsdiskurs letztlich nur um Regime Change, die Durchsetzung freundlicher oder die Abstrafung unfreundlicher Regierungen oder gar um einen Kulturkampf gehe: Um Ziele also, die anderenfalls mit Mitteln harter Macht durchgesetzt werden.

Die Orientierung an den Eliten anderer Länder reicht also nicht aus. So wichtig Kulturprogramme von ARTE, Vorträge von und Seminare mit Intellektuellen, Sprachkurse für zukünftige Studenten usw. sind, und so wichtig die Ansprache zukünftiger Führungskräfte und Mittler ist, muss Auswärtige Kulturarbeit sich aber auch um eine gewisse Breitenwirkung kümmern. Nicht zuletzt der so genannte Karikaturenstreit hat gezeigt, wie wichtig eine breite, positive Meinung gegenüber Deutschland und Europa und wie wichtig gesellschaftlich weit verbreitete gegenseitige Kenntnis wäre, um Konflikte zu mindern oder zu entschärfen. Für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heißt dies nicht zuletzt, den Schul- und Berufsbildungsbereich im Auge zu behalten. Auch Literatur, Kunst und Musik können Breitenwirkung entfalten und gegenseitiges Interesse erzeugen.



Eine „Kultur des Dialogs“ sollte im übrigen Sachthemen in den Vordergrund rücken. Nicht der Dialog über den Dialog ist gefordert. Auch ein Religionsdialog ist nicht Aufgabe der Politik, sondern einer der Theologen oder religiösen Gemeinschaften, für die dies ein Sachthema ist. Generell sollte der Dialog Sachthemen und Zukunftsfragen behandeln, die beidseitig als Problem wahrgenommen werden und für die ideologische Überzeugungen und feste Werte selbst noch keine Lösung bieten. Beispiele sind etwa das Thema soziale Sicherung angesichts demographischer Veränderungen, Bioethik (Genforschung oder auch der Erhalt oder die Kommerzialisierung genetischer Ressourcen) oder die Zusammenhänge von Ökologie und Wachstum.

Schließlich beginnt eine „Kultur des Dialogs“ zu Hause. Die Anziehungskraft auch unserer Werte, unserer Kultur oder unseres politischen Systems misst sich im Ausland auch an der Qualität unseres Bildungswesens (Universitätsrankings sind ernst zu nehmen, auch wenn wir ihre methodischen Grundlagen kritisch sehen mögen; Pisa-Studien werden auch im Ausland wahrgenommen) und natürlich an unserer Migrations- und Integrationspolitik.

Auswärtige Kulturpolitik muss sich darüber im Klaren sein, dass ihr Erfolg und der Erfolg von Kulturdialogen unter Umständen von Politik in anderen Feldern abhängt (Innenpolitik, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik), die anderen Rationalitäten folgt und folgen müssen als die Auswärtige Kulturpolitik selbst. Dies ist eine Herausforderung, kein unüberwindliches Hindernis. Am ehesten lässt sie sich vielleicht, gerade auch im Dialog, durch Offenheit – und durch offene, ehrliche Information über die Grundlagen und Interessen deutscher und europäischer Politik – bewältigen.

Was bedeutet überhaupt Kulturdialog? von Naika Foroutan

→ *Der kulturell aufgeladene Konflikt zwischen dem Westen und der islamisch geprägten Welt geht auch auf beidseitig empfundene Überlegenheit der eigenen kulturellen Werte zurück. Der Kulturdialog kann Überlegenheitsgefühle abbauen, etwa durch die gemeinsame Bekämpfung von Problemen wie Klimawandel, Massenarbeitslosigkeit oder prekäre demographische Entwicklungen.*

Kultur hat einen immanent politischen Stellenwert eingenommen. Seitdem die Ideologien als identitätsstiftende Kriterien für etliche Nationalstaaten weggebrochen sind, ist eine Tendenz zur Aufwertung von Kultur, Religion und Tradition als sinnstiftende Kriterien zu beobachten. Dies ist zwar vermehrt in der islamischen Welt der Fall, aber nicht nur dort. Die Rückkehr des Sakralen, eine Hinwendung zu Traditionen und postsäkulare Gedankenstrukturen sind auch innerhalb der westlichen Welt feststellbar.

Kultur ist Kernbestandteil dessen, was wir Werte nennen. Und diese werden im Zuge der Globalisierung von allen Teilnehmern der globalen Weltordnungsstruktur gemeinsam mit ihren Industriegütern, Rohstoffen, Informationsangeboten etc. vermarktet. Strukturelle Globalisierung geht mit der Vorstellung einher, auch eigene kulturelle Werte als Standards mit zu exportieren, wie etwa der Westen säkulare Demokratien und freie Marktwirtschaft. Nachdem die islamische Welt ein halbes Jahrhundert in bipolare Blockkonfrontationen eingebunden war, beansprucht sie ihrerseits ein Mitspracherecht bei der Neustrukturierung der Weltordnung. So treffen infolge der Globalisierung die Werte zwangsläufig konkurrierend aufeinander.

Mit der „Globalisierung der Risiken“, die Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik konstatiert, tritt Kultur aus ihrem angestammten Raum heraus: Sie ist nicht mehr auf Bildung, Sprache und Kunst beschränkt. Mit der Vorstellung eines „Kampfes der Kulturen“ wird das Kulturelle – gerechtfertigt oder nicht – innen- wie außenpolitisch mit Sicherheitsfragen vermengt. Debatten um Sicherheitspakete, Rasterfahndung, um den Umgang mit Hasspredigern und islamistischem Terrorismus sind immer auch kulturelle Wertedebatten.

▷▷ *„Debatten um Sicherheitspakete, Rasterfahndung, um den Umgang mit Hasspredigern und islamistischem Terrorismus sind immer auch kulturelle Wertedebatten.“*

All dies fördert bei uns Entfremdung und Misstrauenserfahrungen zwischen der Kerngesellschaft und den muslimischen Migranten. Andererseits wird losgelöst vom US-Diskurs der „Achse des Bösen“ oder der „zivilisierten Welt gegen die Barbarei“ derzeit vor allem von Seiten der islamischen Welt jeder Interessendiskurs mit kulturellen Vokabeln gefüttert. So gilt dort das Atomprogramm Irans manchmal als islamisches Recht, manchmal als Grundlage des Ehrgefühls der iranischen Nation. Hinter dieser Kultur-Argumentation stecken legitime Interessen der Selbstverteidigung und machtpolitische Interessen, den Iran als eine Regionalmacht zu etablieren – aber nicht in erster Linie die kulturelle Selbstbehauptung.

Kulturdialog ist derzeit weniger ein philosophisch-moralischer Diskurs zur Verbesserung des Weltfriedens, er ist mehr – der Überbewertung des Faktors Kultur geschuldet – ein strategischer Sicherheitsdiskurs. Daher sucht auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nach neuen Wegen der Artikulation: Dass der Kulturdialog heutzutage auf genuine Teilbereiche der Innen- und Außenpolitik abfährt, hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik schon mit ihrer *Konzeption 2000* in Teilen berücksichtigt.

Es ist ein Gemeinplatz, dass es zu viel Unkenntnis auf beiden Seiten, nur wenig echtes Wissen und viele „Eindrücke“ gibt – wobei ich hier aber nicht wie Volker Perthes Indifferenz meine. Vielmehr hat sich das Interesse für die Gegenseite erhöht. Auch wenn dieses Interesse auf Angst gründet, ist diese doch der Katalysator dafür, dass die Ignoranz gegenüber der anderen Seite abnimmt, vor allem von Seiten des Westens. Vielleicht bildet die Vokabel „abnehmen“ die Realität dabei ungenügend ab. Eher wird die Ignoranz momentan von Vorurteilen und so etwas wie archaischen Urängsten verdrängt. Doch parallel dazu entsteht auch vermehrtes Wissen über den Anderen. Es noch weiter zu fördern, sollte ein Ziel des Kulturdialoges sein.

Ein weiteres wichtiges Ziel sollte die Herstellung von Gleichwertigkeit sein. Der derzeitig kulturell aufgeladene Konflikt rührt auch aus der jeweils von beiden Seiten empfundenen Überlegenheit der eigenen kulturellen Werte, Standards, Errungenschaften und Zukunftsvisionen: Wo der Westen sich wegen seiner technischen Errungenschaften überlegen sieht, belächelt die islamische Welt deren Unterlegenheit im Rohstoffsektor. Wo die westliche Welt Menschenrechte, Demokratie und Schutz der natürlichen

Ressourcen als kulturelle Werte oder Zukunftsvisionen hochhält, bemängelt die islamische Welt doppelte Standards, Verfall der Gesellschaften durch Vereinsamung und Überalterung und sieht sich aufgrund seines stärkeren familiären Zusammenhaltes und der Jugendlichkeit seiner Gesellschaften im Vorteil. Hier kommt es dem Kulturdialog zu, diese Überlegenheitsgefühle abzubauen: Entweder durch die gemeinsame Bekämpfung von Problemen wie Klimawandel, Massenarbeitslosigkeit und prekäre demographische Entwicklungen. Oder durch die Betonung von gemeinsamen Interessen in der Gestaltung zukünftiger Weltordnungsmodelle.

▷▷ *„Wo die westliche Welt Menschenrechte, Demokratie und Schutz der natürlichen Ressourcen als kulturelle Werte hochhält, bemängelt die islamische Welt doppelte Standards, Verfall der Gesellschaften durch Vereinsamung und Überalterung.“*

Oft ist zu hören, dass im Kulturdialog die Gemeinsamkeiten nur deshalb immer wieder betont werden, um eine künstliche Harmonie zu erzeugen und dem Konflikt auszuweichen. Der Kulturdialog beginnt aber im Moment des Konflikts, wir befinden uns mittendrin. Die Unterschiede sind derzeit gegenwärtiger denn je. Wir suchen nicht Konfliktausweichungs-, sondern Konfliktregulierungsmöglichkeiten: durch gleiche Handlungs- und Verständigungschancen. Wir müssen von der Asymmetrie zur Symmetrie kommen.

Dabei muss klar sein, dass der Kulturdialog zwar ein Dialog auf gleicher Augenhöhe ist. Aber gemeinsam formulierte Forderungen gehören ebenso zum fundamentalen Funktionskatalog von Kulturdialogen. Erst wenn sie beidseitig festgehalten sind, ebenso wie die Vorwürfe, kann an einem gemeinsamen Konzept zur Konfliktregulierung oder zur Zukunftsgestaltung gearbeitet werden.

Zudem müssen, um den Kulturdialog in der Politik als konfliktregulierendes Modell zu etablieren und um Erwartungsstabilität und Planungssicherheit zu erlangen, Möglichkeiten zu dessen Institutionalisierung geschaffen werden. Denn nach dem Wegfall von Hemmnissen vertiefen oder erweitern sich Institutionen konsequent. Je mehr sie Fuß fassen, desto mehr nehmen die Konflikte ab. Den Kulturdialog etablierende Institutionen sind somit gleichbedeutend mit Fortschritt und politischer Kompetenz, sie verkörpern erkenn- und nachahmbare Modelle guter politischer Ordnung, mit ihnen kann der inter-zivilisatorische Kulturdialog präventiv zur Konfliktregulierung beitragen.

Die institutionelle Verankerung unterschiedlicher Dialogebenen kann das Verhältnis zwischen den ehemaligen Konfliktgegnern zeitlich stabilisieren und einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess vorantreiben, der bereits im Vorfeld Systemstörungen wahrnehmen und darauf reagieren kann.

Die Institutionalisierung des Kulturdialoges findet auf mehreren Parallelebenen bereits statt – auf der Graswurzel- wie auf oberster Staatsebene. Es braucht jedoch weitere Dialogebenen, die vorrangig dazu beitragen sollen, den inter-zivilisatorischen Kulturdialog auf gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Stufe zu institutionalisieren. Ich denke dabei an dialogische Institutionen in:

1. Staat und Regierung 2. Wirtschaft 3. nichtstaatlichen Bürgerinitiativen beziehungsweise NGOs 5. Wissenschaft und Forschung 6. Religion 7. Medien 8. Stiftungen und bei Sponsoren



Dabei sind diese Ebenen natürlich keine starren Konstrukte, sondern können selbst wiederum in unterschiedliche Ebenen zerlegt werden. Sie sollen jedoch einen vorläufigen Orientierungsrahmen für die Umsetzung von Kulturdialogen bieten und dem Vorurteil entgegenwirken, dass Kulturdialog nur eine Randdebatte kultureller Foren sei.

Wenn auf einer der Ebenen der Dialog abreißt, so wird er doch auf den anderen weitergeführt. Die Ebenen sind gleichwertig und gewährleisten die nötige Konstanz, um aus beginnenden Dialogen einen fortlaufenden, kontinuierlichen Prozess zu formen. Die Vernetzung und Institutionalisierung der Dialoge müsste ein Ministerium für Kulturdialog übernehmen, welches die Bemühungen der unterschiedlichen Ebenen zu koordinieren hilft.

Ein solches Ministerium könnte vor allem auch die unvergleichlich wichtige Kontinuität gewährleisten: Kulturdialog ist ein Prozess. Dabei kommt es darauf an – wie bei jedem Prozess –, dass sich die Abfolge wiederholen muss, damit die Leistung oder das Produkt erstellt werden kann.

Das mögliche Ergebnis sollte überzeugen: Sicherheit und Systemstabilität sollten geschaffen werden. Integrationssysteme könnten aufgebaut werden. Konfliktregulierung und Abbau von Denkbarrieren wären möglich: zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft auf nationaler Ebene und zwischen verfeindeten Zivilisationen auf internationaler Ebene.

Ende der Ignoranz von Kurt-Jürgen Maaß

→ *Um gegenseitige Vorurteile, kulturelle Indifferenz und Ignoranz zwischen dem Westen und der islamisch geprägten Welt zu überwinden, kommt es darauf an, Wissen zu vermitteln. Dazu gehört auch das Zuhören. Die Instrumente hierfür müssen nicht neu erfunden werden. Sie sind bekannt und müssen nur angewandt werden.*

Der Dialog mit der islamisch geprägten Welt ist eine der größten Herausforderungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Das Institut für Auslandsbeziehungen betreibt seit vielen Jahren den Kulturdialog mit islamisch geprägten Gesellschaften. Vor allem durch unsere Konferenzen, Gespräche und Publikationen kennen wir inzwischen die Interessen der jeweiligen Gesellschaften am Dialog mit dem Westen. Sie sind ausgeprägt und vielfach formuliert.

So wird immer wieder betont, dass die junge Generation miteinander sprechen muss. Um gegenseitige Vorurteile, kulturelle Indifferenz und Ignoranz zu überwinden brauchen wir mehr Informationen und gegenseitige Kenntnis der Länder und Gesellschaften. Die Medien sind angehalten, den Journalistenaustausch zu fördern, über gegenseitige Wahrnehmungen zu sprechen und ihre Verantwortung im Dialog der Kulturen realisieren.

Eine wichtige Forderung besteht darin, dass das Völkerrecht gestärkt und beachtet werden muss. Dies würde dem Westen zu mehr Glaubwürdigkeit in der Region verhelfen, den man dort der Anwendung „doppelter Standards“ bezichtigt. Um Ungleichgewichte und Konfliktpotential abzubauen, muss die wirtschaftliche Entwicklung der ärmeren und armen islamisch geprägten Länder verstärkt gefördert werden.

Wir wissen, dass Kulturdialog keine politischen Krisen lösen kann. Er macht auch nur Sinn, wenn die Politik ernsthaft an der Konfliktlösung arbeitet. Eine Hauptforderung aus den islamisch geprägten Gesellschaften lautet denn auch, dass im Palästina-Israel Problem eine ehrliche Lösung gesucht werden muss.

Schließlich muss das Thema politische Gewalt in Medien und Gesellschaften stärker diskutiert werden. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Westen und den islamisch geprägten Ländern im Umgang mit politischer Gewalt sollten den Gesellschaften vermittelt werden.

Für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kommt es künftig darauf an, stärker auf diese Interessen einzugehen. Die Instrumente für den Dialog sind vorhanden und auch von der islamisch geprägten Welt akzeptiert: Der akademische Austausch steht im Vordergrund des Interesses. Gemeinsame Arbeit an wichtigen Themen, gemeinsame Studien sind ein akzeptierter Ansatz. Mehr interkulturelles Training kann bessere Voraussetzungen für den Dialog schaffen. Verstärkte Zusammenarbeit in der Journalistenausbildung und mehr Austausch unter den Medien kann wichtige Fortschritte bringen. In Konferenzen kann die Auseinandersetzung mit gemeinsam definierten Themen vorangebracht werden. In zusammen vereinbarten Wirtschaftsforen kann die Verantwortung der westlichen wie auch der islamisch geprägten Welt selbst für die wirtschaftliche Entwicklung thematisiert werden.

Wann nutzen wir diese Instrumente endlich noch stärker?

Es besteht kein Zweifel: Eine wachsende Zivilgesellschaft in islamisch geprägten Ländern bringt spürbare Fortschritte in gegenseitigem Verständnis und gemeinsamem Denken. Wichtig ist es daher, einen Dialog darüber zu führen, wie solche Institutionen geschaffen und unterstützt werden können.

Der Kulturdialog sollte Breitenwirkung entfalten. Es müssen Intellektuelle, Journalisten, Lehrer, Schriftsteller, Entscheider angesprochen werden. Es geht auch darum Gemeinsamkeiten zwischen dem Westen und der islamisch geprägten Welt zu betonen. Das gemeinsame menschliche Erbe kann in einer Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen noch besser herausgearbeitet werden.

▷▷ *„Der Kulturdialog sollte Breitenwirkung entfalten. Es müssen Intellektuelle, Journalisten, Lehrer, Schriftsteller, Entscheider angesprochen werden.“*

Die Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, Dialogzentren zu schaffen. Der CrossCulture-Austausch auch über Praktika in zivilgesellschaftlichen Institutionen und in Medien sollte intensiviert werden.

Einer meiner Hauptforderungen an die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist denn auch, die Zivilgesellschaft stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu rücken. Ein weiteres Anliegen betrifft das Thema Internationalisierung. Hier steht die islamische Welt erst am Anfang. Von daher kommt auch der Wunsch aus der Region, über Fragen des Völkerrechts und

der Internationalisierung gemeinsam zu sprechen. Die islamisch geprägte Welt arbeitet bislang nahezu ausschließlich über die Organisation der Islamischen Konferenz, die Arabische Liga und den Golf-Kooperationsrat zusammen (von der Mitgliedschaft in Unterorganisationen der Vereinten Nationen abgesehen). Von der spektakulären Multilateralisierung der westlichen Welt in den letzten 50 Jahren ist die islamisch geprägte Welt noch weit entfernt.

Wann beginnen wir endlich, mit den Ländern der islamisch geprägten Welt über dieses wichtige Thema zu sprechen und sie vom Nutzen der Internationalisierung zu überzeugen?



Kulturpolitik contra „Tagespolitik“ von Aktham Suliman

→ *Auch unbequeme Partner, wie etwa Anhänger islamistischer Ideologien im Nahen Osten, sollten zu den Zielgruppen der Auswärtigen Kulturpolitik gehören. Eine Politik des Boykotts und der ausschließlichen Suche nach Gleichgesinnten ist nicht mehr zeitgemäß.*

Ende der neunziger Jahre widmete sich Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik in einem Artikel der Frage: Welche Politik ist gegenüber dem damals unter Embargo stehenden Irak unter Saddam Hussein die richtige? Interessanterweise kam der Politikwissenschaftler zu folgendem Ergebnis: Selbst wenn eine bestimmte Politik wie die damalige Boykottpolitik gegenüber dem Irak falsch ist, bleibt sie manchmal alternativlos. Am Ende seiner Überlegungen empfiehlt Perthes, den Austausch von Studenten zwischen dem Irak und dem Westen jedoch nicht der Embargopolitik zu opfern. Soviel zur Theorie. Die Praxis sah und sieht oft anders aus. Kulturpolitik folgt der Außenpolitik und wird nicht selten, genauso wie Entwicklungspolitik, als eine Art „Belohnungspolitik“ missbraucht.



Studentenaustausch ist ein wesentlicher Aspekt und Bestandteil einer jeden Kulturpolitik. Es ist sogar wichtiger, diesen mit Ländern zu betreiben, die nicht gerade die besten Beziehungen zum eigenen Land haben. Kurzum: Kulturpolitik sollte nicht immer eine Ergänzung der „Tagespolitik“ sein. Manchmal kann sie Alternativen zur Tagespolitik bieten oder einer neuen Politik den Weg bereiten. Ein entscheidender Vorteil hierzu ist die Langatmigkeit beziehungsweise -fristigkeit der Kulturpolitik, deren Früchte nicht in Vier-Jahres-Rhythmen oder sonstigen Zeiten von Legislativperioden geerntet werden können.

Die Amerikanische Universität in Beirut hat in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts viele Gegner der amerikanischen Außenpolitik hervorgebracht, vor allem linke libanesische und palästinensische Eliten. Dennoch waren und sind die amerikanischen Universitäten in der Region die beste Brücke zwischen dem Nahen Osten und den Vereinigten Staaten. Man kann sie mit Fug und Recht als die positivste und wirkungsvollste „politische“ Initiative der Amerikaner im Nahen Osten bezeichnen. Damit wird deutlich: Kulturpolitik ist zwar stets auch Interessenpolitik, aber eine Politik der legitimen Interessen, was von der „Tagespolitik“ nicht immer behauptet werden kann.

▷▷ *„Mit Fug und Recht kann man die amerikanischen Universitäten als die positivste und wirkungsvollste „politische“ Initiative der Amerikaner im Nahen Osten bezeichnen.“*

Anders als die klassische Außenpolitik, die trotz vermeintlichem Pragmatismus als Gesamtpaket und zusammenhängende Gesamtweltanschauung auftritt, können Menschen im Ausland die auswärtige Kulturarbeit eines Landes auch anders oder von dessen Außenpolitik abgekoppelt wahrnehmen.

So mögen in den siebziger und achtziger Jahren das Goethe-Institut und das Kulturzentrum der Deutschen Demokratischen Republik in Damaskus oder anderswo als Aushängeschilder für das jeweilige Land oder System gedacht gewesen sein. Für viele Einheimische waren sie „nur“ Sphären des Kulturellen, ein Platz, wo ein niveaureicher Film gesehen oder ein gutes Buch präsentiert wurden. Dabei musste es sich nicht einmal um deutsche Filme oder Bücher handeln. Auswärtige Kulturarbeit kann auch

durch die Unterstützung lokaler Kulturen umgesetzt werden, ohne notwendigerweise das spezifisch „Deutsche“ dabei zu verlieren.

Zwei Aspekte sind für den deutschen Kulturdialog mit der islamisch geprägten Welt wesentlich: Zum einen der Umstand, dass der deutsche nationale Charakter der Kulturpolitik zusehends von anderen Kategorien überlagert wird. So wird die deutsche Kulturpolitik oft als europäische verstanden, sowohl von den Betreibern als auch von den Adressaten dieser Politik. Häufig ist auch das Adjektiv „westlich“ zu hören, was in bestimmten Regionen wie dem Nahen Osten nicht unbedingt als etwas Positives verstanden und empfunden wird.

Zweitens ist die Frage der richtigen und differenzierten Wahrnehmung der „anderen Seite“ und deren Vielfältigkeit absolut wichtig. Sie muss von deutscher Seite als Dialogpartner voll akzeptiert werden.

Eine Kulturpolitik, die nur auf Wunschpartner oder Eliten zugeschnitten ist, ist zum Scheitern verurteilt. Auch unbequeme Partner, wie etwa Anhänger islamistischer Ideologien im Nahen Osten, können und sollten eine Zielgruppe Auswärtiger Kulturpolitik sein, solange diese dialogbereit sind. Eine Politik des Boykotts und der ausschließlichen Suche nach Gleichgesinnten auf der anderen Seite ist nicht mehr zeitgemäß – wenn auch bequem.

Oft wird die Frage gestellt: Kann Kulturpolitik als Friedenspolitik gesehen werden und Konflikte lösen? Ja, sie kann eine Friedenspolitik sein. Konflikte lösen kann sie allerdings nicht, eher Konflikte im Vorfeld vermeiden. Und das ist eine ganze Menge.

Zwischen Dialog und „Besendung“

von Christoph Lanz

→ *Auf dem internationalen Fernsehmarkt werden die Karten neu gemischt. Dem Global Village stehen allerdings schwer zu überbrückende kulturelle Differenzen entgegen, die zu Missverständnissen führen. Viele Nationen wollen sich auch außerhalb des eigenen Kulturkreises richtig verstanden wissen und verstärken ihre Aktivitäten in der internationalen Kommunikation.*

Der Fokus der Medien wird internationaler. Sie sind Motor und Spiegelbild der Globalisierung, die mit zunehmender Geschwindigkeit voranschreitet und mehr und mehr Bereiche des Lebens erfasst. Dieser Prozess wird immer komplexer, in seiner Entwicklung schwerer prognostizierbar und zunehmend instabil. Die Spieler im Konzert globaler Kommunikation werden zahlreicher, unterstützt durch die rasanten Innovationen der Informationstechnologie. Vor allem auf dem internationalen Fernsehmarkt werden die Karten neu gemischt. Dem Global Village stehen schwer zu überbrückende kulturelle Differenzen entgegen. Viele Nationen wollen sich außerhalb des eigenen Kulturkreises richtig verstanden wissen und verstärken ihre Aktivitäten im internationalen Kommunikationsbereich. Play global, think local: die Botschaft steht im Vordergrund, nicht die Sprache.

Die USA wollen das Nachrichtenprogramm des staatlich finanzierten arabischsprachigen TV-Senders *Al Hurra* auf 24 Stunden ausweiten. Die *BBC* plant einen eigenen *Arabic Television Service* für 2007 und ein achtstündiges Farsi-Fenster für 2008. Frankreich möchte mit *France 24* noch in diesem Jahr einen französisch- und einen englischsprachigen Nachrichtenkanal auf Sendung bringen, Arabisch und Spanisch sollen folgen. Sogar *Russia Today*, erst seit Dezember 2005 in Betrieb, arbeitet bereits an einem eigenständigen arabischsprachigen Sender.

Das Auslandsfernsehen der *Deutschen Welle*, *DW-TV*, verbreitet ein Nachrichten-, Informations- und Kulturprogramm in Deutsch und Englisch rund um die Uhr. Alle Sendungen werden als integrierter zweisprachiger Auftritt global abgestrahlt. Sie sind überall auf der Welt gleichzeitig und in gleicher Form zu empfangen. Das Fernsehen der *Deutschen Welle* sendet Nachrichten

sowie Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur aus deutscher und europäischer Sicht. Es wendet sich insbesondere an Meinungsführer, Entscheidungsträger und potenzielle Multiplikatoren. Diese Zielgruppe ergibt sich per se aus der Nutzung des Mediums Fernsehen im transnationalen Kontext; sie ist nur mit einem fremdsprachigen Angebot zu erreichen.

Seit Sommer 2002 strahlt *DW-TV* im Rahmen seines 24-Stunden-Programms ein dreistündiges arabisches Fenster über den Satelliten Nilesat aus. Über diese technische Plattform werden ca. 10 Millionen Haushalte in 22 arabischen Ländern erreicht. Gestartet im März 2005, ist *DW-TV* der erste europäische Sender, der Nachrichten in arabischer Sprache, präsentiert von arabischen Moderatoren, sendet.

Die *BBC* plant einen *Arabic Television Service* und ein Farsi-Fenster. Frankreich möchte mit *France 24* einen französisch- und einen englischsprachigen Nachrichtenkanal auf Sendung bringen, Arabisch und Spanisch sollen folgen.

Ein zweistündiges regionales Fenster wird in spanischer Sprache für Nord- und Lateinamerika gesendet. Trotz der relativ kurzen Sendestrecke ist das spanische Programmangebot eines der erfolgreichsten der *Deutschen Welle*: Zurzeit übernehmen 897 regionale und lokale Fernsehstationen in Lateinamerika das Programmangebot. Damit ist *DW-TV* in über 10 Millionen Haushalten in Lateinamerika zu empfangen, dazu kommen über 2200 Hotels.

▷▷ *„Die Deutsche Welle fördert den Dialog der Kulturen und setzt sich ein für Völkerverständigung und Toleranz. Der deutsche Auslandsrundfunk vermittelt die Werte freiheitlicher Demokratie und tritt für die Menschenrechte ein – mit umfassender, wahrheitsgetreuer und pluralistischer Berichterstattung.“*

Die Verbreitung und Förderung der deutschen Sprache ist für die *Deutsche Welle* eine unverzichtbare Aufgabe. Denn mit dem Interesse an der Sprache geht in der Regel ein ausgeprägtes Interesse an der deutschen Kultur und den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland einher. Gleichzeitig kann aber nicht das Beherrschen einer bestimmten Sprache notwendige Bedingung zum Einstieg in einen Dialog sein. Eine sprachliche Anpassung an den Dialogpartner ist unerlässlich, um eine erfolgreiche inhaltliche Kommunikation zu gewährleisten.

Deshalb spricht *DW-TV* die Hauptzielgruppe der Multiplikatoren und Entscheidungsträger mit ihrer Lingua franca, Englisch, an. Um in den Dialog mit der arabischen Welt eintreten zu können, hat *DW-TV* das arabischsprachige Fenster in den vergangenen Jahren zu einem Schwerpunkt der Programmarbeit ausgebaut. Ziel ist die auf objektiver Information beruhende Vermittlung und Erläuterung westlicher Wertvorstellungen und die Förderung des Austauschs der Kulturen. Bereits 2007 soll das arabische Fenster auf mindestens sechs Stunden ausgeweitet werden.

Fernsehen per se ist kein dialogisches Medium. Es kann zwar, mit den Worten von Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die „Vermehrung der gegenseitigen Kenntnis“ und damit den „gegenseitigen Respekt fördern“ und ist insofern einem Dialog der Kulturen zuträglich. Andererseits ermöglicht das Medium in der Regel nur wenige Möglichkeiten des Feedbacks, sondern „besendet“ die Zuschauer. Um einen tatsächlichen Austausch zu ermöglichen und somit dem Anspruch eines Dialoges gerecht zu werden, muss *DW-TV*, vor allem in den Fremdsprachen, auf die potentiellen Dialogpartner in den Zielregionen zugehen.

Dies geschieht durch Kooperationen, die den Austausch und Dialog auf dem Bildschirm ermöglichen. Dazu gehört zum Beispiel die in Koproduktion mit *Abu Dhabi TV* hergestellte Talkshow „Meet Europe“, eine politische Talkshow, die ausschließlich für das arabische Programm von *DW-TV* produziert wird. Darin diskutieren europäische und arabische Gäste über aktuelle bilaterale Themen. Diese Sendung veranschaulicht, wie ein tatsächlicher Dialog der Kulturen mit Hilfe des Mediums Fernsehen erreicht werden kann. Mit derartigen Koproduktionen gelingt es, eine Brücke zu schlagen, ohne den Zuschauern westliche Sichtweisen aufzuzwingen. Die Kooperationspartner öffnen durch ihren redaktionellen Input – die Auswahl von Gästen und Themen zum Beispiel – eine Art Rückkanal, der den Dialog erst ermöglicht.



Zusammenfassung der Diskussion

Ob Karikaturenstreit oder Papstrede: Für das angespannte Verhältnis zwischen dem Westen und der islamisch geprägten Welt gab es in letzter Zeit viele Belege. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann mit ihrem spezifischen Instrumentarium helfen, Feindbilder und Gewaltbereitschaft abzubauen. Die Arbeitsgruppe diskutierte, wie man dies im Kulturdialog mit der islamisch geprägten Welt verwirklichen könne.

Festgestellt wurde, dass der Dialog mit der islamisch geprägten Welt eine der größten Herausforderungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sei. Trotz vielfältiger Dialogbemühungen und wachsender Möglichkeiten Informationen übereinander zu bekommen, sei das Verhältnis zwischen beiden Kulturkreisen nach wie vor von Missverständnissen und stereotypen Wahrnehmungen bestimmt.

Der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, **Volker Perthes**, unterstrich, dass es sich nicht im Sinne Huntingtons um einen Clash der Kulturen handele. Vielmehr sei das gegenseitige Verhältnis von Unwissen oder sogar Ignoranz geprägt. Der Kulturdialog könne dabei helfen, diese zu überwinden. Er müsse weiterhin als Zweibahnstrasse ausgerichtet sein – jedoch unter Anerkennung der ihm zugrundeliegenden Interessen. Dabei müsse man sich im Klaren sein, dass er bestehende politische Interessenkonflikte nicht lösen könne. Durch Dialog und respektvollen Umgang könnten jedoch Stereotype und Vorurteile abgebaut werden.

▷▷ **Prof. Dr. Volker Perthes** (*1958) ist seit Oktober 2005 Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zuvor war er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika (1992–2005) sowie Assistant Professor der „American University of Beirut“ (1991–1993). Perthes' Forschungsfelder sind außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen Deutschlands und der EU, Transatlantische Beziehungen, regionale Dynamiken und politischer Wandel im Nahen und Mittleren Osten.

Wenn von einem Kulturdialog in einer globalisierten Welt gesprochen werde, müsse verstanden werden, dass wir inzwischen auch eine Globalisierung der Risiken haben, sagte Perthes. Und dies bedeutete für die Auswärtige Kulturpolitik auch eine sicherheitspolitische Überlagerung, ergänzte **Naika Foroutan**, Dozentin an der Freien Universität Berlin. Damit verlasse die Kulturpolitik ihren angestammten Raum und der Kulturdialog greife in den Sicherheitsdialog über und somit in genuine Teilbereiche der Innen-

und Außenpolitik. Wenn aber Kulturpolitik zum Teilbereich der Sicherheitspolitik werde, sei sie nicht mehr frei von Interessen, was wiederum ihre Ernst- und Glaubhaftigkeit in Frage stelle.

▷▷ **Dr. Naika Foroutan** (*1971) lehrt und forscht an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, außerdem arbeitet sie als freie Analystin für die spanische Fernseh-Politikshow *Quadrige* der Deutschen Welle zu den Bereichen Nahost, Terrorismus und Migration.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe kam zu folgenden Ergebnissen: Um gegenseitige Vorurteile, kulturelle Indifferenz und Ignoranz zu überwinden, komme es darauf an, in eine Phase der Wissensvermittlung einzutreten. Dabei müsse der kooperative Ansatz im Vordergrund stehen der auf der Basis eines gemeinsam erarbeiteten Katalogs von Forderungen entwickelt werden müsse.

Der Kulturdialog, so eine mehrfach formulierte Feststellung, dürfe sich nicht auf Eliten beschränken, sondern müsse sich verstärkt auf die junge Generation konzentrieren und Breitenwirkung entwickeln sowie sämtliche gesellschaftlichen Akteure einbinden. Eine permanente Überprüfung der Einstellungen, etwa zu Demokratie und Menschenrechten, als Voraussetzung für die Partizipation am Kulturdialog behindere Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Dialogs. Ein glaubwürdiger Dialog darf nicht ausgrenzen, lautete eine Forderung, denn die liberalen Eliten sind die Minderheit, und konservative Gruppen müssten verstärkt Partner werden. Wer als Dialogpartner in Frage käme, dafür müssten erst noch Kriterien entwickelt werden.

Weiter wurde gefordert, dass Sachthemen in den Vordergrund gestellt werden müssten, anstatt sich in einem „Dialog über den Dialog“ zu verlieren. Daneben müssten aber auch Dialogstrukturen gefunden werden, in denen das Problem der Gewalt thematisiert werde. Eine sachorientierte Kulturpolitik müsse zudem langfristig angelegt sein. Als positive Beispiele für einen gelungenen Kulturexport wurden von **Aktham Suliman**, Deutschlandkorrespondent und Büroleiter von Al Jazeera in Berlin, die American Universities in Beirut und Kairo als langfristige Investitionen der USA angeführt.

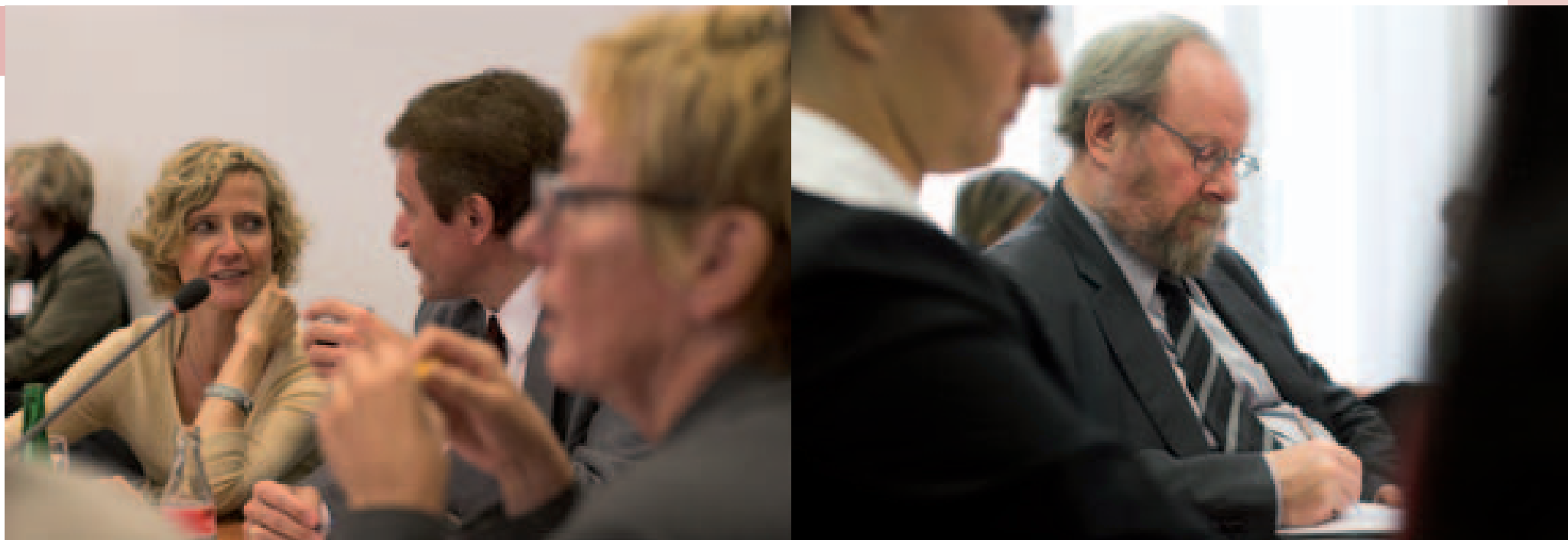
▷▷ **Aktham Suliman** (*1970) berichtet für den arabischen TV-Sender Al-Jazeera aus Deutschland. Schon während seiner Ausbildung arbeitete er als Korrespondent für Abu Dhabi TV und Deutsche Welle Radio und schrieb für eine deutsch-arabische Zeitung. 2002 baute Suliman das Berliner Büro für Al Jazeera auf und fungiert dort seit diesem Zeitpunkt als Korrespondent und Büroleiter. Er war für den Sender unter anderem in Österreich, Griechenland, Tunesien, der Schweiz, Schweden sowie dem Irak journalistisch tätig.

Die Arbeitsgruppe appellierte an alle Akteure mehr und mehr Projekte gemeinsam zu machen. Eine gemeinsame Agenda müsse entwickelt werden, und **Kurt-Jürgen Maaß**, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen, fragte warum wir gelungene Kooperationen wie in Fall von ARTE, dem deutsch-französischen Jugendaustausch, der Deutsch-Französischen Hochschule oder dem deutsch-französischen Geschichtsbuch nicht als Beispiele nehmen.

▷▷ **Prof. Dr. Kurt-Jürgen Maaß** (*1943) ist seit Juni 1998 Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa). Er war Redakteur bei der Deutschen Universitäts-Zeitung, Direktor der Ausschüsse für Wirtschaft und Wissenschaft der Nordatlantischen Versammlung, Referent im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Referatsleiter beim Wissenschaftsrat in Köln, Abteilungsleiter und stellvertretender Generalsekretär bei der Alexander von Humboldt-Stiftung. Er ist Herausgeber der Zeitschrift „Kulturaustausch“. Er hat eine Honorarprofessur an der Universität Tübingen.

Schließlich wurde das Eigenbild in Frage gestellt: Bis in die neunziger Jahre habe man von den Werten des Westens sprechen können. „Der Westen“ sei aber nicht mehr „der Westen“, er habe Probleme mit seinem eigenen Wertekanon und insofern besitze er in der islamischen Welt kein Ansehen mehr. Dieser eigenen Schwäche müsse sich der Westen bewusst sein, bevor er von anderen Werte einklage.

▷▷ **Christoph Lanz** (*1959) arbeitet seit dem Start 1992 bei Deutsche Welle-TV, war dort als Chefredakteur tätig und wurde 2002 zum Direktor berufen. Seit 1995 ist er ferner Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Lanz arbeitete als freier Korrespondent für ARD- und RTL-Radio in New York (1984–1985), war später als Chef v.D. und stellvertretender Programmchef bei RIAS 2 (1985–1989) und Radio FFH (1989–1990) sowie als Moderator bzw. Chefredakteur bei RIAS TV (1990–1992) tätig.



Ergebnisse in Kürze

- Der Dialog mit der islamisch geprägten Welt ist derzeit eine der größten Herausforderungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.
- „Globalisierung der Risiken“ geht mit einer sicherheitspolitischen Überlagerung der Auswärtigen Kulturpolitik einher – sie verlässt ihren angestammten Raum. Gleichzeitig ist sie damit nicht mehr frei von (z. B. sicherheitspolitischen) Interessen, was wiederum ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellt.
- Auswärtige Kulturpolitik muss eine Zweibahnstraße sein – unter Anerkennung der ihr zugrunde liegenden Interessen. Kulturdialog kann einen wichtigen Beitrag leisten, nicht aber bestehende politische Interessenkonflikte auflösen.
- „Kultur des Dialogs“ ist Querschnittsaufgabe. Bestehende Instrumente (akademischer Austausch, Mediaustausch etc.) müssen stärker genutzt und erweitert werden.
- Kulturdialog darf sich nicht auf Eliten beschränken, sondern muss sich verstärkt auf die junge Generation konzentrieren, Breitenwirkung entwickeln und sämtliche gesellschaftliche Akteure einbinden.
- Eine „Kultur des Dialogs“ muss Sachthemen in den Vordergrund rücken statt sich in einem „Dialog über den Dialog“ zu erschöpfen.
- Der Kulturdialog sollte mehr und mehr dazu übergehen, gemeinsame Projekte zu entwickeln.



Abschlussdiskussion

3



„Für Deutschlands Zukunft: Wie auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit unseren Interessen dient“

Teilnehmer:

Georg Boomgaarden (*1948), Diplom-Geophysiker, seit 1. Juli 2005 Staatssekretär des Auswärtigen Amts. 1974 Eintritt in den Auswärtigen Dienst. Stationen in Buenos Aires und Managua sowie mehrfach in Moskau und Berlin. Von 2003 bis 2005 Deutscher Botschafter im Königreich Spanien.

Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann (*1940), Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz seit 1999. Nach einem Studium der Physik und Mathematik an den Universitäten Köln und Mainz und einer bibliothekswissenschaftlichen Ausbildung war er ab 1973 stellv. Direktor, ab 1978 Leitender Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/M. tätig. 1988 wurde er Generaldirektor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/M. 1998 ist er vom Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz einstimmig zum Präsidenten gewählt worden. Lehmann ist Vizepräsident des Goethe-Instituts. Er erlangte die Ehrenpromotion der Ludwig-Maximilians-Universität München; er erhielt eine Honorarprofessur für Wirtschaftsinformatik der Universität Frankfurt a.M. und eine Honorarprofessur für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin.

Hortensia Völckers (*1961) ist Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes (KSB). Hortensia Völckers war zuvor u.a. Referentin für Bildende Kunst des Siemens Kulturprogramms in München, Künstlerische Leiterin des Internationalen Festivals „Dance“ (München), Mitglied der Künstlerischen Leitung der „documenta X“ (1995–1997) und Co-Intendantin der Wiener Festwochen (1997–2002).

Prof. Dr. Margret Wintermantel (*1947), Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Einem Studium der Psychologie und Publizistik an der Universität Mainz und einer Promotion im Jahr 1972 folgten Forschungsaufenthalte in Ann Arbor und Berkeley sowie 1986 ihre Habilitation im Fach Psychologie an der Universität Heidelberg. Seit 1992 ist Prof. Wintermantel als Universitäts-Professorin am Fachbereich Psychologie der Universität des Saarlandes in Saarbrücken tätig, bereits zwei Jahre später wurde sie deren Vizepräsidentin. 2000–2006 schließlich war Prof. Wintermantel Präsidentin der Universität des Saarlandes. Seit 2001 ist sie Mitglied im Präsidium und seit 2006 Präsidentin der HRK.

Moderation: Christoph Minhoff, Programm-Geschäftsführer von PHOENIX

Ob die Vermittlung eines realistischen Deutschlandbildes, die Präsenz deutscher Kulturinstitute in dynamischen Weltregionen oder der Wettbewerb deutscher Hochschulen um die besten Köpfe: In der Abschlussdiskussion kamen noch einmal zentrale Aspekte Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik zur Sprache. Eine der Fragen der Schlussdiskussion lautete: Wie dient Auswärtige Kulturpolitik deutschen Interessen? Dass diese keinesfalls „verschämt versteckt“ werden dürften, betonte **Georg Boomgaarden**, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. „Politik handelt von Interessen“, konstatierte er. Im Falle Deutschlands diene die auswärtige Kulturarbeit den Interessen eines demokratischen Staates, der „international vernetzt ist und wo jeder dritte Euro im Ausland verdient wird.“

Außen- und wirtschaftspolitisch sei das Land auf die globale Präsenz seiner Kulturarbeit angewiesen. Doch auch wenn in Asien oder den Golfstaaten dringend Goethe-Institute benötigt werden, dürfe das nicht auf Kosten Europas gehen. Das Argument, in Europa oder den Vereinigten Staaten sei „die Arbeit schon gemacht“, stimme mit der Realität nicht überein. Das Zusammenwachsen Europas erfordere mehr kulturellen Austausch und nicht weniger. Deutschland sollte sich daher über seine Stärken, etwa in der Wissenschaft, im Klaren sein und selbstbewusst auftreten. „Es geht darum, das, was wir haben, zu vermitteln und in den Austausch treten zu lassen“. Dafür reichten allerdings 6 Euro im Jahr pro Bürger nicht aus. Und die Arbeit in den USA sei notwendiger denn je und dürfe nicht darunter leiden, dass wir natürlich auch in Shanghai präsent sein müssen.

Dass die Wissenschaft ein wichtiger Motor für den internationalen Austausch sei, betonte **Margret Wintermantel**, Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz. Sie plädierte dafür, sich im Kultur- und Wissenschaftsaustausch in gemeinsame Lernprozesse zu begeben. „In der Wissenschaft haben wir es wirklich mit transnationalen Prozessen zu tun.“ Aber auch wenn das deutsche Wissenschaftssystem mit dem Bild von Deutschland im Ausland verbunden sei, gehe es weniger darum, ein Bild zu vermitteln, als sich an der globalen Wissenschaftsgemeinschaft zu beteiligen. Das System müsse offen sein, da Wissenschaft vom Austausch lebe. Und das Austauschinteresse an Inhalten sei in einzelnen Ländern sehr groß. Insbesondere China zeige Neugierde am deutschen Hochschulsystem.

Mobilität von Wissenschaftlern und Studenten sei wichtig und müsse weiter gefördert werden. Derzeit kämen 12,6 Prozent der Studierenden aus dem Ausland. „Wir müssen aber noch mehr ausländische Wissenschaftler an deutschen Hochschulen haben“, forderte Wintermantel. Um die besten Köpfe nach Deutschland zu locken, sollten einzelne Universitäten ihre Profil-

bildung intensivieren, mehr Netzwerkarbeit betreiben und ausländische Studenten besser betreuen. Die Vorteile für Deutschland lägen auf der Hand: „Leute, die in Deutschland studiert haben, gehören in Staaten wie Korea zur Führungsschicht. Sie bringen ein positives Deutschlandbild in ihre Länder und sind mit Deutschland vernetzt.“

Wie die Welt am Reichtum der deutschen Museumssammlungen teilhaben könne, veranschaulichte **Klaus-Dieter Lehmann**, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Mit einem speziellen Programm versuche seine Institution, ihre Sammlungen mit thematischen Ausstellungen etwa zur deutschen Romantik in ausländischen Metropolen bekannt zu machen. Medienwirksam realisiert beschränkten sich Blockbuster-Ausstellungen dort nicht auf Eliten. „Mit der Aufmerksamkeit, die wir gewinnen, setzen wir unsere Begleitveranstaltungen in Szene.“ Dies ermögliche es etwa, nicht nur Kunst, sondern auch die Brüche und Widersprüche der deutschen Geschichte zu thematisieren. „Wir zehren von unserem kulturellen Erbe, betten dies aber gleichzeitig in eine lebendige Umfelddiskussion.“

Über Kultur, so Lehmann, könne man ein Land identifizieren und mit anderen in den Dialog treten. Eine symbolträchtige Chance bestehe für Deutschland darin, den „leeren Schlossplatz im Herzen von Berlin“ durch ein Museum für außereuropäische Kunst zu füllen. „Das wäre eine wichtige Botschaft an die Welt“. Durch Kulturarbeit entstünden wichtige Schnittstellen, die bei einer reinen Interessenpolitik nicht existierten. „Man hat Gestaltungsräume, die man mit Leidenschaft, Emotion und künstlerischem Ausdruck füllen kann.“

Man dürfe Kultur aber nicht als Allheilmittel sehen und mit zu vielen Aufgaben überfrachten, warnte indes **Hortensia Völckers**, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes. Ebenso wenig reiche eine repräsentativ angelegte Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik aus. Vielmehr seien neue Programmformen nötig. Völckers empfahl inländische Problematiken in den internationalen Kontext zu stellen und umgekehrt. „Es muss nichts Neues erfunden werden, man muss nur genauer auf die Kulturpraxis schauen.“

Ein Hindernis sei die Trennung von Kulturaußenpolitik und Kultur im Lande. „Das macht das Arbeiten schwierig. Der unglaubliche Reichtum an Institutionen in Deutschland ist nicht wirklich mit dem Ausland vernetzt.“ Eine neue globale Netzwerkkultur sei daher nötig.

Die Diskussion kam zu dem Ergebnis, dass Kultur von selbst Netzwerke bilde, aber staatliche finanzielle Hilfe gefragt sei, um sie über Grenzen hinweg zu ermöglichen. Zugleich reiche es nicht aus, „deutsches Geld einzusetzen“. Menschen und die Begegnung von Menschen seien unabdingbar.

Ein breiter Ansatz, der Lebenswirklichkeiten wie Migration einschlieÙe, müsse über den Kreis der traditionellen Kulturmittler hinaus verfolgt werden. Private Stiftungen in Deutschland müssten ermuntert werden, mehr in Kultur zu investieren.

Zweifelloos sei für die auswärtige Kulturarbeit ein modernes Profil nötig. Doch auch traditionelle Schwerpunkte, wie etwa die Sprachenpolitik dürften nicht zu kurz kommen. „Sprache ist Teil deutscher Kultur. Weltoffenheit zeigt sich nicht im Gebrauch von Englisch“, sagte Klaus-Dieter Lehmann.

Neben dem Altbekannten, dass Auslandskulturarbeit nur widerspiegeln kann, was im Inland stattfindet, sowie Inlands- und Auslandsarbeit Hand in Hand agieren müssen, bestand die Botschaft der Schlussdiskussion darin: Es ist möglich offen und ehrlich über deutsche Interessen zu sprechen. Für die Glaubwürdigkeit deutscher Auswärtiger Kulturpolitik im Ausland ist eine solche Offenheit allemal ein Gewinn.



Abschlussrede

4



Staatssekretär Georg Boomgaarden

Verehrte Frau Professor Wintermantel,
 verehrte Frau Völckers,
 Professor Lehmann,
 Herr Minhoff,
 Herr Grolig,
 meine Damen und Herren,

ich habe einmal einen Spruch gesehen, den gab es sogar zu kaufen:
 „Eine Konferenz ist, wo viele rein gehen und wenig raus kommt.“ Sie haben
 dies dementiert. Ich bedanke mich deshalb zunächst beim Abschlusspanel
 und bei den Konferenzteilnehmern allgemein für die aktive Teilnahme,
 für substanzielle Beiträge und für konkrete Anregungen.

Zu den inhaltlichen Botschaften, die wir ja ausführlich vorhin ver-
 nommen haben, halte ich fest: Kultur- und Bildungsarbeit ist und bleibt
 ein wichtiger Bestandteil – geradezu ein Kernbestandteil – der Außenpolitik.
 Diese Konferenz hat belegt, dass es in unser aller Interesse liegt, die großen
 Möglichkeiten der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu nutzen.
 Kultur ist etwas, was Verständigung überhaupt erst ermöglicht. Verständi-
 gung ist ein Teil der Kultur, und Verständigung ist auch das Ziel von Außen-
 politik: Missverständnisse vermeiden, Verständigung ermöglichen.

Es wurde darüber gesprochen, dass wir die besten Köpfe gewinnen
 müssen. Ich ergänze dazu immer: Wir müssen auch innenpolitisch alles
 dafür tun, um die besten Köpfe hier nicht zu vergraulen. Beides ist kom-
 plementär.

Wir brauchen – das war die zweite große Linie dieser Konferenz –
 ein modernes Profil. Das heißt aber nicht, dass wir nicht aufsetzen auf
 einer bestehenden Tradition, die mit unserer Geschichte zu tun hat, mit
 den hellen und den dunklen Seiten, mit der Größe und dem Niedergang,
 mit dem, was von denen, die vor uns kamen, hinterlassen worden ist,
 und mit dem, was daraus wieder neu und kreativ entsteht.

Die traditionellen Schwerpunkte – die deutsche Sprache – verlieren
 dabei nichts an ihrer Bedeutung. Sprache ist Verständigung. Ich stelle
 gerade im internationalen Verkehr, wo wir uns natürlich aus beruflichen
 Gründen in vielen Sprachen bewegen, immer wieder fest: Es gibt keine

Sprache, in der man sich so ausdrücken kann, wie die eigene. Andere Sprachen sind immer ein Behelf. Ich setze mich dafür ein, möglichst viele Fremdsprachen zu lernen, aber diese bleiben doch ein Behelf. Die berühmte „lingua franca“ – Englisch – ist nicht nur ein Segen. Ich habe gerade einem britischen Kollegen gesagt, dass ich ihn darum beneide, dass er sich in seiner Sprache weltweit bewegen kann. Ich beneide ihn aber überhaupt nicht darum, was er sich weltweit anhören muss.

Die Auslandskulturarbeit kann nur widerspiegeln, was im Inland entsteht und stattfindet. Inlands- und Auslandsarbeit muss eng Hand in Hand gehen. Frau Völckers hat es erwähnt, dass das manchmal nicht ganz einfach ist. Deswegen halte ich hier auch überhaupt nichts von Ressort-Egoismen. Da muss man sich an einen Tisch setzen und miteinander reden. Kulturelle Vielfalt muss in der Kultur stattfinden, nicht in den Zuständigkeiten.

Was aus dem Inland in die Auswärtige Kulturpolitik fließt, sollte das sein, was uns hier „aufregt“. Und was regt uns auf? Da gibt es manchmal eine Ausstellung, die uns aufregt, manchmal sind es Theateraufführungen. Nicht jeder Skandal über irgendwelche Geschmacklosigkeiten eignet sich zum Export ins Ausland. Aber jedes Skandalon ist immer auch ein Denkanstoß. Doch Sie brauchen dann manchmal die Ortskenntnis der Auslandsvertretungen, damit sich im fremden Umfeld nicht zu viele Köpfe an diesem Denkanstoß stoßen. Dies ist ein Spannungsverhältnis, mit dem wir leben müssen. Wir haben eine großartige Kulturlandschaft, und es ist durchaus wert, diese auch anderen näher zu bringen.

Die Diskussion hat gezeigt, dass wir vor Ort präsent sein müssen. Dies möchte ich mit dem Dank an diejenigen verbinden, die Kultur schaffen, vertreten, verwalten und gestalten. Doch was immer wir tun, wir müssen im Ausland Flagge zeigen. Nicht unbedingt immer mit schwarz-rot-gold – ich selbst finde das sehr schön und trage es immer gern vor mir her, aber die Kultur hat viele Farben! Man ist im Ausland neugierig auf die, die aus Deutschland kommen.

Übrigens ist mir dieser Begriff „Migrationshintergrund“ nicht so sehr sympathisch. Ich finde, Filme von Fatih Akin sind deutsche Filme, genauso wie Filme von Roman Polanski amerikanische sind. Da sagt doch auch keiner, das sei ein Polen-Amerikaner. Diejenigen, die hier in unserem Lande Kultur schaffen und betreiben – und zwar völlig egal, mit welchem Hintergrund – sollen auch ins Ausland können. Hier wollen wir helfen.

Um Schwerpunkte der Auslandskulturpolitik zu setzen, reicht es nicht aus, das Geld prozentual auf Schwerpunktländer zu verteilen. Kultur ist kein „shareholder“-Betrieb, sondern ein Menschenbetrieb. Hier brauchen wir Eigentum – „ownership“ nennt man das wohl Neudeutsch –, indem Menschen sich Kulturarbeit zu eigen machen. Die Dispositionsmasse ist ja nicht Geld oder irgendwelche sachliche Struktur. Da stehen engagierte Menschen dahinter, die in den Gastländern dialogbereit sind, da stehen Kulturschaffende dahinter, die etwas geben wollen, und deswegen geht es um Menschenbegegnung, nicht allein um Mittelverwaltung, um Menschenkultur, nicht Geldkultur.

Im Verlauf der Debatten haben wir erlebt, dass sich der sehr breite Ansatz dieser Konferenz bewährt hat, denn wir müssen über den Kreis der traditionellen Kulturmittler hinausgehen. Wir haben ja heute morgen mit Herrn Kagermann gesehen, dass sich die Wirtschaft inzwischen der Kultur sehr stark zuwendet. Ich möchte nur vermeiden, dass umgekehrt die Kultur an die Wirtschaft herangeht, nur weil sie Geld will. Ich stelle immer wieder fest, dass es in der Wirtschaft Leute gibt, die sich sehr intensiv und sehr klar mit Kultur in einer Weise beschäftigen, die es wert ist, mit ihnen über Kultur und nicht über Geld zu reden. Und dann sollten Kulturmittler untereinander vielleicht mehr über Geld reden.

Wenn wir die Wirtschaft als Partner entdecken und pflegen – wir haben zwar noch nicht die Stiftungskultur wie in den USA, aber doch schon ansehnliche Leistungen, wenn ich an die Robert Bosch Stiftung, die SAP-Stiftung und andere denke –, dann stellen wir uns ja eigentlich jeden Tag neu einer „Exzellenz-Initiative“. Diesmal der Exzellenz unserer Wirtschaft, denn die kann beweisen, was sie wert ist, indem sie Kultur fördert.

Für jemand, der wie ich – Sie haben das ja vorhin erwähnt – Naturwissenschaften studiert hat, bevor er diese nun hier anwendet, war es ein bisschen befremdlich, dass wir in manchen Arbeitsgruppen zu wenig über die Geisteswissenschaft gesprochen haben. Ich glaube, es gehört zu unserem ganz großen Reichtum, dass bei uns auch eine gute Ingenieurausbildung immer mit Geisteswissenschaften insoweit verknüpft ist, als eine Kultur der Reflexion, eine Logik der Forschung, eine Besinnung auf die Grundlagen des Wissens dazu gehört hat. Ein mechanisches Wissen in Form von Expertensystemen kann man in der Tat durch Computer ersetzen. Die Verbindung naturwissenschaftlicher Forschung mit geisteswissenschaftlicher Durchdringung ist eine unserer großen Stärken, die wir nicht aufgeben sollten.

Wir haben über Eliten gesprochen. Ich finde das überhaupt keinen anstößigen Begriff, muss allerdings sagen: Weder Fachidioten sind für mich Eliten, noch diejenigen, die dies allein aus der Höhe ihres Einkommens ableiten wollen. Wichtig ist folgender Zusammenhang: Wenn Wissenschaft und Kultur kein Auskommen haben, fällt am Ende die Basis für unser Einkommen weg. Das ist das Problem.

Nun geht es darum, das, was wir hier besprochen haben, operativ nutzbar zu machen. Die Konferenz soll kein Schlusspunkt sein, sondern ein Anfang. Wir werden die Ergebnisse in einer Konferenz-Dokumentation vorlegen. Dem Institut für Auslandsbeziehungen danke ich, dass es uns dabei unterstützen wird.

Wir werden übrigens auch experimentieren müssen. Ich bin sehr dafür, das eine oder andere einfach mal auszuprobieren. Das kann man immer dann machen, wenn man fähig ist, auch Fehler wieder zu korrigieren. Demokratien zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie auch Fehler wieder korrigieren können. Und wir werden so nach Wegen suchen, praktische Arbeit aus dem, was hier heraus gekommen ist, zu gestalten. Wir werden die Arbeitsgruppen, die im Vorfeld in Symposien vorbereitet wurden, wiederum mit Expertentreffen weiterführen. Jetzt geht es also um Nacharbeit, und ich hoffe, dass sie alle dabei sind.

Kulturarbeit braucht natürlich eine angemessene finanzielle Basis – auch darüber ist hier gesprochen worden, und es hat keinen Sinn, darüber nicht zu sprechen. Hier ist die Verantwortung des Parlaments gefordert. Der Bundesminister hat ja gestern im Haushaltsausschuss gerade für den Kulturhaushalt sehr trefflich gestritten. Wir sagen übrigens auch ganz deutlich, dass das alles nur geht, wenn der Anteil des AA-Haushaltes am Bundeshaushalt insgesamt steigt. Denn wir können das nicht durch Schulden finanzieren, sondern müssen hier das Tabu brechen und sagen: Bitte, ihr anderen Ressorts, gebt uns etwas ab. Das hat etwas mit Schwerpunktsetzung zu tun, und Politik besteht nun mal daraus, Schwerpunkte zu setzen. Der Minister hat ja auf die Autobahnkilometer hingewiesen. Mir fielen auch noch andere Deckungsvorschläge ein.

Am Ende aber nochmals einen ganz herzlichen Dank an Sie alle, und einen Dank an Professor Garrett, der uns daran erinnert hat, wie gut wir eigentlich sind. Darauf sollten wir uns auch besinnen. Und an dem, was noch nicht so gut ist, werden wir jetzt gemeinsam weiterarbeiten.



Presseecho

5



- ▷▷ Auf einem großen Kongress zur Zukunft der auswärtigen Kulturpolitik in Berlin, dessen bloßes Stattfinden schon so etwas wie ein neues Bekenntnis zu diesem Feld der Außenpolitik war, hat sich Steinmeier jetzt [...] geradezu festgelegt.
(Aus: Steinmeiers Goethe; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2006)
- ▷▷ Mit der Tagung „Menschen bewegen – Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ stellte das Auswärtige Amt mit Frank-Walter Steinmeier die Zeichen auf Aufbruch.
(Aus: Runter von der Standspur; Süddeutsche Zeitung, 28.10.2006)
- ▷▷ Das Ministerwort von der „Trendwende“ in der auswärtigen Kulturpolitik war das beflügelnde Zauberwort des Tages.
(Aus: Runter von der Standspur; Süddeutsche Zeitung, 28.10.2006)
- ▷▷ Dass ein Außenminister den kulturellen Dialog – Hauptstichwort aller Debatten der Konferenz – so hoch oben auf seiner Agenda ansiedelt, sei schon eine Sensation an sich, erklären die meisten Teilnehmer erfreut und anerkennend.
(Aus: Kilometergeld; Tagesspiegel, 28.10.2006)
- ▷▷ Auswärtige Kulturpolitik kann nicht mehr nur eine gut gemeinte Beigabe sein, längst hat sie sich als ernst zu nehmender Wirtschaftsfaktor herausgeschält.
(Aus: Exportartikel Kreativität; Frankfurter Rundschau, 28.10.2006)
- ▷▷ „Die seit Jahren sinkende Tendenz in der Ausstattung der auswärtigen Kulturpolitik wollen wir umkehren“, kündigte er [Steinmeier] gestern auf einer Konferenz zum Thema „Kultur und Bildung in der deutschen Außenpolitik“ an. „129 Goethe-Institute dürfen uns so viel wert sein wie 12 bis 15 Kilometer Autobahn.“
(Mit freundlicher Genehmigung der taz – die tageszeitung aus: „Goethe“ statt Autobahn; 27.10.2006)

- ▷▷ „Wenn Deutschland zunehmend als fröhliches, offenes, tolerantes Land wahrgenommen wird, dann ist es nicht nur das Verdienst des Fußballs, sondern dann ist es auch und ganz besonders allen Kulturschaffenden in diesem Land zu verdanken“, sagte Steinmeier, der auch die Wirtschaft zu stärkerem Engagement in der Kultur ermunterte. Die Bedeutung des Kultursektors für Wirtschaft und Arbeitsmarkt sei viel zu lange unterschätzt worden.

(Mit freundlicher Genehmigung der taz – die tageszeitung aus: „Goethe“ statt Autobahn; 27.10.2006)

- ▷▷ Außenminister Steinmeier betrachtet Kulturpolitik als Investition in die Zukunft.

(Aus: Mehr Geld für die Kultur; Kölner Stadt-Anzeiger, 28.10.2006)

- ▷▷ Auswärtige Kulturpolitik sei, neben Politik und Wirtschaft, die unverrückbar dritte Säule deutscher Außenpolitik, heißt das Mantra im Auswärtigen Amt.

(Aus: Kulturjournal; Bayern2Radio, 29.10.2006)



Stimmen der Teilnehmer

6



Womit soll Deutschland im Ausland kulturell leuchten?

In einer Pinnwandaktion wurden Konferenzteilnehmer gebeten ihre Meinung zu dieser Frage auf Kärtchen zu notieren. Wir präsentieren Ihnen eine Auswahl der Ideen:

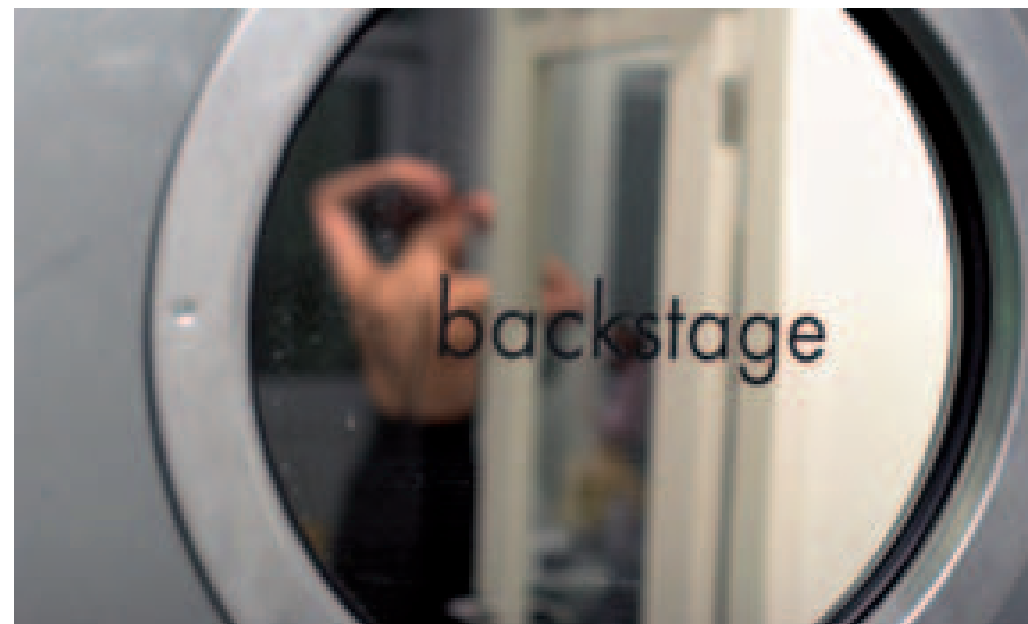
- ▷▷ Mit den zahlreichen und vielfältigen Produktionen seiner Kultureinrichtungen
- ▷▷ Vielfalt sicherlich; auch Unbequemes bzw. quer zur Fahrtrichtung sollte möglich sein
- ▷▷ Cross Promotion: z.B. Kulturveranstaltungen bei internationalen Sportveranstaltungen (hat bei WM gut geklappt)
- ▷▷ Stärkung der Institutionen wie Goethe, DAAD
- ▷▷ Große, international operierende Industrieunternehmen könnten Beiträge zur kulturellen Präsentation leisten, nicht nur Sponsoring
- ▷▷ Mit Kompetenz, Witz und Leichtigkeit
- ▷▷ Mit Innovationen und wirtschaftlich vertretbaren Konzepten aus allen kulturellen Bereichen
- ▷▷ Mit einer Projektion des Landes in seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt als Zeichen einer offenen Gesellschaft
- ▷▷ Literatur, Theater
- ▷▷ Durch seine Fähigkeit zum konstruktiven Selbstzweifel
- ▷▷ Wissenschaft, Bibliotheken und Museen: Um nach außen zu leuchten, muss das Feuer im Lande glühen. Die Kürzungen im Bereich der Kultur- und Geisteswissenschaften dürfen nicht weiter voranschreiten
- ▷▷ Lernen aus der Geschichte und im Umgang mit der Vergangenheit
- ▷▷ Deutschland bzw. die staatlich finanzierte AKBP sollte auch darauf achten, was in den Ländern nachgefragt wird.
- ▷▷ Viele Staaten sind Einwanderergesellschaften, die deutschen Erfahrungen, die weitgehend auf einer Gruppe von ausländischen Bürgern basiert, sind nur bedingt von Interesse
- ▷▷ Die deutsche Vereinigung, die auf dieser Tagung kaum erwähnt wurde

- ▷▷ Kunstszene Berlin
- ▷▷ Mit seinem guten Design und seiner Architektur
- ▷▷ Mit seiner Offenheit für Dialoge gleichberechtigter Partner, aber selbstbewusst in Bezug auf die Grundwerte unserer Demokratie insbesondere – immer noch – „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – heute auch „Schwesterlichkeit“
- ▷▷ Fröhlich altern und dabei jung werden
- ▷▷ Kulturlandschaften, Musik-Tanz-Buch-Film-Brot-Kultur-Theater-Spiele-Oper
- ▷▷ Offen für Anregungen und Impulse, beherzt aufgreifen, Beweglichkeit transnational
- ▷▷ „Fremd ist der Fremde nur in der Fremde“ (Karl Valentin)
- ▷▷ Kinder- und Jugendkultur (Theater, Filme und Literatur für Kinder und Jugendliche, Kulturpädagogische Kompetenz)
- ▷▷ Innovationen, Ideen, Toleranz, Humor, Offenheit, Ironie
- ▷▷ Mit seiner Literatur, seiner Philosophie, der deutlichen Präsenz seiner Sprache
- ▷▷ Durch herausragende Persönlichkeiten
- ▷▷ Kunst, modernes Design, Musik (E und U), Literatur
- ▷▷ Mit dem in uns gesetzte Vertrauen und die Fähigkeit zu gegenseitigem Respekt
- ▷▷ Selbstkritisch und selbstreflektiert als ein positives Beispiel für eine lebendige Demokratie
- ▷▷ Mit dem Zweifel und der Suche nach Identität
- ▷▷ Mit seinen Menschen
- ▷▷ Mit Offenheit und Zukunftsfähigkeit
- ▷▷ Kunst (Musik!) und Kultur sind „Lebens-Mittel! Und dies muss in der Bildungspolitik deutlich werden um als Konsens erhalten zu bleiben
- ▷▷ Vielfalt; Spitzenleistungen aber auch sympathische Amateure, Bescheidenheit und Klugheit, ohne belehrend und besserwisserisch zu wirken, fortschrittlich und zugleich wertebewusst
- ▷▷ Inspiration

- ▷▷ Offenheit und kulturelle Vielfalt
- ▷▷ Mit seinen Hochschulen
- ▷▷ Mit europäischer Zusammenarbeit
- ▷▷ Persönliche Geschichten aus der deutschen Gesellschaft die Deutschlands Stärken zu Offenheit und Mobilität, Vielfalt und Internationalität vorzeigen
- ▷▷ Mit Gegenwartskunst, Begeisterung, Neugier und langfristigen Partnerschaften
- ▷▷ Mehr Einbindung von „Machern/Kulturproduzenten“ in Projekte auch in Entwicklungsphase
- ▷▷ Traditionelle Stärken weiter fördern, z.B. Literatur, Musik
- ▷▷ Toleranz, Dialog und Kritikfähigkeit
- ▷▷ Authentizität, Selbstbewusstsein, Qualitätsbewusstsein
- ▷▷ Mit Kulturpolitik und mit Armutsminderung
- ▷▷ Durch seine Leistungen im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich und durch Vermittlung dieser Leistungen draußen
- ▷▷ Mit Humor, Sprachkenntnis, welthaltiger Literatur und allen anderen Künsten
- ▷▷ Querschnitt aus Kulturlandschaft aber Schwerpunkt auf multikulturelle, innovative, ungewöhnliche, Aufmerksamkeit weckende Projekte zur deutschen Sprache, wie sie heute in Deutschland ist und nicht wie sein sollte nach der Meinung der Veranstalter
- ▷▷ Durch die Vermittlung seines kulturellen Erbes als wichtigem Bestandteil unserer europäischen und global(isier)ten Gegenwart
- ▷▷ Mit Friedenspolitik gegen ABC-Waffen
- ▷▷ Mit seinen Sozial- und Geisteswissenschaften
- ▷▷ Innovative, kreative Konzepte
- ▷▷ Dortige Kultur stützen und gemeinsam mit den Menschen dort Aufführungsprojekte, Ausstellungen und Musik entwickeln
- ▷▷ Bildung und Wissenschaft
- ▷▷ Mit Bescheidenheit und Interesse an den Anderen

- ▷▷ Warum sollte Deutschland leuchten? Es reicht doch wenn wir mit allem Licht und Schatten im Ausland fair wahrgenommen werden
- ▷▷ Humor, Ideenreichtum, kulturelle Vielfalt der lokalen kommunalen Kultur, Demokratie-Entwicklung und innovative Partizipationsmodellen in der Kultur
- ▷▷ Mit deutschen Universitäten im Ausland
- ▷▷ Toleranz, Verständnis, Offenheit für andere Kulturen, Humanität und Glaubwürdigkeit in der Politik
- ▷▷ Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche die in Deutschland auf international beachtetem, hohem Niveau ist (Kinder und Jugendtheater, Kinder- und Jugendliteratur, Kinderfilm, Konzepte kultureller Bildung)
- ▷▷ Mit guten Deutschkenntnissen seiner Wirtschafts-, Wissenschafts- und Politikvertreter
- ▷▷ Mit Interkultureller Kompetenz, Sprache und Klang, Innovationen (Bild, Design, Film)
- ▷▷ Mit seinen innovativen Produkten und Programmen der Sprachvermittlung wie sie vor allem in der Deutsch-Uni Online versammelt sind
- ▷▷ Mit internationalen Kompetenzen und Dialogveranstaltungen zu Europa
- ▷▷ Mit Beispielen, warum es unverzichtbar ist, die eigene Kunst und Kultur zu achten, zu lieben, zu pflegen und zu bewahren
- ▷▷ Mit uns Menschen mit Migrations-Hintergrund
- ▷▷ Mit Geist, Gelassenheit und Humor
- ▷▷ Als sprachliches und kulturelles Herz Europas
- ▷▷ Durch die Förderung und die Freude an Menschen, die den Blitz mit Händen greifen können (Hölderlin)
- ▷▷ Mit Schriftstellern (Nobelpreisträgern), Musikern, Regie-Künstlern (Film, Theater), Gelehrten (Wissenschaftlern)
- ▷▷ Es leuchtet bereits mit Fußball, Hip-Hop, Rap und Berlin
- ▷▷ Mit der Fähigkeit, zuhören zu können
- ▷▷ Mit Witz und Humor, mit Toleranz und interkultureller Kommunikationsfähigkeit

- ▷▷ Mit der Unterstützung der kulturellen Szene im Partnerland ohne primäre wirtschaftliche Interessen
- ▷▷ Mit interkultureller Perspektive und Kompetenz, wie sie vor national-staatlicher Entwicklung in Philosophie und Literatur in Deutschland gegeben war.
- ▷▷ Mit der Sprache und zugleich mit den zeitgenössischen Künsten, um einen Dialog über die gegenwärtigen Lebensfragen unserer Kulturen führen zu können
- ▷▷ Zunächst sollte man definieren, was man selbst unter deutscher Kultur versteht, dann prüfen, wie man in den einzelnen Weltregionen diese vermitteln will und kann. Afrika, diverse asiatische Kulturen, Lateinamerika haben dazu unterschiedliche Erwartungen und unterschiedliche Vermittlungspotentiale. Daher sollte man regional unterschiedliche Strategien entwickeln.



Teilnehmerliste

7



Teilnehmer 26.10.2006

Name	Firma
Marion Ackermann	Kunstmuseum Stuttgart
Jens Adam	Dr. Gabriele Minz Unternehmensberatung Projektentwicklung GmbH
Sabine Adler	Deutschlandradio Kultur
Fatih Akin	Agentur La Gente, Frau Antonia Traulsen
Elif Akinci	Deutschlandradio Service GmbH
Heinz G. Albach	Steinbeis Transfer Institut International Management
Ulrike Albrecht	Alexander von Humboldt Stiftung
Ulrich Ammon	Universität Duisburg-Essen, Fakultät 1: Geisteswissenschaften
Tina Balla	Perlentaucher Medien GmbH
Otilie Bälz	Robert Bosch Stiftung GmbH
Hans Barkowski	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Eckhardt Barthel	ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages
Christoph Bartmann	Goethe-Institut
Ulrich Bauer	Technische Universität Chemnitz
Ansbert Baumann	Universität Tübingen
K.-Richard Bausch	Ruhr-Universität Bochum
Ute Bechdorf	Deutsch-Amerikanisches Institut Tübingen
Martin Beck	GIGA Deutsches Orient-Institut
Bärbel Becker	Frankfurter Buchmesse
Urban Beckmann	Institut für Auslandsbeziehungen
Hans Beerstecher	Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg
Jan-Peter Behrendt	Helmut-Schmidt-Universität
Larissa Bender	Qantara.de
Theodor Berchem	Deutscher Akademischer Austauschdienst

Frithjof Berger Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Marieanne Bergmann Filmförderung Hamburg GmbH

Roland Bernecker Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Christoph Bertrams Goethe-Institut

Markus Biechele Goethe-Institut

William Billows Institut für Auslandsbeziehungen

Dieter Bingen Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Angela Bittner Humboldt-Universität zu Berlin

Heinrich Blömeke Goethe-Institut

Helmut Blumbach Deutscher Akademischer Austauschdienst

Malte Boecker Bertelsmann Stiftung

Maren Böhler InWEnt gGmbH

Christian Bode Deutscher Akademischer Austauschdienst

Hark Bohm Universität Hamburg

Jürgen Boos Frankfurter Buchmesse

Mechthild Borries-Knopp Kreis der Freunde & Förderer der Villa Aurora e.V. Berlin

Friederike Bosse Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin

Anastassia Boutsko Deutsche Welle

Wolfgang Braune-Steininger Technische Universität Berlin

Silvia Brendenal Die Schaubude Berlin, Puppentheater Berlin

Roland Brinkmann Culture Ink.

Andreas Broeckmann transmediale Festival für Kunst und digitale Kultur

Steffen Bruendel E.ON Ruhgas AG

Pai Brunsch

Matthias Buth Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Jörg Calließ Evangelische Akademie Loccum

Saghar Chopan

Max Claudet Deutsch-Französisches Jugendwerk

Jadranka Conrad Botschaft der Republik Kroatien

Beate Corbach Berlin Partner GmbH

José Manuel Cuevas Botschaft Mexiko in Deutschland

Gudrun Czekalla Institut für Auslandsbeziehungen e.V.

Mike de Vries FC Deutschland GmbH

Claudia Dillmann Deutsches Filminstitut DIF/Deutsches Filmmuseum

Ulrike Dolezal Bundesministerium für Bildung und Forschung

Heike Dörrenbächer Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Christian Dorsch German Films Service + Marketing GmbH

Jean-Michel Dumond Französische Botschaft

Kurt Düwell Universität Düsseldorf

Ulrike Ebeling Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Johannes Ebert Goethe-Institut Kairo

Kai Ehlert Deutscher Designertag

Konrad Ehlich Ludwig Maximilians Universität München

Ludwig M. Eichinger Institut für Deutsche Sprache e.V.

Uschi Eid Mitglied des Deutschen Bundestages

Mardin Eifler Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ilse-Brigitte Eitze-Schütz Kultusministerkonferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Christian Esch Kultursekretariat NRW

Felix Falk Deutscher Bundestag

Christiane I. Fetscher F.C. Flick Stiftung

Jens Fey Wintershall AG

Bruno Fischli Goethe-Institut

Dorothea Fitterling Deutscher Akademischer Austauschdienst

Marga Flader Verein zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan

Naika Foroutan
Universität Göttingen und
Technische Universität Berlin

Lavinia Francke
Kulturstiftung des Bundes

Peter Franke
Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesell-
schaften e.V.

Barbara Fränkl-Thonet
Goethe-Institut

Lavinia Frey
Graf & Graf Literatur- und Medienagentur
GmbH

Ulrich Freymüller
Kultusministerkonferenz der Länder in der
Bundesrepublik Deutschland

Thomas Friebel
SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Christoph Friedel
Pandora Film Produktion

Jenny Friedrich-Freksa
Institut für Auslandsbeziehungen e.V.

Max Fuchs
Deutscher Kulturrat

Hermann Funk
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Henner Fürtig
GIGA Deutsches Orient-Institut

Daniel Gad
Kulturwissenschaftler

Tina Gadow
Gesellschaft für Technische Zusammen-
arbeit – Büro Berlin

Karin Gafert
Niedersächsisches Ministerium für
Wissenschaft und Kultur

Elena V. Galaktionova
Botschaft der Russischen Föderation

Birgit Galler
Bundesministerium für Bildung und
Forschung

Christer Garrett
Universität Leipzig

Uwe Gartenschlaeger
IIZ/DVV

Bettina Gebhardt
Architekturmuseum Frankfurt

Ursula Georgy
Fachhochschule Köln

Detlef Gericke-Schoenhagen
Goethe-Institut

Helmut Glück
Otto-Friedrich-Universität

Barbara Göbel
Ibero-Amerikanisches Institut

Adrienne Goehler
freie Publizistin und Kuratorin

Gabriella Gönczy
Perlentaucher Medien GmbH

Tahsin Görgün
Stiftungsgastprofessur Islamische Religion
an der Universität Frankfurt/M

Michael Göring
ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Christiane Görres
Kulturbehörde Hamburg

Wolfgang Gotterbarm
c/o Hauptvorstand der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Alexander Götz
MitOst e.V.

Lutz Götze
Universität des Saarlandes

Albrecht Graf von Kalnein
Herbert-Quandt-Stiftung

Monika Griefahn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jürgen Griesbeck
Streetfootballworld

Manfred Grüter
Königin Luise Stiftung

Monika Grütters
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herwig Guratzsch
Schleswig-Holsteinische Landesmuseen

Andrea Gysi
Bundesverband Bildender Künstlerinnen
und Künstler Büro Berlin

Claus-Peter Haase
Museum für Islamische Kunst Berlin

Norbert Haase
Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Ingrid Hamm
Robert Bosch Stiftung GmbH

Benedict Hammacher
Voith AG

Cordula Hamschmidt
Deutscher Bundestag

Michael Hanssler
Gerda-Henkel-Stiftung

Horst Harnischfeger
Universität Konstanz

Sabine Hartert
Deutsche Welle Radio

Kathrin Hartmann
inter:est GmbH

Stefan Hauer
Stiftung Mercator GmbH

Corinna Hauswedell
Internationales Konversionszentrum Bonn
(BICC)

Sonja Hegasy
Zentrum Moderner Orient

Bettina Heinrich
Deutscher Städtetag

Annemarie Helmer-Heichele
Bundesverband Bildender Künstlerinnen
und Künstler

Christian Henkelmann Stadt Remscheid
 Elisabeth Henschel The German Marshall Fund of the US
 Martin Herold Deutsche Auslandsgesellschaft e.V.
 Andreas Herschel SAP AG
 Nele Hertling Deutscher Akademischer Austausch Dienst
 Christiane Herzog Berlin Partner GmbH
 Ilona Heuermann-Busch Bundesministerium für Bildung und
 Forschung
 Karin Heyl Crespo Foundation & Crespo Chamber
 Music Foundation
 Gesa Heym-Halayqa FU Berlin
 Wolfgang Hiller Hochschule Reutlingen
 Jochen Hippler Universität Duisburg-Essen (INEF)
 Rudolf Hoberg Gesellschaft für deutsche Sprache,
 TU Darmstadt
 Rolf Hoffmann Fulbright-Kommission
 Eva Hoffmann Müller Deutsch-Französischer Kulturrat
 Julia Hollmann Universität Duisburg-Essen
 Andreas Holz Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
 Barbara Honrath Goethe-Institut
 Gerd Hönscheid-Gross Carl Duisberg Gesellschaft
 Pit Hosak Kulturbehörde, Freie und Hansestadt
 Hamburg
 Max Huber Deutscher Akademischer Austausch Dienst
 Günther Huesmann WDR Jazzradio
 Angelika Hüfner Kultusministerkonferenz der Länder in der
 Bundesrepublik Deutschland
 Peter Hünseler Christlich-islamische Begegnungs- und
 Dokumentationsstelle
 Sarmad Hussain Mitglied des Deutschen Bundestages
 Ronald Huster F.C. Flick Stiftung
 Eletherios Ikonomou Griechische Kulturstiftung

Anna Jacobi TIPI – Das Zelt am Kanzleramt
 Peter James German Sounds AG
 Ulrich Janetzki Literarisches Colloquium Berlin e.V.
 Hartmut Jennerjahn Deutschlandradio Kultur
 Magdalena Jetelová Künstlerin
 Andrea Joras Gesellschaft für Technische Zusammen-
 arbeit
 Kirsten Jurchen Berlin Partner GmbH Hauptstadt-Marketing
 c/o InPolis
 Claudia Kaiser Ausstellungs- und Messe GmbH des
 Börsenvereins des Deutschen Buchhandels
 Robert Kappel GIGA German Institute of Global and
 Area Studies
 Diana Kaufmann create berlin e.V.
 Christian Kellersmann Universal Music Classics & Jazz –
 a division of Universal Music GmbH
 Heinrich P. Kelz Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
 Bonn
 Kriemhild Kern Deutsches Polen-Institut
 Georges Khalil Wissenschaftskolleg zu Berlin
 Joanna Kiliszek Polnisches Institut Berlin
 Cornelia Kirchesch-Klumpen Internationale Frauenliga für Frieden und
 Freiheit
 Arno Kirchhof Goethe-Institut
 Hellen Klauser Deutscher Bibliotheksverband
 Constanze Kleiner White Cube Berlin GmbH
 Adolf Kloke-Lesch Bundesministerium für wirtschaftliche
 Zusammenarbeit und Entwicklung
 Antje Knollmann Wintershall AG
 Hans-Georg Knopp Goethe-Institut
 Gudrun Kochendörfer-Lucius InWEnt gGmbH
 Fred Kogel Constantin Film AG
 Thomas Köhler Kunstmuseum Wolfsburg

Reinhard Köhler Thüringer Kultusministerium

Rolf Kohorst Zentralstelle für das Auslandsschulwesen/
Bundesverwaltungsamt

Sebastian Körber Institut für Auslandsbeziehungen

Thomas Köstlin Kulturveranstaltungen des Bundes
in Berlin GmbH

Friedhelm Kraft Evangelische Akademie Loccum

Angela Krill de Capello Kultusministerkonferenz der Länder in der
Bundesrepublik Deutschland

Michael Kronacher Agentur Becker/Kronacher

Martin Maria Krüger Deutscher Musikrat e.V.

Sabine Krüger Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch
Stiftung

Rainer Kuhlen Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Annette Kühn Herder-Institut der Universität Leipzig

Franka Kühn Stiftung Erinnerung, Verantwortung und
Zukunft

Coco Kühn White Cube Berlin GmbH

Barbara Kuhnert Institut für Auslandsbeziehungen e.V.

Eva-Sabine Kuntz Deutsch-Französisches Jugendwerk

Josef Lange Niedersächsisches Ministerium für Wissen-
schaft und Kultur

Elise Lanoë

Christoph Lanz Deutsche Welle

Mindaugas Lasas Botschaft von Litauen – Außenstelle Bonn

Simone Lässig Georg-Eckert-Institut für Internationale
Schulbuchforschung

Joachim Lauer Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

Karl Lehmann Deutsche Bischofskonferenz

Harald Leibrecht Mitglied des Deutschen Bundestages

Alexander Leicht UNESCO-Kommission e.V.

Gerhard Leitner Freie Universität Berlin

Dieter Leonhard Deutsch-Französische Hochschule

Thomas Letz Industrie- und Handelskammer

Nora Lietzmann ehemals Referat 602, Auswärtiges Amt

Matthias Lilienthal Theater Hebbel am Ufer

Ulrich Lindner Goethe-Institut

Barbara Lison Stadtbibliothek Bremen

Petra Löber Leibniz Gesellschaft für kulturellen
Austausch

Claudia Lux Stiftung Zentral- und Landesbibliothek
Berlin

Christel Mahnke Goethe-Institut

Jürgen Maier Goethe-Institut

Günther Maihold Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Barbara Malina Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Ingeborg Mantyk-Hoffmann Siemens AG

Ursula Martens-Berkenbrink Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Wolfgang Maurus Der Beauftragte der Bundesregierung für
Kultur und Medien

Regine Mehl Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)

Eckhardt W. Mehring Weltverband der deutschen Auslandsschu-
len

Jürgen Meier-Beer NDR-Fernsehen – Programmbereich Kultur

Roland Meinert Goethe-Institut

Christine M. Merkel Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Dirk Messner Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Verena Metze-Mangold Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-
Kommission e.V.

Gerda Meuer Deutsche Welle-Akademie

Günther Meyer Geographisches Institut

Berthold Meyer Hessische Stiftung Friedens- und
Konfliktforschung

Achim Meyer auf der Heyde Deutsches Studentenwerk

Reiner Michalke	Bundeskonferenz Jazz	Anette Pieper de Avila	Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD)
Gabriele Minz	Unternehmensberatung Projektentwicklung GmbH	Horst Pietschmann	Lateinamerika-Zentrum Universität Hamburg
Inge Missmahl	Theater Konstanz	Falk Pingel	Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung
Horst Möller	Institut für Zeitgeschichte München – Berlin	Bernd Pirrung	Goethe-Institut Johannesburg
Wilfried Mommert	Deutsche Presse Agentur GmbH	Gertrud Platz	SMB Antikensammlung
Wigbert Moschall	mcd int. GmbH-film & media distribution	Adriana Popescu	Rumänisches Kulturinstitut
Annerose Müller	Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft im BDI e.V.	Peter Prassel	Katholisches Auslandssekretariat
Anja Müller	Sächsisches Staatsministerium für Kultur	Detlef Prinz	PrinzMedien Holding
Christian Müller	Deutscher Akademischer Austausch Dienst	Eva-Maria Quistorp	MdEP a.D., Autorin
Anna Müller-Trimbusch	Deutsche Botschaft Warschau	Rolf Ramcke	Humboldt Universität zu Berlin
Surendra Munshi	Indian Institute of Management Calcutta	Claus Rautenstrauch	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg – FIN/ITI
Joachim Nettelbeck	Wissenschaftskolleg zu Berlin	Christine Regus	Goethe-Institut
Günter Neuhaus	Goethe-Institut Ankara	Helmut Reifeld	Konrad Adenauer Stiftung
Ha Nguyen	Leibniz Gesellschaft für kulturellen Aus- tausch	Gabriele Reitmeier	Friedrich-Naumann-Stiftung
Fried Nielsen	Botschaft Minsk	Tim Renner	Motor Entertainment GmbH & Co. KG
Knuth Noke	Goethe-Institut	Christoffer Richartz	Staatliche Museen zu Berlin Preußischer Kulturbesitz
Christine Nölle-Karimi	Universität Bamberg	Peter Ripken	Ausstellungs- und Messe GmbH – Frankfurter Buchmesse
Rainer Nolte	Institut für Auslandsbeziehungen	Anne Ritter	Deutscher Bundestag
Ignacio Olmos	Instituto Cervantes	Jörg Roche	Ludwig Maximilians Universität München
Percy Ott	CDU Bundesgeschäftsstelle	Joachim Rogall	Robert Bosch Stiftung GmbH
Hans-Joachim Otto	Mitglied des Deutschen Bundestages	Andrea Rohde	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Hermann Parzinger	Deutsches Archäologisches Institut	Harald Rosenbach	Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland
Volker Perthes	Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP	Sabine Rosenblatt	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
Uwe Petry	Goethe-Institut	Anna Rottig	Berlin China Cultural Bridges e.V.
Ulrike Petschulat	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern		
Michael Petzet	Deutsches Nationalkomitee von ICOMOS		

Nicola Rother	Berliner Konferenz für europäische Kulturpolitik	Olaf Schwencke	Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der Freien Universität Berlin
Dorothea Rühland	Deutscher Akademischer Austausch Dienst	Inge C. Schwerdtfeger	Ruhr-Universität Bochum
Günter Saathoff	Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft	Klaus Philipp Seif	BASF AG
Ulrich Sacker	Goethe-Institut	Zafer Senocak	Künstler
Michael Samlowski	IIZ/DVV	Thomas Sevcik	Arthesia AG
Jochen Sandig	Sasha Waltz & Guests	Yoichi Shimizu	Japan Foundation c/o Goethe-Institut
Jeanette Schade	INEF – Institut für Entwicklung und Frieden	Harald Siebler	movie members Filmproduktion GmbH
Isabel Schäfer	Freie Universität Berlin	Norbert Sievers	Kulturpolitische Gesellschaft e.V.
Werner Schaub	Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler	Stefan Simon	
Bernd Scherer	Haus der Kulturen der Welt	Otto Singer	Deutscher Bundestag, Fachbereich Kultur und Medien
Rolf Schieder	Humboldt-Universität zu Berlin	Hans-Georg Soeffner	Universität Konstanz
Frank Schilling	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	Marie-Claude Souaid-Hesse	Agentur Becker/Kronacher
Thomas E. Schmidt	Die ZEIT	Tilman Spengler	Autor, Mitherausgeber „Kursbuch“
Susanne Maria Schmidt	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)	Gregor Spieß	Katholisches Auslandssekretariat
Claudia Schmölders	Humboldtuniversität Berlin	Susanne Sporrer	Goethe-Institut
Wolfgang Schneider	Universität Hildesheim, Institut für Kulturpolitik	Susanne Staerk	Kulturredaktion des Kölner Stadt-Anzeigers
Irene Schneider	Universität Göttingen	Astrid Stefani	Junge Wege in Europa
Michael Schönhuth	Universität Trier	Otti Stein	Deutscher Entwicklungsdienst
Gereon Schuch	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.	Gerhard Stichel	Institut für Deutsche Sprache
Eckehard Schulz	Universität Leipzig	Gabriele Stiller-Kern	Initiative Deutsche Sprache
Peter-Klaus Schuster	Staatliche Museen zu Berlin Preußischer Kulturbesitz	Jürgen Straub	Technische Universität Chemnitz
Georg B. Schütte	Alexander von Humboldt Stiftung	Lutwin Strauch	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Claudia Schwalfenberg	Deutscher Kulturrat e.V.	Christian Stronk	Deutsche Bank Stiftung
		Katharina Strösser	Instituto Cervantes München
		Stephan Stroux	Regisseur
		Frank Suder	Fritz-Thyssen-Stiftung
		Aktham Suliman	Al Jazeera TV
		Rita Süsmuth	OTA-Hochschule
		Werner Tammen	Landesverband Berliner Galerien

Friederike Tappe-Hornbostel Kulturstiftung des Bundes
 Gerd Taube Kinder- und Jugendtheaterzentrum Frankfurt
 Heidrun Tempel Bundeskanzleramt
 Susanne Tenhagen Deutsches Archäologisches Institut
 Wolfgang Thierse Vizepräsident des Deutschen Bundestages
 Michael Thoss Allianz Kulturstiftung
 Bernd Thum Universität Karlsruhe
 Uwe (Finke-) Timpe Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 Wolfgang Trenn Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD)
 Mariam Tutakhel Heinrich-Böll-Stiftung
 Henrik Uterwedde Deutsch-Französisches Institut e.V.
 Sabrina van der Ley ART FORUM BERLIN
 Margarete van Ess Deutsches Archäologisches Institut
 Kathinka Dittrich van Weringh European Cultural Foundation
 Georg Vierthaler Deutsche Staatsoper Berlin
 Regina Vogel Deutsch-Britische Stiftung
 Ursula Vogel Ludwig Maximilians Universität München
 Hortensia Völckers Kulturstiftung des Bundes
 Christine von Heinz Schloss Tegel
 Annabel von Klenck Stiftung Mercator
 Albrecht von Lucke Blätter Verlagsgesellschaft mbH
 Friederike von Reden Kulturkreis der Deutschen Wirtschaft im BDI e.V.
 Katharina v. Ruckteschell-Katte Goethe-Institut
 Ernst-Jörg von Studnitz Deutsch-Russisches Forum e.V.
 Karin von Welck Kulturbehörde Hamburg
 Kornelia Vossebein Bundeskonferenz Jazz
 Philipp-Christian Wachs ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius
 Gottfried Wagner European Cultural Foundation

Katharina Wagner DIE ZEIT
 Hermann Weber Katholischer Akademischer Auslandsdienst (KAAD)
 Karlheinz Wecht Verband deutscher Lehrer im Ausland
 Heinrich Wefing Frankfurter Allgemeine Zeitung
 Heribert Wegmann Zentralstelle für das Auslandsschulwesen
 Katharina Wegner Diakonisches Werk
 Thomas Weis Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste
 Ingo Weiss Deutsche Sportjugend
 Jens Weitkamp Universität Stuttgart, Fakultät 3
 Falk Wellmann Initiative Deutsche Sprache IDSP gGmbH
 Sebastian Welter Arbeit und Leben e.V.
 Nikolaus Werz Universität Rostock
 Enzio Wetzel Goethe-Institut
 Dieter Wiesmann Thyssen Krupp AG
 Helga Wilderotter-Ikonomou Goethe-Institut
 Ansgar Wimmer Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.
 Margret Wintermantel Hochschulrektorenkonferenz
 Thomas Wohlfahrt Literaturwerkstatt Berlin Literaturbrücke e.V. Kultur
 Hans-Heinrich Wrede Deutsche UNESCO-Vertretung Paris
 John E. Yamoah c/o Johland
 Nadjma Yassari Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
 Miro Zahra Mecklenburger Künstlerhaus
 Ursula Zeller Institut für Auslandsbeziehungen
 Cornelia Zetzsche Bayerischer Rundfunk
 Oliver Zille Leipziger Messe
 Marie Zimmermann Wiener Festwochen

Teilnehmer 2. Diplomatenkolleg

Name	Funktion/Botschaft
Steffen Rudolph	Leitung des Diplomatenkollegs
Senta Höfer	Kollegkoordinatorin
Ansgar Kramer	Kollegassistent
Alizoti Tomor	Botschaft der Republik Albanien
Barton Martin	Botschaft der Slowakischen Republik – Außenstelle Bonn
Buchacek Michal	Botschaft der Tschechischen Republik
Lasas Mindaugas	Botschaft von Litauen – Außenstelle Bonn
Rachmatulla Nurimbetov	Botschaft der Republik Usbekistan
Lidija Pansegrau Hadrovic	Botschaft der Republik Kroatien
Mariin Ratnik	Botschaft der Republik Estland
Slaven Soldo	Botschaft von Bosnien und Herzegowina
George Tabatadze	Botschaft von Georgien
Christian-Leon Turcanu	Botschaft von Rumänien
Yuliia Zakashanska	Botschaft der Ukraine
Michal Rejniewicz	Botschaft der Republik Polen

Teilnehmer aus dem Auswärtigen Amt

Name	Amtsbezeichnung/Referat
Frank-Walter Steinmeier	Bundesminister
Georg Boomgaarden	Staatssekretär
Wilfried Grolig	Leiter Abteilung 6
Peter Ammon	Leiter Abteilung 4
Martin Bach	606
Bernhard-Georg Braumann	Leiter K03
Peter Dettmar	Leiter 605
Petra Drexler	610
Marja Einig-Heidenhof	Leiterin 608
Carsten Fischer	600-9
Christine Gläser	Leiterin 606
Thomas Götz	Leiter 604
Andreas Görden	Ministerbüro
Hans-Günther Gnodtke	Beauftragter für Islamdialog
Titus Graf	608
Michael Grau	Leiter K08
Michael Häusler	602
Joachim Heidorn	Leiter K01
Pit Heltmann	607
Ulrike Hofmann-Steinmetz	601
Alexander Huber	Leiter 601
Martin Jaeger	Leiter Pressereferat
Ulrich Klöckner	Leiter K04
Holgar Kolley	603
Ulrike Knotz	Leiterin 610
Daniel Krull	Büro StS Boomgaarden

Ludwig Linden	Leiter 602
Frank Maier	601
Christiana Markert	Leiterin 603
Martina Nibbeling-Wriessnig	Referat K GIC
Ulrich Peitz	605
Jens Uwe Plötner	Pressereferat
Anna Prinz	stv. Leiterin Abteilung K
Michael Reiffenstuel	K09
Rainer Schlageter	Leiter Abteilung K
Alfred Schlicht	606
Hans-Jochen Schmidt	Leiter 607
Rolf-Dieter Schnelle	stv. Leiter Abteilung 6
Karl-Georg Schon	405-9
Stephan Steinlein	Leiter Ministerbüro
Carsten Thiele	604
Amelie Utz	Pressereferat
Matthias Veltin	402
Angelika Vietz	6-zbV-1
Sepp Jürgen Wölker	609-A

Organisationsstab

Name	Amtsbezeichnung/Referat
Cord Meier-Klodt	Leiter 600
Stefan Duppel	stv. Leiter 600
Kirsten Ahlers	600
Kathleen Anders	600
Peter Kettner	600
Natalie Kronast	602
Julia Miosga	600
Anna-Elisabeth Pröll	600
Jennifer Schmidt	600
Charlotte Schwarzer	600
Judith Stumptner	600
Tobias Tunkel	606
Vera Wandert Ribeiro	601
Thomas Wimmer	600





Das Organisationsteam der Konferenz mit
Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

Impressum

Herausgeber:
Auswärtiges Amt
Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30/50 00-0
Fax: +49 (0) 30/50 00-34 02
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de
Internet: www.auswaertiges-amt.de

Titelbild:
Konferenzteilnehmerin beim Abendempfang
der Konferenz am 25. 10. 2006 im RADIALSYSTEM V
in Berlin

Fotografie:
Bernhard Ludewig
Peter-Andreas Hassiepen (Bild Seite 35)

Gestaltung:
Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Druck und Verarbeitung:
Bonifatius GmbH, Paderborn

Redaktion

Institut für Auslandsbeziehungen:
William Billows und Sebastian Körber
Auswärtiges Amt:
Cord Meier-Klodt und Thomas Wimmer